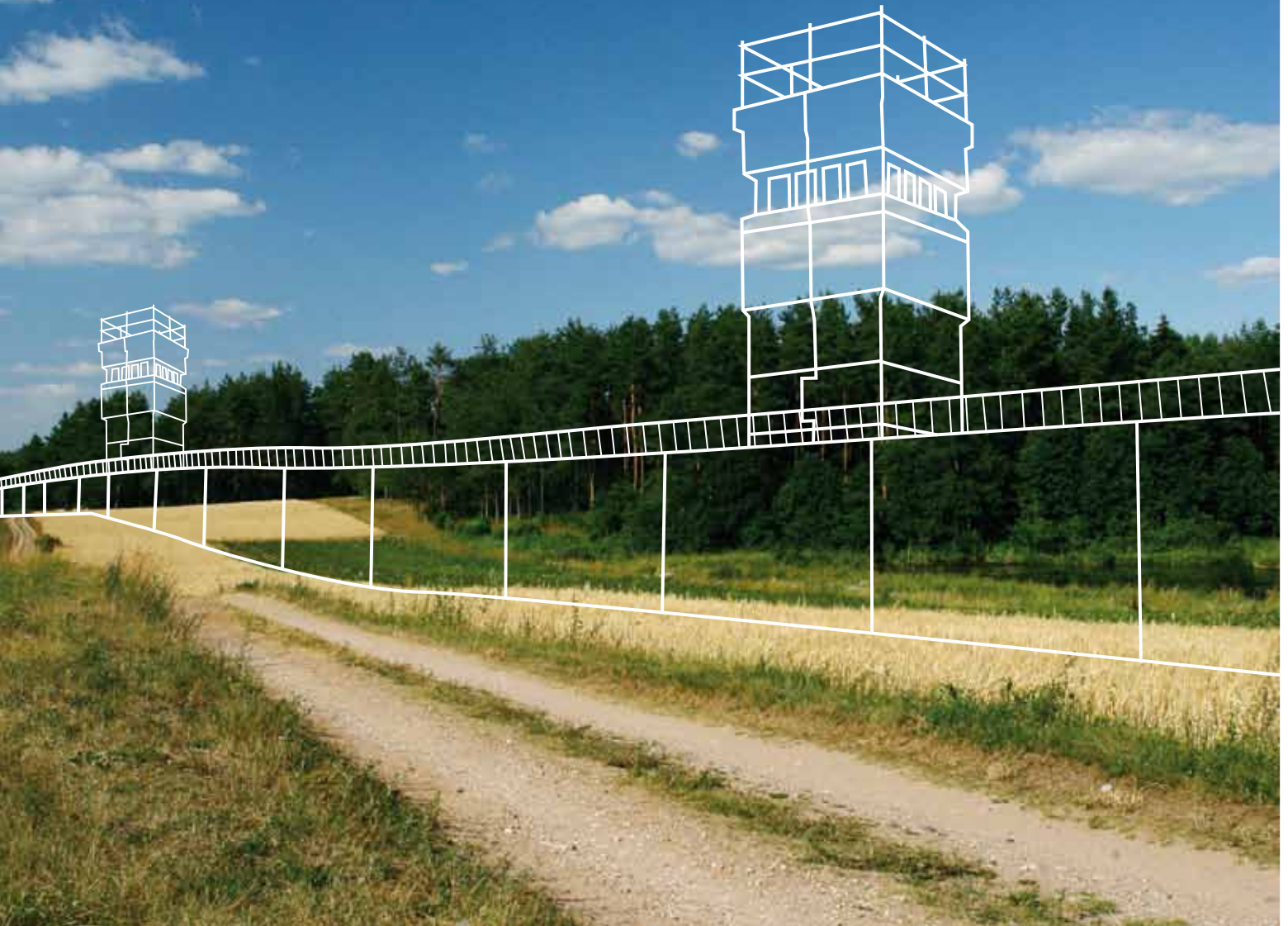




# Was hat das mit mir zu tun?

Politisch-historische Jugendbildung  
in Volkshochschulen zum Thema  
„20 Jahre Friedliche Revolution 1989“



Herausgegeben vom  
Deutschen Volkshochschul-Verband (DVV)



Obere Wilhelmstraße 32  
53225 Bonn  
E-Mail: [info@dvv-vhs.de](mailto:info@dvv-vhs.de)  
Netz: [www.dvv-vhs.de](http://www.dvv-vhs.de)

Redaktion:  
Vinzenz Bosse, Sascha Rex, Johannes Schillo

Satz, Layout:  
shetani.media ohg, [www.shetanimedia.com](http://www.shetanimedia.com)

Druck:  
Druckhaus Ley + Wiegandt GmbH + Co



Diese Broschüre wurde auf FSC-zertifiziertem  
Papier gedruckt.

ISBN 978-3-88513-778-8

**Bibliographische Information der  
Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese  
Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliographische Daten sind im Internet  
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Die Publikation wurde durch das Bundesministe-  
rium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
(BMFSFJ) gefördert.



# Inhaltsverzeichnis

- 3 Zum Geleit
- 4 EINLEITUNG

## PRAXISBEISPIELE

- 16 Grenzfall – was haben wir damit zu tun?
- 20 „Erinnerungskultur für junge Erwachsene“
- 22 „Die Kinder des Mauerfalls“
- 25 An der Schnittstelle der weltpolitischen Blöcke
- 29 „Deutsche Passagengeschichten“
- 34 „Jugend 89 trifft Jugend 09“
- 38 „Grenzinteressen 2009“
- 41 Alltags- und Lokalgeschichte: nah am Menschen
- 46 Grenzerkundung als Schatzsuche
- 48 „Lehrer- und Schülerschicksale im Schatten der stalinistischen Macht“
- 52 „Demokratie lebt vom Mitmachen“
- 58 „Grenzenlose Freiheit – Traum oder Albtraum?“
- 62 Eine schlichte Frage: „Wo war drüben?“
- 64 Die Friedliche Revolution am Beispiel der Hauptstadt
- 67 Feindschaft und Feindbilder im Kalten Krieg
- 70 „Als Zaun und Minen Menschen trennten“

## ANHANG

- 76 Wir über uns
- 79 Kooperationen in der politischen Bildung
- 84 Literatur und Materialien



Bereits zum Thema erschienen:

## Grenzspuren - Das Leben vor 1989 beiderseits der Grenze



Als Resultat des Modellprojekts „Grenzspuren - Das Leben beiderseits der Grenze“ ([www.grenzspuren.de](http://www.grenzspuren.de)) der VHS LK Fulda und der VHS Wartburgkreis entstand eine Video-DVD, auf der Zeitzeugen ihre ganz persönliche Geschichte erzählen. Man erfährt von Zwangsaussiedlungen und geschleiften Höfen im ehemaligen

Sperrgebiet der DDR, von spektakulären Fluchten, vom Alltag der Menschen beiderseits der Grenze. Pfarrer sprechen über die Rolle der Kirche, ehemalige Soldaten berichten von ihrem Dienst an der Grenze, Zeitzeugen vermitteln ein Bild deutscher Geschichte, das in keinem Lehrbuch zu finden ist.

Als weiteres Ergebnis wurde eine CD mit Textmaterialien erstellt. Zeitzeugen-Interviews, die Rolle des BGS, der Grenztruppen, der Staatssicherheit, des Bundes der Zwangsausgesiedelten etc. ergänzen die multimedialen Berichte. Ein Lehr- und Lernmaterial von Schülern für Schüler.

Diese Publikation wurde aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert und in Kooperation mit den VHS aus dem Wartburgkreis und dem LK Fulda, dem Grenzmuseum Rhön „Point Alpha“ e.V. und Jugendlichen aus Thüringen und Hessen realisiert.

DVD+CD können kostenlos bestellt werden bei:  
[kulka@dvv-vhs.de](mailto:kulka@dvv-vhs.de)

## Grenzerfahrungen - eröffnen Chancen



Dieses grenzübergreifende Projekt der KVHS Ludwigslust gab Jugendlichen aus Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern Gelegenheit sich gemeinsam mit Schicksalen, Entwicklungen und Ansichten der jüngeren deutsch-deutschen Geschichte im grenznahen Raum auseinander zu setzen. Dabei ging es sowohl um geschichtliche Ereignisse

und Befindlichkeiten, als auch um Entwicklungen und Ansichten nach der deutschen Vereinigung.

Neben Eindrücken, politischen Wertungen und zu entwickelnden Haltungen wurden auch Chancen aufgezeigt, Unrecht nicht zu vergessen, aus Erfahrungen zu lernen und aktiv an der Gestaltung des grenznahen Raums mitzuwirken.

Neben Interviews mit Zeitzeugen spielten auch Aspekte der Landschaftsentwicklung eine Rolle, weshalb Exkursionen auch Begegnungen mit einem Landschaftspflegeverein stattfanden. Über die wirtschaftliche und deren Verknüpfung mit der politischen Entwicklung wurde durch eine Projektgruppe ein Skript entwickelt, das auch als Unterrichtsmaterial verwendet werden kann.

Durch Vernetzung des Projekts mit dem Heimatmuseum Boizenburg konnten wertvolle Anschauungsstücke von Grenzbefestigungsanlagen für die Öffentlichkeit erhalten und damit das Spektrum von Exkursionen erweitert werden.

Nach einem von der Projektgruppe entwickelten Drehbuch entstand, unter Einbezug privater historischer Aufnahmen und eines professionellen Drehteams, dieser Film.

Die DVD kann kostenlos bestellt werden bei:  
[kulka@dvv-vhs.de](mailto:kulka@dvv-vhs.de)

# Zum Geleit

Im Herbst 1989 brachten viele hunderttausend Menschen die SED-Diktatur zu Fall, als sie mit den Rufen „Wir sind das Volk“ und „Keine Gewalt“ ihren Protest gegen das Regime auf die Straße trugen. Es waren die Friedliche Revolution und die Selbstdemokratisierung der DDR, die den Weg frei machten zur Deutschen Einheit im Jahr 1990. Die jahrzehntelange Teilung Deutschlands wurde überwunden. Die DDR war nur noch Geschichte.

Der Abstand von mehr als 20 Jahren bringt es mit sich, dass junge Menschen heute - im Osten wie im Westen - keine eigenen Erinnerungen an die Zeit haben, als Deutschland und Berlin zweigeteilt waren und in der DDR ein kommunistisches Regime herrschte. Sie sind auf die kompetente Vermittlung dieses Wissens angewiesen. In der Schule steht das Thema in Konkurrenz zu den dicht gedrängten Lehrplangaben der anderen Fächer. Selbst im Geschichtsunterricht sind in der Regel nur wenige Schulstunden dafür vorgesehen; oft findet die historische Ausbildung ihren chronologischen Abschluss sogar jäh mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und des Nationalsozialismus. Ausgerechnet die jüngste Vergangenheit, also die historische Entwicklung im Nachkriegsdeutschland, bleibt so ein blinder Fleck im Geschichtswissen der jungen Menschen. In den vergangenen Jahren haben mehrere Umfragen unter Schülerinnen und Schülern sowie wissenschaftliche Studien dieses Defizit belegt: Immer weniger Mädchen und Jungen verfügen über grundlegende Kenntnisse zur DDR und deutschen Teilung, immer weniger kennen die handelnden Personen, Ereignisse, Zusammenhänge und Hintergründe der Jahre von 1945 bis 1990.

Die Folgen wiegen schwer, denn wo fundiertes Geschichtswissen fehlt, ist der Verklärung der Vergangenheit Tür und Tor geöffnet. Zugleich wissen immer weniger junge Menschen die grundlegenden Unterschiede zwischen unserer heutigen Demokratie und der Diktatur in der untergegangenen DDR zu benennen. Dies korreliert mit Umfragen, die seit Jahren eine abnehmende Tendenz bei der Zustimmung zur Frage, ob die Demokratie die beste Gesellschaftsform sei, konstatieren. Die Gefahr für die Zukunft unseres Gemeinwesens liegt auf der Hand. Im Hinblick auf die nachfolgenden Generatio-



nen ist daher die Vermittlung davon, was Diktatur und Demokratie ausmacht und was sie voneinander unterscheidet, von zentraler Bedeutung. Neben dem Schulunterricht kommt hierbei der außerschulischen politisch-historischen Bildung eine bedeutende Rolle zu. Sie kann unabhängige, lebensweltbezogene Angebote entwickeln, die abseits der engen Lehrpläne eine aktive und persönliche Auseinandersetzung mit der Geschichte befördern. Das historische Lernen über die DDR in diesem Feld vermittelt den jungen Menschen so unverzichtbare Kompetenzen und bietet ihnen Orientierung in ihrer gegenwärtigen Lebenswelt.

Außerordentlich gerne hat die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur deshalb die Realisierung der Veranstaltungsreihe „20 Jahre Friedliche Revolution“ des Deutschen Volkshochschul-Verbandes gefördert. Die insgesamt acht am Gesamtprojekt teilnehmenden Volkshochschulen konnten mittels innovativer Konzepte und kommunaler Ansätze die Geschichte der DDR und die Überwindung der deutschen Teilung für eine Vielzahl von Jugendlichen aus Ost und West aus dem Dunkel der Vergangenheit holen. In der Mehrheit der Veranstaltungen konnten dabei insbesondere bildungsbenachteiligte Jugendliche, auch mit Migrationshintergrund, erreicht werden; eine Gruppe, die bei der Entwicklung von Angeboten zur Geschichte der DDR und der deutschen Teilung bislang noch zu oft vernachlässigt wird. Wir danken allen Beteiligten für ihre engagierte Arbeit und hoffen, dass das Vorhaben vielen anderen Trägern der politisch-historischen Bildungsarbeit als Anregung dienen möge.

BUNDESSTIFTUNG  
AUFARBEITUNG 

**Dr. Robert Grünbaum**  
stv. Geschäftsführer der Bundesstiftung zur  
Aufarbeitung der SED-Diktatur



# EINLEITUNG

„Die Vergangenheit muss reden und wir müssen zuhören. Vorher finden wir und sie keine Ruhe.“ Unter dieses Motto Erich Kästners stellte der Deutsche Volkshochschul-Verband (DVV) seine zentrale Fortbildungsveranstaltung im November 2008, die mit Blick auf das Jubiläumsjahr 2009 Projekte der politischen Jugendbildung, also Kursangebote, Veranstaltungsreihen, Kooperationen oder öffentlichkeitswirksame Aktionen, plante und vorbereitete. Das Jubiläumsjahr war ja in der Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus im europäischen wie internationalen Kontext ein herausgehobenes Datum der Gedenktage und -veranstaltungen: 90 Jahre Weimarer Verfassung, 60 Jahre Grundgesetz, 20 Jahre Friedliche Revolution in Deutschland und Europa standen zur Feier an. Daneben ging es – ebenfalls ein herausragendes „geschichtspolitisches“ Ereignis, das internationale Aufmerksamkeit fand – um den Beginn des Zweiten Weltkriegs, der sich zum 70. Mal jährte und dessen politische Würdigung, gerade auch durch die deutsche Politik, noch einmal nachdrücklich an die Vorgeschichte der Teilung der Welt erinnerte, nämlich an die Entstehungsbedingungen der tödlichen weltpolitischen Konfrontation, die ein halbes Jahrhundert lang währte und die sich glücklicher Weise in den Jahren 1989/90 zum Besseren ‚wendete‘.

Nun ist der Brauch, zu runden Jahreszahlen markante Stationen der Zeitgeschichte für kurze Zeit in den Blick zu nehmen und dazu eine öffentliche Erinnerungs- bzw. Trauerarbeit zu inszenieren, nicht unbedingt die intelligenteste Form, sich der Vergangenheit zu vergewissern und sie, im Sinne Kästners, zum Reden zu bringen. Doch der offizielle politische Focus auf historische Ereignisse, das breite mediale und zivilgesellschaftliche Interesse bieten eine gute Gelegenheit, um der politischen Bildungsarbeit Rück-

kenwind und Aufmerksamkeit verschaffen. Und sie bieten eine Gelegenheit, den Blick auf die Vergangenheit mit den Fragen der Gegenwart sowie den Herausforderungen der Zukunft zu verbinden – und dies zugleich in einer multiplen, für die verschiedenen Inhalte und Erwartungen offenen Form zu praktizieren.

Dies gilt für die politische Bildung allgemein, aber umso mehr für die Jugend- und Erwachsenenbildung, also die breit gestreute, plural verfasste und vielseitig orientierte Szene der außerschulischen Bildung in Deutschland, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für ihre Angebote werben und ihr Interesse wecken muss. Die hier tätigen Einrichtungen und die sie tragenden Institutionen und Organisationen, die so genannten Träger der Bildungsarbeit, müssen eben anders als die allgemein- oder fortbildenden Abteilungen des Bildungswesen von der Tatsache ausgehen, dass Adressaten und Interessenten ‚mit den Füßen abstimmen‘ und dass der Bildungsprozess selber auf die selbsttätige Mitwirkung aller Beteiligten angewiesen ist.

Da die rund 1.000 im DVV zusammengeschlossenen Volkshochschulen mit ihren mehr als 3.000 VHS-Außenstellen einen der größten Bildungsanbieter Deutschlands darstellen, der im gesamten Bundesgebiet präsent ist (zu den institutionellen Zusammenhängen siehe den Anhang, Kapitel III.1), war es für den Verband selbstverständlich, dass er die Chance wahrnahm, historisch-politische Bildung in breitem Umfang zu leisten, sie konzeptionell voran zu bringen und in der Öffentlichkeit wirksam zu positionieren, und dass er gemeinsam mit seinem Mitgliedern ein entsprechendes Engagement entwickelte. Dabei waren zwei Punkte von besonderer Bedeutung:



- Erstens ist mit dem inzwischen erreichten Abstand zu dem Prozess, der die deutsche Einheit herbeiführte, eine Bilanz des Erreichten und auch Nicht-Erreichten möglich – und zudem dringend nötig, wie zahlreiche Expertisen gezeigt haben (vgl. die Veröffentlichungen von Klaus Schroeder).
- Zweitens stellt die politische Jugendbildung in den Volkshochschulen einen wichtigen Ansatz dar, um die Demokratiekompetenz der jungen Generation zu stärken, was sich auch darin ausdrückt, dass sich der DVV seit einigen Jahren verstärkt um Qualifizierung und Ausbau der Jugendbildungsarbeit bemüht (vgl. die DVV-Publikation „Partizipation – Respekt – Demokratie – Integration“, Bonn 2006).

## Deutsche Einheit

Das 20. Jahr der Friedlichen Revolution in Deutschland stellt, gerade mit Blick auf Jugendliche und junge Erwachsene, ein markantes Datum dar. Jetzt gibt es erstmals eine junge Generation, die volljährig sowie wahlberechtigt ist und die die Tatsache einer geteilten Welt und eines geteilten Deutschland nicht mehr aus eigener Anschauung kennt, sondern auf die Vermittlung von Erfahrungen und Dokumenten angewiesen ist. Zwar war auch zu Zeiten des Ost-West-Gegensatzes für viele Jugendliche der weltpolitische Konflikt in seinen politischen, gesellschaftlichen oder militärischen Dimensionen nicht unmittelbar nachvollziehbar, vielmehr musste er durch pädagogische Anstrengungen in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt und der Reflexion zugänglich gemacht werden. Die politische Jugend- und Erwachsenenbildung in Westdeutschland hat hier ja eine wechselreiche Geschichte der

Thematisierung von Systemgegensatz und Systemvergleich im BRD-DDR-Verhältnis entwickelt, zahlreiche politikdidaktische Überlegungen haben sich um angemessene Formen des Herangehens und der Problematisierung bemüht, entsprechende Materialien wurden in großem Umfang bereitgestellt.

All diese Maßnahmen konnten sich aber darauf verlassen, dass für jeden Teilnehmer und für jede Teilnehmerin das Faktum einer gespaltenen Welt und der tödlichen Bedrohung von West- und Ostblock unmittelbar einsichtig zu machen war. Selbst unpolitische oder „politikferne“ Jugendliche – und seit den 1970er Jahren gab es ja einflussreiche jugendkulturelle Trends eines „Rückzugs ins Private“ oder einer „No-Future-Stimmung“ – kamen aus vielfältigen persönlichen Gründen wie Sportereignisse, verwandtschaftliche Beziehungen, Musik, Reise und Tourismus, Wehrpflicht etc. nicht umhin, die militärisch befestigte deutsch-deutsche Grenze samt ihrer weltpolitischen Konfliktlage zur Kenntnis zu nehmen. Politische Bildungs- und Begegnungsveranstaltungen, speziell die Möglichkeiten für Schülerinnen und Schüler, in die DDR zu reisen, machten seit den 80er Jahren zunehmend Jugendliche aus Deutschland-Ost und Deutschland-West miteinander bekannt. Auch wenn es dabei zu diversen Fremdheitserfahrungen kam, wie sie der FAZ-Journalist Andreas Platthaus letztes in seinem viel beachteten Roman „Freispiel“ (2009) über einen herausragenden Fall von Schüleraustausch beschrieben hat, konnte sich politische Bildung doch darauf verlassen, dass ihr Ansatzpunkt in der Lebenswirklichkeit der Adressaten verankert war.





Dies hat sich heute grundlegend geändert. Das deutsch-deutsche Verhältnis ist eine Vergangenheit neben anderen, zudem eine fern gerückte und, wie neuere Studien belegen, nur vage und bruchstückhaft präsente Zeit. Professor Klaus Schroeder, Leiter der Arbeitsstelle Politik und Technik an der FU Berlin sowie des dort angesiedelten Forschungsverbundes SED-Staat, hat hierzu in den letzten Jahren eine Reihe von Erhebungen durchgeführt – veröffentlicht etwa in der Studie „Soziales Paradies oder Stasi-Staat? Das DDR-Bild von Schülern, ein Ost-West-Vergleich“ (2008) – und eklatante Wissenslücken sowie Fehlinformationen aufgedeckt. Schroeder beklagte, gestützt auf seine Befragung bei der nachgeborenen Generation, neben dem breiten Unwissen den deutlichen, im Osten besonders ausgeprägten Trend zur „ostalgieischen“ Verklärung des SED-Regimes. Für die politische Bildung förderte seine Erhebung aber auch einen wichtigen positiven Befund zutage: „Ein geradezu sensationelles und in der Eindeutigkeit von uns nicht erwartetes Ergebnis brachte der Vergleich von Kenntnisstand und Bewertung der DDR: Je mehr die Schüler über den SED-Staat wussten, desto kritischer beurteilten sie ihn.“ (M. Deutz-Schroeder/K. Schroeder, Oh wie schön ist die DDR, 2009, 30)

Das politisch-historische Unwissen der jungen Generation und die daraus folgenden krassen Fehldeutungen sind in den letzten Jahren – etwa im Rahmen verschiedener Schulstudien und -erhebungen – immer wieder beklagt worden. Das Jubiläumsjahr 2009 wollte hier einen gezielten Kontrapunkt setzen, wobei den Veranstaltern und Initiatoren natürlich klar war, dass breite und kontinuierliche Bildungsanstrengungen nötig sind, um Jugendlichen eine Orientierung in nationalen, europäischen und internationalen Politikzusammenhängen zu ermöglichen. Doch bot der Rückblick auf den Herbst 1989 und seine Vorgeschichte die Gelegenheit, ein spezifisches Defizit des öffentlichen Bewusstseins in Deutschland aufzugreifen. Denn, schreibt Klaus Schroeder in einem kleinen Rückblick auf das Gedenkjahr („Demokratieverdruss“, FAZ, 6.1.10), „in das kollektive Gedächtnis“ sei kaum „die historische Leistung eingegangen, die SED-Diktatur friedlich gestürzt zu haben. Dieser Prozess wird offenbar nicht als Beginn der Demokratie in der DDR gewertet, sondern nur als Übertragung des westdeutschen Modells.“



## Politische Bildung

Für die politische Bildung ist die Auseinandersetzung mit dem zeitgeschichtlichen Kontext aus grundsätzlichen Erwägungen eine unerlässliche Voraussetzung, um ihrem Teilnehmerkreis einen Zugang zur Politik, ein eigenverantwortliches politisches Urteil und die Bereitschaft zur Aktivbürgerschaft zu eröffnen. Es gibt in dieser Sache auch einen großen bildungspolitischen Konsens, der von den Parteien des Deutschen Bundestages getragen wird. Das dokumentierte etwa der von CDU/CSU und SPD im Sommer 2008 eingebrachte Antrag „Zur Lage der politischen Bildung in Deutschland“, der die Bundesregierung aufforderte, „an der Aufgabe der politischen Bildung festzuhalten und sie weiter zu entwickeln“. Bei den Oppositionsparteien, speziell bei grünen und linken Abgeordneten, zeigte sich in der parlamentarischen Beratung hinsichtlich des generellen Anliegens viel Übereinstimmung. Und auch in der Fachöffentlichkeit der politischen Bildung wurde der Antrag der damaligen Regierungsfractionen mit Zustimmung aufgenommen und als Bestätigung bisheriger Arbeitsansätze genommen.

„Ziel der politischen Bildung muss sein, die aktive Wahrnehmung der bürgerlichen Rechte in unserem demokratischen Rechtsstaat zu fördern. Die Information über Entscheidungs- und Verantwortungsstrukturen auf den verschiedenen Ebenen, auf denen demokratische Willensbildung stattfindet, sowie über Mitwirkungs- und Teilhabechancen, die jedem Bürger mit gleicher Stimme zustehen, ist die Voraussetzung dafür, dass die Akzeptanz der Demokratie steigt, das zunehmende Gefühl eigener Machtlosigkeit überwunden und eine höhere Beteiligung an Wahlen und politischer Willensbildung möglich wird. Um die Identifizierung mit der parlamentarischen Demokratie und die Akzeptanz der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu stärken, fordern wir die Bundesregierung auf, verstärkte Aktivitäten auf dem Feld der politischen Bildung zu entfalten. Politische Bildung kann wachsende Kenntnisse und eine handlungsorientiert aktivierende Wirkung entfalten – wie wissenschaftliche Untersuchungen der letzten Jahre immer wieder gezeigt haben – und damit einen wesentlichen Beitrag gegen den allgemeinen Politikverdrossenheit und die Neigung zu autoritären Lösungen leisten.“

Als konkrete Empfehlung hält der Antrag u.a. die Notwendigkeit fest, „neue Methoden bei der Vermittlung von Zeitgeschichte zu entwickeln. Dabei sollen sowohl die Kenntnis als auch das Verständnis der eigenen jüngeren deutschen Geschichte und die Auseinandersetzung mit der NS-Terrorherrschaft und der SED-Diktatur ein zentraler Bestandteil politischer Bildung sein. Hier sollten fachwissenschaftlich anerkannte Kenntnisse und Informationen unter Berücksichtigung der neueren Methodenvielfalt vermittelt werden. Die schulische politische Bildung und die außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung müssen diese Herausforderungen für ihre Curricula und eine methodisch und didaktisch adäquate zeitgeschichtliche Vermittlung begreifen. Es ist daher zwingend erforderlich, ein zwischen Bund und Ländern unter Einbeziehung der bestehenden Träger politischer Bildung abgestimmtes Gesamtkonzept der politischen Bildung zur Vermittlung von Zeitgeschichte zu erarbeiten.“

*Aus dem CDU/CSU/SPD-Antrag „Zur Lage der politischen Bildung in Deutschland“, Bundestags-Drucksache 16/9766, vom Sommer 2008.*

Gerade in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung hat das deutsch-deutsche Thema vor und nach 89 eine große Rolle gespielt. In einer 2006 erschienenen, groß angelegten Untersuchung des Angebots der politischen Erwachsenenbildung zum Thema DDR-Geschichte (Behrens/Ciupke/Reichling, Die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte in der politischen Erwachsenenbildung, Essen 2006) wurde grundsätzlich festgehalten, dass nach 1990 eine quantitativ und qualitativ durchaus beachtliche Bildungspraxis in Gang gekommen ist. Diesem positiven Gesamtbild fügten die Autoren aber einschränkende Bemerkungen hinzu, nämlich im Blick darauf, dass seit dem Jahr 2000 die Zahl der Veranstaltungen kontinuierlich zurückgeht und sich eine inhaltliche und methodische Engführung, eine Art „Häppchen-Pädagogik“ zu DDR-Highlights, bemerkbar macht. Das „Jahr 2009 als Jubiläumsjahr der Friedlichen Revolution“ bot dann jedoch wie Paul Ciupke im Themenheft „Zeitgeschichte“ von Praxis Politische Bildung (4/09, 264ff) schrieb, „eine Ausnahme, denn wir haben es mit einer geschichtspolitisch motivierten und fast überwältigenden Flut an Projekten und Bildungsangeboten zu tun.“

Dieses breite Bildungsangebot konnte, wie in der Auswertung der meisten Träger resümiert wurde, mit Erfolg platziert und realisiert werden. Dabei kamen auch die Erfordernisse, die im professionellen Diskurs eine zentrale Rolle spielten, zum Zuge, so die Entnationalisierung bzw. Europäisierung und die interdisziplinär angelegte Vervielfältigung der Perspektiven. Durch eine solche multiperspektivische Anlage der Bildungsarbeit kann ein umfassenderes und komplexeres Verständnis erreicht werden – eine Herangehensweise, die für eine anspruchsvolle politische Bildung verpflichtend ist. „Eine ‚DDR-Formel‘, die alles Wesentliche der DDR-Geschichte zu komprimieren vermag, wird sich wohl nicht finden lassen,“ betonte etwa Paul Ciupke (ebda.) und fuhr fort: „Dem Plädoyer für die mannigfachen inhaltlichen Zugänge müsste entsprechend eines für mehr Kreativität und Fantasie im Lernarrangement folgen: z.B. für das Aufsuchen verschiedenster Lernorte, die als Zeugen für das Geschehen dienen können; für die lebensgeschichtliche Kommunikation über Erfahrungen, Deutungen und Tradierungen; für den klugen Einsatz von Medien und Dokumentationen, von denen es inzwischen eine unglaubliche Zahl gibt, und schließlich für ein aktiv forschendes und projektförmiges Lernen, das am besten mehrtätig in Bildungsstätten realisiert werden kann. Jedenfalls hat die außerschulische politische Bildung die Chance, kreativer, mit einem anderen Zeitrhythmus als die Schule und vor allem auf der Basis freiwilliger Teilnahme eine nachhaltige Auseinandersetzung mit der DDR- und Kommunismusgeschichte anzustoßen.“

„Auch zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution in der ehemaligen DDR und dem Fall von Mauer und Stacheldraht ist die Aufarbeitung der SED-Diktatur eine gesellschaftspolitische Herausforderung von weiterhin großer Bedeutung. Um der Verklärung der SED-Diktatur entgegenzuwirken, wird die Bundesregierung ihre Maßnahmen zur geschichtlichen Aufarbeitung verstärken. Die Bundesregierung wird im Laufe des Jahres 2010 dazu konkrete Vorschläge unterbreiten. Dazu sollen zählen:

- die Einrichtung eines Arbeitsschwerpunkts, Aufarbeitung der SED-Diktatur‘ bei der Bundeszentrale für politische Bildung,
- die Prüfung der Errichtung einer Jugend- und

Begegnungsstätte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie der Schaffung eines koordinierenden Zeitzeugenbüros unter Beteiligung der durch den Bund getragenen oder finanzierten Institutionen,

- die Fortführung der vom Bund geförderten Programme gegen Rechtsextremismus als ‚Extremismusbekämpfungsprogramme‘ unter Berücksichtigung der Bekämpfung linksextremistischer und islamistischer Bestrebungen sowie die Erstellung eines Jahresberichts der Bundesregierung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Wir werden eine Expertenkommission einsetzen, die die Entwicklung der Aufgaben, die der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) gesetzlich zugewiesen sind, analysiert und Vorschläge macht, ob und in welcher Form diese mittel- und langfristig zu erfüllen sind. Die Aufarbeitung des NS-Terrors und der SED-Diktatur wird wie im Gedenkstättenkonzept des Bundes vorgesehen fortgesetzt und verstärkt.“

*Aus dem Koalitionsvertrag „Wachstum – Bildung – Zusammenhalt“ von CDU, CSU und FDP vom 24. Oktober 2009.*

Mit diesen didaktischen Positionen sind auch zentrale Zielsetzungen angesprochen, von denen sich die politische Jugendbildung der Volkshochschulen im Jubiläumsjahr 2009 leiten ließ und die sie in ein konkretes Arbeitsprogramm umsetzte. Wie diese Ansprüche eingelöst wurden, welche Chancen und Schwierigkeiten sich in dem Arbeitsfeld ergaben und welche Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit daraus gezogen wurden, möchte der DVV mit der vorliegenden Publikation dokumentieren. Damit beteiligt sich der DVV zugleich an einer Leistungsbilanz der außerschulischen politischen Bildung, für die ja im Jahr 2009 der historisch-politische Rückblick – dank der Unterstützung von Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP), Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und anderer Einrichtungen – insgesamt einen Schwerpunkt bildete.



Mit ihren Positionsbestimmungen fügen sich die Volkshochschulen auch in das grundsätzliche Verständnis politischer Bildung ein, von dem sich die großen, bundesweit tätigen Bildungsträger in Deutschland leiten lassen. Als Ausgangspunkt gilt: „Eine demokratische politische Kultur ist angewiesen auf die Bereitschaft möglichst vieler, sich an der Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme in einer Weise zu beteiligen, dass gesellschaftliche Verantwortung übernommen und dabei der Horizont der eigenen Interessen überschritten wird.“ Dies hat der Bundesausschuss Politische Bildung (bap), in dem die Bildungsträger und Zusammenschlüsse, u.a. die Volkshochschulen, auf nationaler Ebene kooperieren, in seiner Grundsatzerklärung aus dem Jahr 1997 formuliert (abgedruckt in: Praxis Politische Bildung, 2/98), und diese Notwendigkeit einer aktivierenden Breitenarbeit ist von den Experten aus Bildungspolitik und Wissenschaft in den letzten Jahren immer wieder bestätigt worden.

Die Bereitschaft aktiver Bürgerinnen und Bürger – das wird dabei ebenfalls betont – kann nicht verordnet werden, sondern nur das Ergebnis eines breit angelegten Prozesses sein, in dem sich die Einzelnen über die gesellschaftliche Vielfalt der Werte, Einstellungen, Meinungen und Sachverhalte gleichberechtigt austauschen. Der Prozess setzt nach Auffassung des Bundesausschusses vielgestaltige Foren des gesellschaftlichen Dialogs voraus – kleinere und größere, spontane und organisierte, offene und strukturierte –, wobei sein Gelingen daran gebunden ist, dass die Beteiligten wissen, in welchen Sach-, Interessen- und Entstehungszusammenhängen sie agieren und welche Kompeten-

zen und Wertorientierungen sie dafür benötigen. Wichtig sind hier die Fähigkeit zur Reflexion der eigenen Positionen und Interessen, die Information über politische, ökonomische, kulturelle und nicht zuletzt geschichtliche Zusammenhänge sowie das Wissen über Prozeduren und Strukturen politischer Willensbildungs- und Partizipationsmöglichkeiten.

Die Voraussetzungen für das Gelingen einer demokratischen Kultur erfordern ständige Lernprozesse des Einzelnen, die, so der Konsens der verschiedenen Bildungsorganisationen, bei Jugendlichen und Erwachsenen wesentlich durch die außerschulische politische Bildung initiiert und begleitet werden müssen: „Vor diesem Hintergrund ist politische Bildung ein konstitutives Element unserer demokratischen politischen Kultur. Die Förderung der politischen Bildung und ihrer Weiterentwicklung ist eine elementare öffentliche Aufgabe. Politische Bildung ist ein unverzichtbarer eigenständiger Bildungsbereich in einem Gesamtsystem der Weiterbildung.“ (Grundsatzerklärung des bap) Politische Bildung zielt auf die Vermittlung von Demokratiekompetenz in einem umfassenden Sinne und geht dabei über staatspolitische Unterweisung oder über den – im Stundenplan nicht gerade üppig vertretenen – Politikunterricht hinaus.



Politische Bildung soll jungen Menschen Kenntnisse über Gesellschaft und Staat, europäische und internationale Politik einschließlich der politisch und sozial bedeutsamen Entwicklungen in Kultur, Wirtschaft, Technik und Wissenschaft vermitteln. Sie soll die Urteilsbildung über gesellschaftliche und politische Vorgänge und Konflikte ermöglichen, zur Wahrnehmung eigener Rechte und Interessen ebenso wie der Pflichten und Verantwortlichkeiten gegenüber Mitmenschen, Gesellschaft und Umwelt befähigen sowie zur Mitwirkung an der Gestaltung einer freiheitlich-demokratischen Gesellschafts- und Staatsordnung anregen.

*Richtlinien Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) vom 28.8.2009 (GMBI 38/09), Nr. III/1: Politische Bildung*

Außerhalb der Schule existiert eine breit gefächerte Bildungslandschaft, in der vielfältige Aktivitäten betrieben werden: In Volkshochschule oder Stadtteilinitiative, in Jugendverband oder Bildungsstätte, in Freizeiteinrichtung oder Zivildienstschule, in Gewerkschaft oder Pfarrgemeinde, in parteilichen oder verbandlichen Gremien, in ‚klassischen‘ Seminarveranstaltungen oder in offener Gruppenarbeit kommt ein breites thematisches und methodisches Spektrum zum Einsatz - oft in Verbindung mit anderen Bildungs-

bemühungen, mit beruflicher Weiterbildung oder Interessenvertretung und zunehmend auch in Kooperation mit der schulischen Bildung. Wie zuletzt die große Evaluation der politischen Bildung (2002-2004) erbracht hat, ist mittlerweile im außerschulischen Bereich mit seinen zahlreichen gesellschaftlichen Organisationen und Initiativen – vom großen, mitgliederstarken Bildungswerk bis zum örtlichen Ein-Mann-Betrieb – eine breite Infrastruktur mit einem pluralen und vielschichtigen Angebot entstanden.

Diese Entwicklung, so das Ergebnis der Evaluation, ist als eindeutiges Plus des deutschen ‚Bildungsstandorts‘ zu werten. Bei den hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung hat sich ein professionelles Profil herausgebildet, das über die unterrichtende Tätigkeit weit hinausgeht und Planung, Konzeptbildung, Bildungsberatung, Marketing, Vernetzung etc. einbezieht. Eine besondere Stärke des außerschulischen Bildungssektors besteht zudem darin, dass er sich konsequent um Innovationen bemüht und dass er als Experimentierort für das gesamte Bildungssystem fungiert. So konnte auch im Jahr 2009 flexibel und mit einem vielfältigen Angebot, das die örtlichen und regionalen Besonderheiten berücksichtigte, das bundespolitisch wichtige Thema eines zeitgeschichtlichen Rückblicks aufgegriffen werden.



## Der Beitrag der Volkshochschulen

Bei den verschiedenen Bildungsaktivitäten geht es immer darum, die sozialen, reflexiven und kommunikativen Fähigkeiten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu stärken, die für politische Orientierung, Willensbildung und gemeinsames Handeln unerlässlich sind. Hierbei stehen nicht staatliche Vorgaben im Vordergrund, sondern die verschiedenen zivilgesellschaftlichen Strömungen, die in der politischen Kultur und der demokratischen Meinungsbildung eine Rolle spielen. Politische Bildung will die Beteiligungschancen offen und den Dialog wach halten – für alle Bevölkerungsgruppen, auch für diejenigen, die als „politikfern“ oder „bildungsfern“ gelten. Die Arbeit der kommunal verankerten Volkshochschulen bietet hier besondere Chancen, denn sie sind in der Fläche präsent und gehören in Deutschland zu den bekanntesten Einrichtungen der außerschulischen Bildung; sie stellen mit über 9 Millionen Belegungen (2008) den größten Anbieter von Weiterbildung.

Gemeinhin werden die Volkshochschulen mit der Aufgabe der Fort- und Weiterbildung für Erwachsene identifiziert. Sie sind aber genau so in der außerschulischen Jugendbildung und der politischen Bildung engagiert. In den vergangenen Jahren wurden gerade mit steigender Tendenz Angebote aus dem Programmbereich „Politik – Gesellschaft – Umwelt“ wahrgenommen, dieser Bereich macht (Stand 2007) einen Anteil von 11 % an den Gesamtbelegungen aus. Dabei steigt auch der Anteil jüngerer Teilnehmer. Mittlerweile nehmen jährlich mehr als eine Million junge Menschen an VHS-Kursen teil. Bei der Zielgruppe Jugend ist ferner zu berücksichtigen, dass es Überschneidungen zwischen Erwachsenen- und Jugendbildung gibt, vor allem da letztere, soweit sie aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes gefördert wird, das Jugendalter in einem weiteren Sinne (bis 27 Jahre) definiert und neben Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch Multiplikatoren einbezieht. Die Zunahme des jüngeren Teilnehmerkreises führt außerdem dazu, dass die Zahl der Volkshochschulen steigt, die ein gesondertes Bildungsangebot für Kinder und Jugendliche als „junge VHS“ eingerichtet haben.

Die Volkshochschulen, die sich heute als moderne Kompetenzzentren verstehen, können auf eine lange Bildungsgeschichte zurückblicken. Ihre Entstehung verdanken sie verschiedenen Entwick-

lungslinien, wobei entscheidende Impulse aus der Aufklärungsepoche und der Etablierung der bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Sozial- und Bildungsbewegungen kamen. Das heutige Verständnis von Jugend- und Erwachsenenbildung als eine Aufgabe, die für den Prozess des lebenslangen Lernens von Relevanz ist, sowie die weltweiten gesellschaftlichen Herausforderungen zeigen, welche Bedeutung den Volkshochschulen in den nächsten Jahren zukommen wird. Dies erfordert auch das konzeptionelle und organisatorische Zusammenwirken der Bildungseinrichtungen. Der 1953 gegründete Deutsche Volkshochschul-Verband (DVV) setzt sich als Bundesverband der 16 VHS-Landesverbände und als Interessenvertretung der rund 1.000 Volkshochschulen im Bundesgebiet dafür ein, dass diesen Erfordernissen Rechnung getragen wird.

Der DVV macht sich für die Querschnittaufgabe Gender Mainstreaming stark, setzt einen Schwerpunkt bei der Arbeit mit jungen Migrantinnen und Migranten, fördert die Partizipation von Jugendlichen – und verstärkt damit insgesamt das Engagement für die politische Bildung. Diese belegt ja beim Weiterbildungsangebot und bei der Weiterbildungsteilnahme in Deutschland traditionell die hinteren Plätze. Und ihr Stellenwert ist in der konkreten Bildungspraxis eher gefährdet, da sie durch den bildungspolitischen Mainstream, der auf Qualifizierung und Beschäftigungsfähigkeit setzt, an den Rand gedrängt wird. Der Volkshochschul-Verband versucht daher – neben seinen Aktivitäten in Sachen Bildungs- und Förderungspolitik –, durch inhaltliche und administrative Unterstützung zur Qualifizierung und zum Ausbau dieses Arbeitsfeldes beizutragen. Dies findet seinen Ausdruck auch darin, dass in der Geschäftsstelle des DVV die Zentralstelle für die politische Jugendbildung im Rahmen des Kinder- und Jugendplans des Bundes angesiedelt ist (siehe auch die Informationen im Anhang).

Der KJP ist das wichtigste Förderinstrument für die außerschulische (politische) Jugendbildung auf Bundesebene. Dem liegt der fachpolitische Konsens zu Grunde, dass eine rein staatliche Jugendarbeit/-bildung im bestehenden System der Kinder- und Jugendhilfe der Bundesrepublik nicht gewollt ist. Für die praktische Planung und Umsetzung von überregionalen Projekten außerhalb der Bundesverwaltung müssen vielmehr bundeszentrale

„Träger“ der Kinder- und Jugendhilfe vorhanden sein, also Organisationen und Initiativen, die den gesellschaftlichen Pluralismus abbilden und mit Leben erfüllen. Da diese auf unterschiedlichen Traditionen und Wertorientierungen basierenden Institutionen die überregionalen Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe wahrnehmen, hat der Bund grundsätzlich ein Interesse an der Existenz solcher Träger in der Vielfalt der Kinder- und Jugendhilfe.

Das Leitmotiv des deutschen Kinder- und Jugendhilferechts, die partnerschaftliche Zusammenarbeit, gilt demzufolge als Maßstab für die Ausgestaltung von Bundeszentralität und die Weiterentwicklung des KJP. Im Gesamtsystem der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland stellen die bundeszentralen Träger gewissermaßen das Rückgrat der konkreten Jugendbildungsarbeit dar. Dabei ist die Zentralstelle des DVV für die Initiierung, inhaltliche Planung, Koordinierung und Verwaltung der an den Volkshochschulen stattfindenden Veranstaltungen zuständig. Sie gestaltet diese Aufgabe im Blick auf eine verstärkte Kommunikation und Vernetzung mit den Volkshochschulen sowie durch eine inhaltliche Schwerpunktsetzung in der Bildungspraxis. Mit dieser Aufgabenstellung trägt der DVV auch der Tatsache Rechnung, dass die beiden Bereiche der Jugend- und Erwachsenenbildung in vielerlei Hinsicht – von den Zielgruppen über Themen, Methoden und Formate bis zu den didaktischen Prinzipien der Freiwilligkeit, Teilnehmerorientierung oder Partizipation – Überschneidungen aufweisen.

Konkret wurden im Jahr 2009 in den Volkshochschulen insgesamt 200 Maßnahmen und Kurse durch das KJP-Programm „Politische Bildung“ gefördert. Teilgenommen haben an diesen Aktivitäten 5.791 Jugendliche, davon waren 3.059 Mädchen bzw. junge Frauen und 2.732 Jungen bzw. junge Männer. Für diese Angebote wurden rund 260.000 Euro an Fördermitteln eingesetzt. Ein großer Teil der Volkshochschulen engagiert sich zudem außerhalb der finanziellen Förderung durch den KJP mit einer Vielzahl von Bildungsmaßnahmen im Bereich der politischen Jugendbildung. Im vorliegenden Fall der Angebote zum Thema Deutsche Einheit hat besonders die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur die Bildungsarbeit unterstützt.

Der Hauptteil der hier vorgelegten Broschüre bietet einen Einblick in die konkrete Praxis der politischen





Jugendbildung an deutschen Volkshochschulen am Beispiel des Jahres 2009, fokussiert auf Veranstaltungen zum Themenbereich „20 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“. 16 Projekte aus Volkshochschulen in Ost und West, die wichtige politische und pädagogische Herausforderungen im Rahmen der Themenstellung repräsentieren, werden mit Praxisberichten und -reflexionen vorgestellt. Dadurch wird auch ein Beitrag zur fachlichen Debatte der politischen Bildung geleistet. Die Texte gehen dem Stellenwert des DDR-Themas in der Bildungspraxis nach und dokumentieren an einem Ausschnitt, wie sich die konkrete Umsetzung dieser Bildungsaufgabe im außerschulischen Bereich vollzieht. So tragen sie zur Klärung didaktischer Fragen und zur Praxisforschung bei, auf die in letzter Zeit besonderer Nachdruck gelegt wird.

Die 16 Kapitel – alphabetisch nach der Reihenfolge der Orte angeordnet – verstehen sich als exemplarische Darstellungen, sie wollen kein vollständiges Bild der im VHS-Bereich geleisteten politischen Jugendbildung zu diesem Thema zeichnen. Teilweise hatten die vorgestellten Projekte einen Vorlauf vor dem Jahr 2009, in einem Fall („An der Schnittstelle der weltpolitischen Blöcke“) fanden die Veranstaltungen vor 2009 statt. Insgesamt gilt festzuhalten, dass aus den Aktivitäten zahlreiche Anregungen für die weitere Arbeit hervorgegangen sind. Die koordinierte und konzentrierte Befassung mit dem zeitgeschichtlichen Thema hat so der didaktisch-methodischen Weiterentwicklung von Arbeitsansätzen wichtige Anstöße gegeben.

In die Präsentation der Praxisbeispiele sind die Erfahrungen verschiedener Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Volkshochschulen im ganzen Bundesgebiet eingeflossen. Die Texte wurden von einer Redaktionsgruppe im Auftrag des DVV erstellt; die wichtigsten Personen und Institutionen, auf die sich die Darstellung stützt, sind jeweils in den Kapiteln genannt. Sonstige Adressen und Kontakthinweise finden sich im Anhang. Dieser informiert zunächst über die herausgebende Einrichtung, den Deutschen Volkshochschul-Verband, und dann über weitere institutionelle Zusammenhänge, die für die außerschulische politische Bildung von Bedeutung sind.

Der Anhang bringt abschließend eine Literatur- und Materialauswahl zu konzeptionellen, organi-

satorischen und praktischen Fragen der politischen (Jugend-)Bildung. Verzeichnet sind in der Regel Titel, die die Bildungspraxis im Umkreis der Volkshochschulen betreffen und die die Entwicklung der letzten Jahre dokumentieren. Aufgeführt sind auch verschiedene Aufsätze zur politischen Erwachsenen-/Weiterbildung, die didaktische Fragen der außerschulischen Bildungsarbeit oder Angebote für junge Erwachsene betreffen. Zur Erschließung weiterer Materialien – gerade auch der ‚grauen Literatur‘ aus dem Bereich der Verbände und Organisation – sei auf die Websites der aufgeführten Institutionen verwiesen.



# PRAXISBEISPIELE







City-VHS Berlin-Mitte

## Grenzfall – was haben wir damit zu tun?

### Migrantenkinder auf Spurensuche

**Themen:** Berlin und das Alltagsleben vor und nach dem Fall der Mauer

**Methoden:** Zeitzeugeninterviews, Einrichtung einer Online-Lernplattform, Erstellung eines Wikis zum Thema, Exkursionen

Die City-VHS Berlin-Mitte thematisierte vom 11. September bis zum 5. Dezember 2009 auf insgesamt 15 zusammenhängenden Veranstaltungsterminen Friedliche Revolution und Wende, festgemacht an den Berliner Ereignissen der historischen Zäsur 1989/90. Im Fokus des Bildungsangebotes standen Recherche, Diskussion und Dokumentation der Erfahrungen, die Menschen mit Migrationshintergrund infolge der „Wende“ und der Wiedervereinigung machten. Lokaler Schwerpunkt für das außerschulische Bildungsprojekt „Spurensuche“ war das zum Bezirk Berlin-Mitte gehörende ehemalige Arbeiterviertel Wedding - neben Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg der Stadtteil der Hauptstadt, der die höchste Quote an Menschen mit Migrationshintergrund aufweist und dessen Sozialstruktur durch einen hohen Anteil „sozial schwacher“ und „bildungsferner“ Milieus geprägt ist.

Adressaten des historisch-politischen Bildungsangebotes waren Schülerinnen und Schüler aus dem

Stadtteil. Entsprechend dem Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund an der Gesamtschülerzahl der allgemeinbildenden Schulen im Wedding – laut Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin rund 40 % – waren es überwiegend junge Menschen mit familiärer oder auch persönlicher Migrationserfahrung, die alle nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten geboren wurden. Eine Generation, die über keine eigene biographische Erfahrung des gesellschaftlichen Umbruchs im Herbst 1989 verfügt und meist mehr schlecht als recht über die Vorgänge und deren gesellschaftliche Tragweite informiert ist. Gleichwohl eine Generation, die aufgrund ihrer Herkunft und sozialen Stellung mehr als andere vor allem von den wirtschaftlichen Folgen des Vereinigungsprozesses beider deutscher Staaten betroffen ist.

### Herbst 89 und die Folgen für Migration und Migranten

Viele ausländische Arbeitnehmer, als so genannte Gastarbeiter in besonders arbeitsintensiven Bereichen der Industrie eingesetzt, verloren im Laufe der 80er Jahre aufgrund der technischen Weiterentwicklung in den Fabriken und der zunehmenden Verlagerung von Unternehmen ihren Arbeitsplatz. Sie übten zuvor meist einfache, einseitige, körperlich belastende Tätigkeiten aus, vor allem in der Schwer- und Automobilindustrie, im Baugewerbe und bei der Stadt- und Gebäudereinigung. Der Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt wurde durch die Abwicklung der DDR-Wirtschaft mittels der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 1. Juli 1990 verstärkt. Die in der Wirtschaftsunion festgeschriebenen Bestimmungen veränderten die



ökonomischen Verhältnisse auf dem Gebiet der DDR nachhaltig, die Zentralverwaltungswirtschaft wurde durch die soziale Marktwirtschaft ersetzt, das bundesdeutsche Wirtschafts- und Arbeitsrecht erhielt gesamtdeutsche Geltung.

Die Folgen für die DDR-Wirtschaft und ihre Beschäftigten waren gravierend: Die Einrichtung eines gesamtdeutschen Marktes führte dazu, dass sich die ostdeutsche Wirtschaft nun in einer Wettbewerbssituation mit der weit überlegenen bundesdeutschen Wirtschaft befand, der sie nicht gewachsen war. Güter aus ostdeutscher Produktion fanden keine Abnehmer, ganze Industriezweige wurden brachgelegt, die Wirtschaftsleistung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR schrumpfte um mehr als die Hälfte, die Arbeitslosigkeit wuchs enorm. Dies stellte eine Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Situation dar, von der die Zugewanderten aufgrund ihrer geringen Qualifikation, ihrer sprachlichen oder kulturellen Barrieren besonders hart betroffen waren. Ausländische Arbeitnehmer in Westdeutschland, Menschen aus der Türkei, Griechenland, Italien, Spanien, Portugal, Marokko und Tunesien, sowie „Vertragsarbeiter“ in Ostdeutschland, Zuwanderer oder Flüchtlinge aus Vietnam, Kuba, Mozambique, Angola und Polen, wurden aus dem untersten Segment des Arbeitsmarkts hinausgedrängt. vielerorts besetzten Bürger der ehemaligen DDR die schlecht bezahlten und arbeitsintensiven Arbeitsplätze und stellten fortan eine Konkurrenz in diesem Teilbereich des Arbeitsmarktes dar.

Erschwerend kam hinzu, dass Großstädte wie Berlin neben den industriellen Ballungsräumen (Beispiel: Ruhrgebiet) schon immer Zentren der Zuwanderung waren. Dort kulminierten die negativen gesellschaftlichen Folgen der wirtschaftlichen Lage: Menschen mit Migrationshintergrund, die als „Gast-“ oder „Vertragsarbeiter“ gebraucht,

aber weder hien noch drüben integriert wurden, erfuhren eine soziale Deklassierung. Sie verloren vielerorts mit ihrem Arbeitsplatz ihre mühsam erreichte (und doch meist prekäre) soziale Stellung und wurden weiter ins gesellschaftliche Abseits gedrängt. Eine Tendenz, die durch den Niedergang der UdSSR noch verstärkt wurde. Der Zerfall der Sowjetunion bewirkte wie der Niedergang aller großen Imperien eine Zunahme der Migrationsbewegungen, insbesondere der Ost-West-Migration, was wiederum zeitweise die Zuwanderung nach Europa und Deutschland erhöhte. In Deutschland waren dies vor allem Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien, Familiennachzug von Angehörigen der „Gastarbeiter“, Russlanddeutsche, Asylbewerber aus Staaten des ehemaligen Ostblocks und der so genannten Dritten Welt.

Die damit an die deutsche und europäische Politik gestellte Herausforderung der Integration führte bei Teilen der deutschen Bevölkerung und der Politik zu einer Ethnisierung der Folgeprobleme von Migration. Ausländerfeindliche, rassistische und ethnozentristische Positionen im politischen Diskurs erhielten Zulauf, wobei die Bundespolitik dieser Stimmung teilweise Recht gab, indem die Integrationsanforderungen vor allem als „Asylantenproblem“ thematisiert wurden. Traurige Höhepunkte waren die Brandanschläge von Solingen, Rostock und Mölln auf der einen Seite und die De-facto-Abschaffung des Grundrechts auf Asyl durch den „Asylkompromiss“ vom 6. Dezember 1992 auf der anderen Seite.

### Grenzfall: Bildungsarbeit im Spannungsfeld von Migration und Integration

Das Vorhaben, mit dem Projekt „Spurensuche“ gezielt ein historisch-politisches Bildungsangebot für junge Menschen mit Migrationshintergrund zu platzieren, war nicht nur der Tatsache geschuldet, dass diese einen hohen Anteil besonders der jungen Generation im „Kiez“ stellen, sondern auch der besonderen gesellschaftlichen Stellung, die diese Gruppe aus dem Blickwinkel der politischen Bildung besitzt. Menschen mit Migrationshintergrund sind in den Prozess der politischen Willensbildung kaum integriert; ihnen wird formal-rechtlich der Zugang zu Mitwirkung und Partizipation erschwert; das Staatsangehörigkeitsrecht und der Aufenthaltsstatus entscheiden über die eingeräum-



ten politischen Teilhaberechte; sprachliche und soziokulturelle Barrieren – z.B. mangelndes Wissen über die Rechte und Möglichkeiten der Partizipation, fehlende Schlüsselqualifikationen im Umgang mit Medien und anderen Instrumenten der gesellschaftlichen Teilhabe – verhindern eine gleichberechtigte Teilnahme am politischen Diskurs.

Will politische Bildung ihrem öffentlichen Auftrag gerecht werden, die Entwicklung und Festigung demokratischer Einstellungen und Verhaltensweisen in der Bevölkerung fördern, muss sie auf Gruppen und Schichten Rücksicht nehmen, für die der Zugang zu und die Teilhabe am politischen Willensbildungsprozess erschwert ist. Damit fällt natürlich ein erhöhter Förderungsbedarf bei der Zielgruppe an - eine Situation, aus der sich für die City-VHS Berlin-Mitte ein klares Anforderungsprofil ergab: Der Themenkomplex „Friedliche Revolution und Wiedervereinigung“ musste auf eine Art und Weise erschlossen werden, die Bezugspunkte zur urban, kulturell und religiös höchst ausdifferenzierten Lebenswelt der Jugendlichen im Bezirk herstellte. Die Thematisierung der Vorgänge vom Herbst 1989 unter den Aspekten Lebensgeschichte und Alltag bot diesen Zugang: Mit dem Veranstaltungsangebot „Grenzfall – was haben wir damit zu tun?“ stellte die City-VHS Berlin einen Bezugspunkt zur individuellen Lebenswirklichkeit der 16- bis 18-Jährigen her: über die Erforschung und Dokumentation biographischer Erfahrungen der friedlichen Revolution durch Eltern und Großeltern.

Dabei motivierte die Schnittstelle zwischen allgemein-gesellschaftlichen Vorgängen und Auswirkungen auf die eigene Biographie – in diesem Fall die Folgen der Vorgänge der Friedlichen Revolution auf die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des Lebens der Eltern- und Großelterngeneration – die teilnehmenden Jugendlichen, die Ereignisse vom Herbst 89 als historisch-politisch und persönlich relevante Momente zu begreifen. Die so hergestellte Nähe zum Thema 20 Jahre Wiedervereinigung motivierte die oft als politikfern beschriebene Zielgruppe, sich der politisch-gesellschaftlichen Vorgänge anzunehmen und sie als bedeutsame Faktoren der eigenen Lebensbedingungen zu reflektieren.

## Spurensuche: Das biographische Erleben der friedlichen Revolution 1989

Die erste Phase des Projekts „Grenzfall“ bestand in der Dokumentation der biographischen Erlebnisse, die Eltern und Großeltern der jugendlichen Teilnehmer 1989/1990 machten. In Interviews und Gesprächen befragten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der VHS-Veranstaltungen selbständig ihre Angehörigen und dokumentierten dies mittels Handy oder MP3-Player. Die so gewonnenen audiovisuellen Daten über das persönliche Erleben der Friedlichen Revolution wurden zur weiteren Verwendung auf einen Server der VHS überspielt und dienten dort als Grundlage für die Erstellung eines „eKurses“ zum Thema.

Die Wortschöpfung „eKurs“ bezeichnet Kurse, bei denen elektronische oder digitale Medien für die Präsentation und Distribution von Lernmaterialien zum Einsatz kommen. Die Kurse sind ein Teilbereich des so genannten E-Learnings, des elektronisch unterstützten Lernens, und ermöglichen es, Kurse etwa der VHS von jedem Ort und zu jeder Zeit online abzurufen. Ein wichtiges Anwendungsbeispiel von E-Learning ist die Lernplattform moodle. Sie bietet ein Kursmanagementsystem auf Open-Source-Basis, das besonders von Schulen genutzt wird, um virtuelle Lehrgänge und Workshops durchzuführen (der moodle-Lernraum für Berlin ist über [www.lernraum-berlin.de/moodle/](http://www.lernraum-berlin.de/moodle/) zu erreichen). Dabei führten die teilnehmenden Jugendlichen unter Anleitung alle Arbeitsschritte, vom Rohschnitt bis zur Gestaltung des eKurses, selbst durch und befassten sich so nicht nur inhaltlich mit dem Thema, sondern lernten wichtige Techniken der digitalen Informationsbearbeitung kennen. Die Ergebnisse der biographischen Recherchearbeit wurden dann als eKurs auf der moodle-Plattform, des Kooperationspartners Heinrich-von-Stephan-Gemeinschaftsschule und der Lernplattform der Berliner City-VHS veröffentlicht.

Die zweite Phase der Veranstaltungsreihe umfasste die Präsentation und Diskussion der gesammelten Eindrücke und Erfahrungen. Die Ergebnisse der eigenständigen Recherchearbeit wurden zusammengefasst und der Arbeitsgruppe zur Diskussion vorgestellt. Die Ergebnisse der Diskussion wurden dann gemeinsam in ein Intranet-Wiki übertragen; die notwendigen Kenntnisse zur Pflege und Nutzung eines solchen Wikis konnten dabei „on the



job“ erworben werden. Neben der gemeinsamen Befassung mit dem Thema deutsche Einheit und Migration und der produktorientierten Aufarbeitung in Form eines eKurses in digitaler Lernumgebung umfasste die Veranstaltungsreihe auch Exkursionen zu historisch bedeutsamen Orten in Berlin. Die Teilnehmergruppe besuchte u.a. den „Mauerpark“, ein beliebtes Naherholungsgebiet, an dem früher die Grenze zwischen West- und Ost-Berlin verlief, und den wohl bekanntesten Berliner Grenzübergang Checkpoint Charlie.

### **Dokumentation: Medienkompetenz und Partizipation**

Die teilnehmenden Jugendlichen konnten durch den Besuch der Bildungsveranstaltung Grundorientierungen zu den gesellschaftlich relevanten Vorgängen und Hintergründen der Friedlichen Revolution 1989 erwerben. Die Anlage des Kurses als Biographie-Arbeit zum Thema stellte dabei eine Verbindung zwischen dem zeitgeschichtlichen Ereignis und der heutigen Lebenssituation der Jugendlichen sowie den sich daraus ergebenden Interessenlagen her. Die notwendigen technischen Fähigkeiten im Umgang mit digitalen Medien konnten bei dieser Gelegenheit erarbeitet und vertieft werden. Die teilnehmenden Jugendlichen erhielten außerdem Einblick in die Produktionsbedingungen von Medien und lernten durch die Gestaltung eigener Medien den Bezug von Medien zur gesellschaftlichen Wirklichkeit kennen.

Die Ergebnisse der Beschäftigung mit der Zeitgeschichte liegen in Form von neuen Kursmaterialien als Endprodukt vor. Sie bieten inhaltliche Anregungen sowie Informationen und Handreichungen zur Vermittlung von Medienkompetenz in der politischen Jugendbildung. So lassen sich die Ergebnisse auch von anderen pädagogischen Mitarbeitern in der außerschulischen Szene nutzen, die sich mit der Frage auseinandersetzen, was Teilnehmende dazu befähigen könnte, Medienbotschaften kritisch zu hinterfragen und Medien zur Erweiterung der eigenen Handlungsfähigkeit zu nutzen.

Christine Bartels  
City-VHS Berlin-Mitte  
Linienstraße 162  
10115 Berlin  
Tel.: 030/901837413  
Fax: 030/901837488  
E-Mail: bartels@city-vhs.de  
Website: www.city-vhs.de

*Das Projekt wurde aus Mitteln der Stiftung Aufarbeitung gefördert.*



VHS Braunschweig

## „Erinnerungskultur für junge Erwachsene“

Ost-West-Erfahrungsaustausch

**Themen:** Alltag der DDR, Reisefreiheit, Situation von Jugendlichen in der DDR

**Methoden:** Podiumsdiskussion, Zeitzeugengespräche, Erstellung von Wandzeitungen, Jugendbegegnung

Vom Oktober 2008 bis zum November 2009 führte die VHS Braunschweig eine Veranstaltungsreihe „Erinnerungskultur - 20 Jahre Mauerfall“ für junge Erwachsene durch. Die VHS, die in einem breiten Spektrum von Bildung und Qualifizierung engagiert ist, beschreibt ihr Leitbild so: „Wir wollen möglichst viele Menschen gleich welcher Herkunft, sozialen Lage, Weltanschauung und Nationalität erreichen und lebensbegleitendes Lernen für alle ermöglichen. Die Belange von Frauen, Kindern und Männern werden dabei gleichermaßen berücksichtigt. Lernen gelingt und ist erfolgreich, wenn Erwachsene, Kinder und Jugendliche Freude am Lernen haben, aktiv den Lernprozess mitgestalten, motiviert sind und bleiben. Dazu gehört auch, das Lernen zu lernen. Lehrende und Lernende gestalten in dieser Weise ihre Lernprozesse gemeinsam.“ Entsprechend dieser Zielsetzung wurde auch das Projekt „Erinnerungskultur“ angelegt.

Es ging bei den zahlreichen Veranstaltungen dieser Reihe um außerschulische Bildung mit mehrfachem Zielgruppenbezug. Das Angebot zielte auf: (1) Schülerinnen und Schüler, und zwar als Teilnehmer wie ernst genommene Kooperationspartner, (2) Lehrerinnen und Lehrer als Lernpartner und zur Identifizierung von Fortbildungs-Aufgaben, (3) Eltern als Multiplikatoren für Neukunden-Akquise, (4) die Öffentlichkeit als Präsentations-Plattform für das VHS-Profil. Als Auftakt wurde eine öffentlichkeitswirksame Podiumsdiskussion mit Zeitzeugen, Schülervertretern und Kommunalpolitikern platziert. Zur Vernetzung der verschiedenen Partner – VHS, Schulleiter, Fachleiter, Landesschulbehörde, Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt – folgte eine Informationsveranstaltung. Dann gab es eine informative,



gut besuchte Vortragsveranstaltung mit Prof. Klaus Schroeder, Experte in Sachen DDR-Geschichte an der Humboldt-Universität in Berlin.

Damit wurde der Hauptteil des Projekts in Gang gesetzt: Zeitzeugen-Interviews und Textsorten-Produktion von Schülerinnen und Schülern eines kooperierenden Braunschweiger Gymnasiums. Es standen vier Interview-Partner zur Verfügung, außerdem gab es einen Presseworkshop der Braunschweiger Zeitung. Schwerpunkte der Interviews waren: Reisefreiheit, Alltag der DDR, die Sicht des Westens und, für Jugendliche nahe liegend, Schule, Studium, Beruf. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gingen im Anschluss daran, unterstützt von der Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen-Anhalt, auf eine Exkursion nach Magdeburg. Besucht wurde hier die Gedenkstätte Moritzplatz, ein ehemaliges Stasi-Gefängnis. Im benachbarten Bundesland bot sich dann auch die Gelegenheit zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch mit Schülerinnen und Schülern aus Wansleben.

Zur Abschlussveranstaltung „20 Jahre Mauerfall“ mit Prof. Richard Schröder trugen die Braunschweiger Jugendlichen vor allem dadurch bei, dass sie Ergebnisse aus ihren Interviews und Begegnungen präsentierten, und zwar unter dem Motto: „Wir wollen keine Mauer mehr – auch nicht in den Köpfen.“ Auf einer Wandzeitung hieß es etwa: „Durch Zeitzeugengespräche und Gefängnisbesuch haben wir Einigkeit und Recht und Freiheit in einer besonderen Form schätzen gelernt ... aber ist jetzt wirklich alles erreicht?“ Für die jungen Menschen waren bei dem Projekt, das zeigte die interne Auswertung, die Öffnung des Unterrichtsraums zur Lebenswirklichkeit und die Verzahnung verschie-



denen Fächer und Disziplinen (Geschichte, Deutsch, Politik, Kommunikationsforschung, Medienpädagogik) besonders wichtig.

Die VHS konnte insgesamt ein erfolgreiches Programm bilanzieren, das schon allein in quantitativer Hinsicht beachtlich war: Vortragsveranstaltungen mit insgesamt über 200 Gästen, Podiumsdiskussionen/Workshops/Exkursionen mit insgesamt über 250 Teilnehmenden, Seminarveranstaltungen/Konferenzen mit insgesamt rund 100 Multiplikatoren. Und unterstützt durch die Braunschweiger Zeitung und die Magdeburger Volksstimme, die einzelne Projektphasen begleiteten, gab es eine kontinuierliche öffentliche Resonanz. Zu den wichtigen inhaltlichen Erfolgen gehörten: a) die Schaffung außerschulischer Lernorte mit fachlich-interdisziplinärer Vernetzung, b) die Entwicklung „kommerziellen Potenzials“, d.h. die Erprobung eines Projektmodells, das wieder verwendbar und für andere Fächer/Zielgruppen adaptierbar ist, c) die Tatsache, dass ein neues Bild der VHS und ihrer Weiterbildungsangebote bei Teilnehmern und Neukunden etabliert wurde.

Alles in allem, so fassten die Verantwortlichen das Ergebnis zusammen, ist eine „Reanimation der politischen Bildung“ gelungen. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe ist nach Einschätzung aller Beteiligten ein konstruktiver Dialog zwischen jungen Erwachsenen aus Ost und West in Gang gekommen, der gerade auch zur weiteren Auseinandersetzung mit politischen und zeitgeschichtlichen Fragen motiviert. Die VHS Braunschweig hat daher beschlossen, nach Auslaufen des Projekts dessen Anliegen in weiteren Angeboten des Jahres 2010 aufzugreifen. Zum einen will sie den begon-

nen Erfahrungsaustausch vertiefen und mit einem außerschulischen Angebot in Form einer AG an Braunschweiger Gymnasien Unterrichtsmaterialien für den Geschichtsunterricht entwickeln. Zum andern sollen als Fortsetzung des Erfahrungsaustauschs – in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt – insbesondere der jungen Generation Einblicke in das politische System der Bundesrepublik Deutschland gewährt werden. Titel der Kurse: „Wie funktioniert Landespolitik in Sachsen-Anhalt und in Niedersachsen?“ Dabei geht es um einen Politikkurs mit Praxisbezug, geplant ist der gegenseitige Besuch der Landesparlamente in Magdeburg und Hannover. Davor, danach und dazwischen soll es viele Informationen von unterschiedlichen Referenten und Landtagsabgeordneten geben und viele Gelegenheiten zur Begegnung und zum – hoffentlich regen – Austausch.

H.-Peter Lorenzen  
VHS Braunschweig  
Alte Waage 15  
38100 Braunschweig  
Tel.: 0531/24120  
Fax: 0531/2412221  
E-Mail: [info@vhs-braunschweig.de](mailto:info@vhs-braunschweig.de)  
Website: [www.vhs-braunschweig.de](http://www.vhs-braunschweig.de)

*Das Projekt wurde aus Mitteln der Agentur für Erwachsenenbildung und Weiterbildung des Landes Niedersachsen gefördert.*





VHS Castrop-Rauxel

## „Die Kinder des Mauerfalls“

Bildungsarbeit im ehemaligen Industriegebiet

**Themen:** Geschichte und politisches System von DDR und Bundesrepublik

**Methoden:** Gruppenarbeit, Zeitzeugengespräche, Fahrt zum historischen Ort sowie Museum

Die VHS Castrop-Rauxel ist eine kleinstädtische Volkshochschule, die aufgrund ihrer geographischen Lage im Ballungsraum des Ruhrgebietes von den Folgen des industriellen Strukturwandels besonders betroffen ist. Das macht sich sowohl wirtschaftlich als auch gesellschaftlich und kulturell bemerkbar. Der Wandel von der Montanindustrie zur modernen Wissens- und High-Tech-Gesellschaft stellt für die politische Bildung allgemein eine große Herausforderung dar, verstärkt werden solche Herausforderungen in ehemaligen Industrieschwerpunktgebieten wie dem Ruhrgebiet wirksam. Die Wirtschaftsstruktur Castrop-Rauxels wird heute nur noch von mittelständischen und kleinen Unternehmen geprägt, von der ehemaligen Großindustrie ist nicht mehr viel übrig geblieben – lediglich ein Großbetrieb der Chemieindustrie produziert hier noch.

Die Folgen für das Erwerbsleben der Menschen und die Sozialstruktur der Stadt sind gravierend und werden von der örtlichen VHS natürlich berücksichtigt. In ihrem Leitbild schreibt sie: „Die Volkshochschule sichert mit ihrem Programmangebot einen öffentlichen Bildungsauftrag zur Erwachsenen- und Weiterbildung. Sie steht sowohl für eine sozialverpflichtete Bildungsarbeit als auch für eine Orientierung am Bildungsmarkt... Als besonderen Zielgruppen bietet die Volkshochschule benachteiligten Jugendlichen und arbeitslosen Mitbürgern Hilfen und Angebote zur beruflichen Qualifizierung an. Die Volkshochschule nimmt ihren Bildungsauftrag auf dem Hintergrund der realen und zukünftigen Anforderungen von Arbeitswelt und deren Wechselwirkungen zwischen beruflichem und privatem Umfeld wahr. Dabei nimmt sie auch die veränderten Formen des Zusammenlebens, die durch zunehmende Alterung, Zuwanderung, Integration, aber auch gesellschaftliche Desintegration entstehen, ins Blickfeld der Programmentwicklung.“

### Probleme der Zielgruppenansprache

Für das Bildungsangebot zum Themenkomplex 20 Jahre Friedliche Revolution und Mauerfall bedeutete dies, dass die VHS im Arrangement ihres Projektes einen besonderen Bezug zur gesellschaftlichen Lebenswirklichkeit ihrer Adressaten herstellen musste. Zielgruppe der Veranstaltung „Die Kinder des Mauerfalls“, mit der sich die VHS Castrop-Rauxel in der ehemaligen Industriestadt und heutigen „Europastadt im Grünen“ an dem Veran-

staltungsschwerpunkt des DVV zum 20. Jahrestag des Bürgeraufstands in der DDR beteiligte, waren Jugendliche und junge Erwachsene. Das heißt, wie bei vielen anderen Angeboten des Jahresschwerpunkts, eine Generation, die die historischen Ereignisse nicht selbst miterlebt und oft keinen Bezug dazu hat – ganz zu schweigen vom eher dürftigen allgemeinen Interesse an deutscher oder europäischer Zeitgeschichte. Diesem Umstand wollte die veranstaltende VHS dadurch Rechnung tragen, dass sie sich an junge Erwachsene wandte, die im Zeitraum von 1987 bis 1990 aus der ehemaligen DDR in den Einzugsbereich Castrop-Rauxels übergesiedelt waren. Man hoffte so bei der jugendlichen Zielgruppe einen biographischen Bezug zum Thema des Kurses zu aktivieren, der sich in Interessiertheit und Aufgeschlossenheit für historisch-politische Zusammenhänge niederschlagen sollte.

Leider ergaben Recherchen in den Melderegistern nur drei Personen, die die Auswahlkriterien erfüllten. Sie zeigten aber kein Interesse an der Auseinandersetzung mit der Zeitgeschichte. Die VHS stellte sich flexibel auf diese Situation ein, es wurden gesellschaftlich benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene angesprochen, die im Studienbereich „Grundbildung/Schulabschlüsse“ des Bildungszentrums der VHS ihre Fachoberschulreife erwarben. Mit Erfolg, wie die Veranstalter in einem abschließenden Bericht schreiben: „Aus dem Teilnehmerkreis konnte eine am Thema sehr interessierte Gruppe gewonnen werden, die persönlich bzw. familiär keinerlei Beziehung zu dieser Phase der deutschen Geschichte besitzt. Für die jungen Leute bedeutete die Geschichte der deutschen Teilung und deren Überwindung eine historische und persönliche Erkundung auf unbekanntem Terrain.“

### „Auf unbekanntem Terrain“

Die so gewonnenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer befassten sich vom 24. bis 27. November 2009 mit der deutschen Zeitgeschichte. Methodisch-didaktisch wurde der gesellschaftliche Hintergrund der Teilnehmenden dadurch berücksichtigt, dass betont anschauliche und partizipative Herangehensweisen gewählt wurden. Dies wurde auch durch die Exkursion deutlich, die der Teilnehmerkreis zum Abschluss der Veranstaltung am 27. November nach Bonn unternahm: Die Vermittlung eher als ‚trocken‘ geltender Geschichtsabläufe

wurde mit der Anschaulichkeit von authentischen historischen Orten und Museen kombiniert. In der Bundesstadt Bonn gab es die Gelegenheit, Geschichte an Originalschauplätzen zu erleben; besucht wurde das ehemalige Regierungsviertel mit seinen (restlichen) Ministerien und dem „Alten Wasserwerk“, dem Sitz des Bundestages zum Ende des Kalten Krieges und während der Wendeereignisse. Dabei konnten Wissenslücken, den Aufgabenbereich und die Arbeit des Bundestages betreffend, geschlossen und Kenntnisse über die Zeit des Ost-West-Gegensatzes und die Folgen für die zwei deutschen Staaten anschaulich bestätigt werden.

Anschließend besuchte die Teilnehmergruppe die Dauerausstellung im Bonner Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Diese präsentiert auf mehr als 4.000 qm über 7.000 Ausstellungsstücke aus der deutschen Politik-, Wirtschafts-, Kultur- und Alltagsgeschichte von 1945 bis heute. Der chronologisch aufgebaute Ausstellungsrundgang umfasst sowohl gesamtdeutsche als auch spezielle Inhalte der deutschen Zweistaatlichkeit. Diese werden in interaktiver und erlebnisorientierter Weise präsentiert. Ausstellungsstücke sind Originalgegenstände und Dokumente der deutschen Geschichte, Fotos, Ton- und Filmausschnitte, die Geschichte lebendig und erfahrbar machen. Komplexe Zusammenhänge aus Politik und Zeitgeschichte können so jugendnah vermittelt werden, der Zugang zur Geschichte wird erleichtert und fördert das Interesse der jungen Generation an Politik und Zeitgeschichte.

In den drei vorangegangenen Tagen des Kurses der VHS Castrop-Rauxel hatten sich die Teilnehmer zunächst unter folgenden Leitfragen mit dem Thema befasst:

- Wie kam es zur Teilung Deutschlands und zur Gründung zweier deutscher Staaten?
- Wie sah die politische und wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik und in der DDR aus?
- Welche Rolle spielte die Stadt Berlin in dieser Zeit.

Anhand von historischen Quellen und Texten wurden die Fragen diskutiert, wobei auf verschiedene Arbeitstechniken zurückgegriffen wurde. Wichtig war nicht nur, dass die Zugänge zum Thema allen

Jugendlichen, egal ob Jungen oder Mädchen, ob Migrantin oder Einheimischer, eine gleichberechtigte Teilnahme am Lernprozess des Kurses ermöglichen, sondern auch, dass die Teilnehmer das Bildungsprojekt aktiv mitgestalteten und durch eigene Perspektiven bereicherten.

Das so gewonnene Wissen über die allgemeine, politische und wirtschaftliche Entwicklung beider deutscher Staaten wurde am zweiten Tag der Veranstaltung durch ein Zeitzeugengespräch und die Beschäftigung mit Konsum- und anderen Originalgegenständen aus der DDR vertieft. Die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhielten so einen Einblick in die alltägliche Ebene des realen Sozialismus und konnten sich anhand der persönlichen Erlebnisse des Zeitzeugen ein plastisches Bild vom Leben und Arbeiten im andern deutschen Staat machen.

Darauf folgte die Auseinandersetzung mit den Ereignissen, die zur Überwindung der deutschen Teilung führten. Anhand von Abschnitten des Dokumentarfilms „Schabowskis Zettel“ wurde die Friedliche Revolution in ihrem nationalen und internationalen Kontext diskutiert und bewertet. Der Teilnehmerkreis erfuhr so in anschaulicher

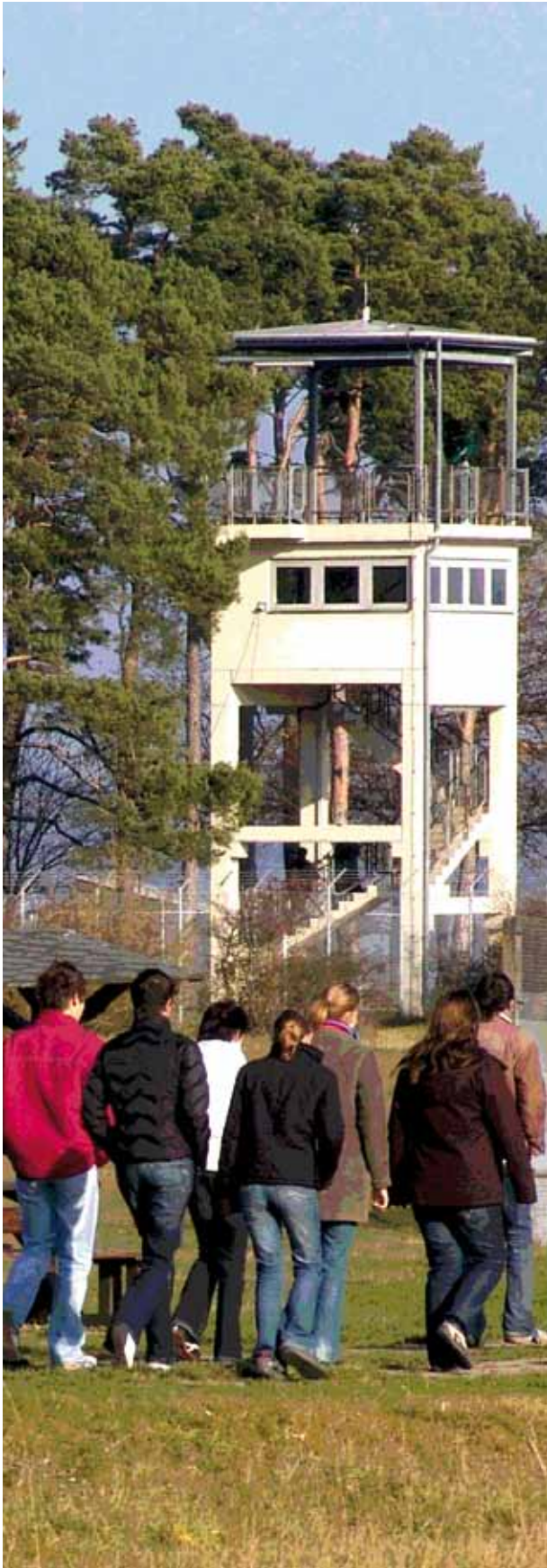
Form, dass es sich bei den Novemberereignissen des Jahres 1989 um Vorgänge von weltbewegendem Ausmaß handelte. Die auf diese Weise lebensnah vermittelte Bedeutung der Friedlichen Revolution und des Mauerfalls motivierte die Jugendlichen dazu, einen Austausch mit Gleichaltrigen zum Jahrestag der Wiedervereinigung anzuregen. Dieses Programm ist für den Herbst 2010 mit Jugendlichen aus Frankfurt/Oder in Brandenburg geplant.

Thomas Jasper  
VHS Castrop-Rauxel  
Europaplatz 1  
44575 Castrop-Rauxel  
Tel.: 02305/1062638  
Fax: 02305/1062424  
E-Mail: [vhs@castrop-rauxel.de](mailto:vhs@castrop-rauxel.de)  
Website: [www.vhs-castrop-rauxel.de](http://www.vhs-castrop-rauxel.de)

*Die Veranstaltung wurde aus Mitteln der Stiftung Aufarbeitung gefördert.*







VHS LK Fulda und VHS Wartburgkreis

## An der Schnittstelle der weltpolitischen Blöcke

Volkshochschulen aus Ost und West kooperieren bei „Grenzspuren“

**Themen:** Alltagsleben vor 1989, Grenze, Flucht, geschleifte Höfe

**Methoden:** Zeitzeugengespräche, Recherchen, Erstellung einer DVD und CD-ROM, Theaterstück

Politische Jugendbildung unterscheidet sich in deutlicher Weise von der Praxis des Politikunterrichts, der zudem, wie gerade von engagierten Politiklehrerinnen und -lehrern kritisiert wird, in der Schule immer mehr zu einer Randgröße wird. Außerschulische Bildung ist vom Ausgangspunkt und den Lernbedingungen her in einer anderen Situation als der Unterricht, sie kann viel freier mit Medien und Methoden experimentieren, sie kann auch flexibler mit Lernorten umgehen. Sie hat die Möglichkeit, den Seminarraum zu verlassen und Bildungsprozesse in andere Kontexte zu verlegen. Ein Praxisansatz, der sich im Blick auf die Zeitgeschichte besonders bewährt hat, ist das Lernen am authentischen Ort.

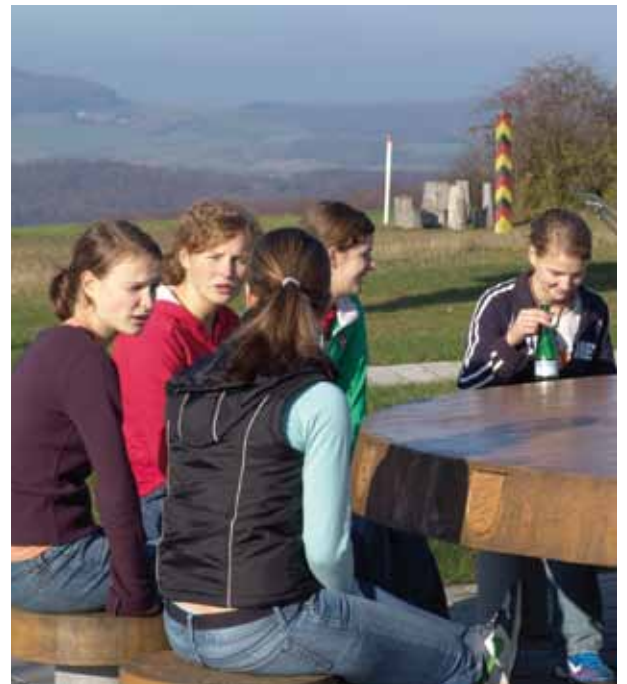
Junge Leute gehen auf Spurensuche, indem sie an die konkreten Hinterlassenschaften einer vergangenen Zeit anknüpfen. Exkursionen zu den ehemals bedeutsamen Schauplätzen und Gebäuden, Besuche in Gedenkstätten, die Besichtigung von Mahnmalen oder landschaftlichen Ensembles, die Begegnung mit Zeitzeuginnen oder Experten in der authentischen Umgebung – all das dient dazu, ohne aufwändige Wissensvermittlung ein Stück weit in die Vergangenheit zu reisen und mit der historischen Reflexion den Horizont für aktuelle Problemlagen zu erweitern. Wer etwa am konkreten Fall einen Eindruck davon erhält, was seinerzeit die Ära des Ost-West-Gegensatzes mit ihrer permanenten Weltkriegsdrohung bedeutete, wird auch besser die modernen Konfliktlinien einordnen können, die sich in der globalisierten Welt aufgebaut haben.

## Deutsch-deutsche Kooperation

Bei der Auseinandersetzung mit der deutschen Teilung besteht eine besondere Chance darin, dass Bildungseinrichtungen aus den alten und neuen Ländern kooperieren. Eine solche Kooperation besteht seit 2005 zwischen der Volkshochschule des Landkreises Fulda in Hessen und der Volkshochschule Wartburgkreis in Thüringen. Die Volkshochschulen boten in der – auf der Grenze beider Bundesländer gelegenen – Gedenkstätte Point Alpha für Jugendliche aus beiden Ländern Wochenendseminare an, die sich mit dem „Leben vor 1989 beiderseits der Grenze“ beschäftigten. An dem Modellprojekt beteiligten sich als Kooperationspartner neben Point Alpha das Wigbertgymnasium Hünfeld (Hessen) und das Johann-Gottfried-Seume-Gymnasium Vacha (Thüringen).

Im Jahr 2006 gab es fünf weitere Wochenendkurse auf Point Alpha und zahlreiche Projekttreffen. Die gesamte Arbeit wurde mit Unterstützung der Medienstelle Hünfeld dokumentiert. An der Abschlussveranstaltung in der Gedenkstätte, auf der die Projektergebnisse und die Projektdokumentation, eine DVD und eine CD-ROM „Grenzspuren“, der interessierten Öffentlichkeit präsentiert wurden, nahmen Vertreter der Landespolitik aus den beiden Bundesländern teil. Staatssekretär Kjell Eberhardt vom Thüringer Kultusministerium würdigte das Engagement der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Projekts für die deutsch-deutsche Geschichte. Als Anerkennung für ihre Beteiligung besuchten die Jugendlichen Ende des Jahres die Bundeshauptstadt und nahmen dort an einer Plenarsitzung des Deutschen Bundestages teil.

Höhepunkt der Studienfahrt war der Besuch des Grenz museums „Checkpoint Charlie“, des Stasi-Gefängnisses in Hohenschönhausen und der Stasi-Zentrale in der Berliner Normannenstraße. Hier fanden die Jugendlichen zusätzliches Material zu den Informationen, die sie im Rahmen ihrer Spurensuche ausfindig gemacht hatten. Das Modellprojekt stieß auch auf ein Medienecho, so gab es im Hessischen Rundfunk einen ausführlichen Bericht über die Arbeit der Jugendlichen. Das große Interesse war wichtig für die Fortsetzung des Projekts. Die abschließenden Veranstaltungen fanden dann im Jahr 2008 statt. Es wurden weitere Zeitzeugen-Interviews durchgeführt, wobei das Thema „Zwangsumsiedlungen“ im grenznahen Gebiet der DDR einen Schwerpunkt bildete.



## Der heißeste Punkt im Kalten Krieg

Die Gedenkstätte Point Alpha, ehemals der „heißeste Punkt im Kalten Krieg“, liegt zwischen Rasdorf und Geisa in der Rhön, mitten im Biosphärenreservat Rhön mit seinen Naturschutzgebieten. Der historische Ort mit Gebäuden und Anlagen erinnert an die Teilung Deutschlands und an die bedrohlichen Perspektiven des Kalten Krieges, der Gesamtkomplex ist ein einmaliges Zeitzeugnis des Machtkampfes, der zwischen den beiden verfeindeten politischen Systemen tobte. Hier standen sich über vier Jahrzehnte die Vorposten von NATO und Warschauer Pakt gewissermaßen Auge in Auge gegenüber, stets bereit, den Schritt vom kalten zum heißen Krieg zu tun.

An diesem Punkt lässt sich auch gut die Geschichte des Grenzregimes studieren. Nachdem Deutschland gemäß Londoner Protokoll der Siegermächte 1945 in Besatzungszonen aufgeteilt war, übernahm in der sowjetischen Zone zunächst die Sowjetarmee den Grenzdienst. 1946 wurde eine Grenzpolizei aufgestellt. Nach der Grenzverordnung von 1952 wurden die Grenzsicherungsanlagen entlang der Westgrenze der DDR schrittweise zu einem tief gestaffelten, nahezu unüberwindlichen System von Sperr- und Sicherheitsanlagen ausgebaut. 1955 übernahm die Deutsche Grenzpolizei die alleinige

Grenzüberwachung. Sie wurde 1961 der NVA und 1974 unter dem Namen „Grenztruppen der DDR“ dem Ministerium für Nationale Verteidigung unterstellt. Noch 1990 erfolgte eine Umorganisation der Grenztruppen, die nach der Wiedervereinigung dann aufgelöst wurden.

Auf westlicher Seite in der US-Besatzungszone geschah die Grenzüberwachung durch wechselnde US-Einheiten. In Hessen begann die dortige Grenzpolizei ab 1946 mit der Überwachung, bevor sie 1950 in den bundeseinheitlichen Zollgrenzdienst überführt wurde. 1951 wurde der Bundesgrenzschutz als Polizei des Bundes gegründet und nahm als drittes westliches Grenzorgan den Grenzdienst auf. Point Alpha, bis 1989 einer der markantesten Beobachtungsstützpunkte der US-Streitkräfte in Europa, lag im Zentrum der NATO-Vorneverteidigungslinie Fulda-Gap (Fulda-Senke), in der im Ernstfall ein Angriff der Truppen des Warschauer Paktes befürchtet wurde. Hier waren US-Panzeraufklärungskräfte stationiert und wurden auch taktische Nuklearwaffen an der Grenze disloziert. Das US-Militär richtete Beobachtungsstationen entlang der Grenze ein, 1965 wurde ihm das Gelände um Point Alpha zur Verfügung gestellt, auf dem dann nach und nach feste Gebäude entstanden. 1968 wurde der Holzturm gebaut, von dem aus man Geisa einsehen konnte, 1985 der heute noch vorhandene Betonturm. 1991 räumte die US Army den „BOP Alpha“, der 1995 unter Denkmalschutz gestellt wurde. Der im selben Jahr gegründete Verein Grenzmuseum Rhön Point Alpha e.V. begann mit dem Aufbau der heutigen Mahn-, Gedenk- und Begegnungsstätte.

### Leben beiderseits der Grenze

Das VHS-Modellprojekt wendete sich an junge Menschen der umliegenden Region und griff Diskussionszusammenhänge auf, die an den kooperierenden Schulen bestanden. Im Vorfeld der Seminare wurden an den Schulen außerschulische Arbeitsgemeinschaften gebildet, die anhand unterschiedlicher Aufgabenstellungen das Thema eigenständig bearbeiteten. Die Veranstaltungen waren projekt- und produktorientiert. Das heißt, Teilnehmerinnen und Teilnehmer erstellten während des Seminars, aber auch in gemeinsamer Vor- und Nachbereitung Dokumentationen über das Leben der Bürger vor 1989 beiderseits der damali-

gen innerdeutschen Grenze. Öffentlichkeitswirksames Ergebnis war 2006 die Herausgabe der DVD/CD „Grenzspuren“.

In den Seminaren wurden verschiedene Aspekte der Grenzfrage aufgegriffen, z.B.:

- Ursachen der Teilung Deutschlands - Entwicklung in den beiden Teilen - Wiedervereinigung - Situation heute, mehr als 15 Jahre danach.
- „Spurensuche“ - Informationen aus Archiven und Presse - als Grundlage für eine Befragung von Betroffenen und Zeitzeugen zu bestimmten Ereignissen, z.B. zur Schleifung von Höfen, zu Umsiedlungen (Aktion „Ungeziefer“) und Flucht.
- Befragung von Privatpersonen, von ehemaligen Angehörigen des Bundesgrenzschutzes, des Zolls, der Grenztruppe etc., Befragung offizieller Vertreter der Kirchen in Ost und West.
- Besuch und Dokumentation markanter Orte, Punkte, Plätze etc.
- Theaterprojekt (szenische Darstellung von Situationen oder Ereignissen).
- Erstellung einer Dokumentation (als Grundlage für Maßnahmen im Bereich der politischen Jugendbildung).

Dabei wurde auch mit weiteren Einrichtungen kooperiert, z.B. mit der Berliner Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), wenn es um die Aufarbeitung der damaligen staatschützerischen Aktivitäten ging, oder mit lokalen Stellen. Ziel der Veranstaltungen war es, möglichst viele Lebensbereiche einzubeziehen, so dass ein plastisches Bild der Alltagssituation im geteilten Deutschland entstand. Es wurden u.a. Horte, Kindergärten, Schulen, Arbeitgeber, Vereine, Behörden, Medien, Kirchengemeinden angefragt. Oder es wurden sachkundige Gesprächspartnerinnen und -partner eingeladen. In Point Alpha waren bei früheren Veranstaltungen auch schon prominente Politiker, etwa der ehemalige deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher oder der ehemalige ungarische Ministerpräsident Gyula Horn, zu Gast.

Die Seminare waren in mehrfacher Hinsicht medienorientiert. Sie nutzten – neben dem anschaulichen Beispiel der Gedenk- und Begegnungsstätte, die auch für die Unterbringung der Teilnehmenden



zur Verfügung stand – unterschiedliche Medien. So wurden, unterstützt vom Medienzentrum Hünfeld, diverse mediale Formate zur zeitgeschichtlichen Vergegenwärtigung eingesetzt. Zudem wurde das Projekt von Anfang an medientechnisch mit Video-, Foto- oder Tonaufnahmen begleitet; dazu gehörte auch ein Theaterprojekt. Während des gesamten Projekts fand eine Dokumentation im Internet statt – durch Point Alpha, durch die beteiligten Volkshochschulen und Schulen sowie durch den Deutschen Volkshochschul-Verband.

So wurden einerseits für die Jugendlichen die Ergebnisse ihrer Arbeit in einem abschließenden Produkt greifbar; der Lernprozess endete statt mit einer Benotung mit einem selbst verantworteten Resultat, das auch an Freunde oder Eltern weitergegeben werden konnte. Andererseits ging es darum, die Ergebnisse medial aufzubereiten und so als Praxishilfe anderen interessierten Einrichtungen zur Verfügung zu stellen. So diente das Projekt auch der Qualifizierung historisch-politischer Jugendbildung. Zudem entstand dabei die Idee für ein weiteres Bildungsvorhaben, nämlich das Programm „Jugendgästeführer“, das Jugendliche zu Expertinnen und Experten ihrer Region im Umgang mit Fremden oder Zugewanderten machen will. Dieser Ansatz wird an anderen Volkshochschulen weiter verfolgt (vgl. DVV, Partizipation, Respekt, Demokratie, Integration – Politische Jugendbildung in Volkshochschulen, 2006).

Die Volkshochschule des Landkreises Fulda ist eine öffentliche Bildungseinrichtung, die als erste hessische Weiterbildungsinstitution im Jahr 2003 nach dem Qualitätssiegel LQW testiert wurde. Sie ist eine Einrichtung des Landkreises Fulda und untersteht dem Kreis-ausschuss. Die Volkshochschule Wartburgkreis in Bad Salzungen ist das kommunale Erwachsenenbildungszentrum des Landkreises. Sie wird nach dem Thüringer Erwachsenenbildungsgesetz gefördert und ist eine gemeinnützige, nicht rechtsfähige Einrichtung des öffentlichen Rechts. Neben der Geschäftsstelle in Bad Salzungen unterhält sie flächendeckend Außenstellen im Kreis. Zum Projekt „Leben vor 1989 beiderseits der deutschen Grenze“ gibt es eine eigene Homepage: [www.grenzspuren.de](http://www.grenzspuren.de). Die Gedenkstätte Point Alpha/ Grenzmuseum Rhön hat folgende Adresse:

Hummelsberg 1, 36169 Rasdorf, Tel. 06651/919030, E-Mail: [pointalpha@t-online.de](mailto:pointalpha@t-online.de), Netz: [www.pointalpha.com](http://www.pointalpha.com).

Michael Friedrich  
Volkshochschule des Landkreises Fulda  
Gallasiniring 30  
36043 Fulda  
Tel.: 0661/2519950  
Fax: 0661/2519930  
E-Mail: [vhs-leitung@landkreis-fulda.de](mailto:vhs-leitung@landkreis-fulda.de)  
Website: [www.vhs-fulda.de](http://www.vhs-fulda.de)

Hartmut Kliem  
Volkshochschule Wartburgkreis  
Karl-Liebknecht-Str. 23  
36433 Bad Salzungen  
Tel.: 03695/553711  
Fax: 03695/553720  
E-Mail: [hartmut.kliem@vhs-wartburgkreis.de](mailto:hartmut.kliem@vhs-wartburgkreis.de)  
Website: [www.vhs-wartburgkreis.de](http://www.vhs-wartburgkreis.de)

*Das Modellprojekt wurde aus Mitteln des KJP gefördert.*

Projektfilm und Dokumentation unter:  
[www.politischejugendbildung.de](http://www.politischejugendbildung.de)



Hamburger VHS

## „Deutsche Passagengeschichten“

Schüler befassen sich mit Erfahrungen von Auswanderung und Flucht

**Themen:** Flucht- und Ausreise aus der DDR, Fluchterfahrungen bei Aus- und Einwanderung  
**Methoden:** Medial aufbereitete Zeitzeugengespräche, Wettbewerb

„Deutsche Passagengeschichten“ lautete der Titel des Projekts, mit dem sich die junge VHS Hamburg an dem Programm des DVV zum 20. Jahrestag der Friedlichen Revolution beteiligte. Das Angebot der VHS in der Elbmetropole war – wie viele andere Aktivitäten aus dem VHS-Bereich – keine Bildungsveranstaltung zu Politik und Gesellschaft im klassischen Sinne, sondern ein Forschungsprojekt

mit Wettbewerbscharakter zur deutsch-deutschen Geschichte. Kinder und Jugendliche der Hansestadt waren aufgerufen, sich mit der Geschichte und den biografischen Erfahrungen derjenigen Bürger Hamburgs zu befassen, deren Passage als Flüchtling oder Auswanderer aus der DDR in der norddeutschen Hafenstadt endete. Das durch Zeitzeugen vermittelte Wissen sollte reflektiert und in kreativen, interkulturellen Prozessen umgesetzt und interpretiert werden. Die Produkte dieser intellektuellen wie empathischen Auseinandersetzung mit den geschilderten Zeitzeugenerlebnissen sollten wiederum bei der Jury der jungen VHS eingereicht werden. Die besten Werke der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollten honoriert und auf der feierlichen Preisverleihung der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Die Wahl des Schwerpunktes „Flucht- und Ausreisenerfahrung“ sollte dabei nicht nur ein niedrigschwelliges, weil thematisch mit der Heimat der Adressaten des Projekts verbundenes historisch-politisches Bildungsangebot sein, sondern auch die

Erfahrungen und Bedeutungen einer nicht unwesentlichen Akteursgruppe des Themenspektrums DDR würdigen: die große Gruppe der Ausreisenden und ihre teils einschneidenden Erfahrungen bei der Ausreise und die wichtige Rolle bei dem Niedergang der DDR, die in der schulischen und außerschulischen Bildung oft nur am Rande behandelt werden.

Die Idee zu dem Projekt entstand schon Ende 2008. Ausgangspunkt war die Frage, wie Jugendliche und junge Erwachsene motiviert werden können, sich mit der jüngeren deutschen Geschichte, insbesondere der Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit, zu befassen. Das unter Schülerinnen und Schülern in Deutschland weit verbreitete Desinteresse am Themenspektrum DDR-Diktatur, deutsche Teilung, Flucht und Friedliche Revolution war den Veranstaltern als Problem bewusst, man stellte sich auf gravierende Wissenslücken der jungen Generation ein. Als örtliche Besonderheit kam hinzu, dass die Hamburger VHS mit ihrer großstädtischen Klientel auch viele Menschen erreichen will, bei denen aufgrund ihres Migrationshintergrundes oder ihrer sozial schwachen Stellung erhöhter Förderungsbedarf besteht.

Das Projekt war daher nicht nur ein Bildungsangebot für den engen Kreis politisch interessierter junger Menschen, sondern gleichzeitig ein Versuch der politischen Bildung, den allgemeinen, im geographischen Raum der Großstadt fokussierten gesellschaftlichen Herausforderungen gerecht zu werden. Es wurde in Rechnung gestellt, dass die jugendliche Zielgruppe des Bildungswettbewerbs von dem dynamischen Prozess der Stadtentwicklung geprägt ist: Großstädte sind Zentren der Transformation zur Informations-, Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft; sie sind Motor gesellschaftlicher Innovation. Metropolen sind Archetypen der posttraditionalen Gesellschaft, Sammelpunkte der Migration. Beständiges Wachsen durch Zuwanderung führt zur Beschleunigung der sozialen und kulturellen Fragmentierung, sozial schwache und bildungsferne Schichten prägen ganze Bezirke der Stadt.

### Jugend wird „Zeitzeuge“

Eine die Jugendlichen ansprechende Art der Auseinandersetzung mit dem Phänomen DDR bedurfte



also der besonderen Beachtung dieser Lebenswirklichkeit. Im Fokus des von der jungen VHS ausgeschriebenen Wettbewerbs stand deshalb die persönliche und menschliche Ebene des Themenspektrums. Durch die geschichtswissenschaftliche Methode der Oral History erfuhren die teilnehmenden Jugendlichen wichtige Aspekte des Themenbereichs und die Relevanz für die heutige Gesellschaft sowie die jugendlich-urbane Lebenswelt. Zeitzeugengespräche vermittelten den individuellen Alltag von Repression, Flucht und Vertreibung in der DDR, beschrieben die Rolle der Bürgerrechtsbewegung und der Friedlichen Revolution im gesellschaftlichen Umbruch der Wende am persönlichen Beispiel und eröffneten so den jugendlichen Zuhörern einen lebendigen Zugang zum Thema deutsche Teilung. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollten sich durch die menschliche Schilderung der Geschichte nicht nur Wissen über die betreffende Zeit und ihre Bedeutung aneignen, sondern sich in die Lage des Erzählenden versetzen und so die Besonderheit der damaligen historischen Situation nachempfinden. Die so erzeugte Betroffenheit war wichtiges didaktisches Ziel des historisch-politischen Bildungsprojekts: Über die persönlich verbürgten Erfahrungen der Zeitzeugen sollte den Jugendlichen ein Gefühl für die Tragweite und Bedeutung des gesellschaftlichen Klimas in der DDR und in den Umbruchzeiten vermittelt werden.

Die Auseinandersetzung mit den Zeitzeugenberichten verdeutlichte dabei zugleich die Begrenztheit der gewöhnlichen, vornehmlich auf nüchternen



Daten und Fakten basierenden Geschichtsauffassung, machte aber auch die historiographischen Probleme von Subjektivität und Authentizität der Perspektive allgemein erfahrbar. Die Geschichten und Erlebnisse der Flüchtlinge und Auswanderer aus der DDR boten gleichsam eine aktuelle und globale Perspektive auf politische wie ökonomische Umbrüche – ein Denkanstoß, der vergleichende Überlegungen zur gesellschaftlichen Ursache und Wirkung von Migration nahe legte.

Das Bewusstsein der Vergleichbarkeit damaliger und heutiger Erfahrung von Flucht und Auswanderung, das Entdecken analoger sozioökonomischer Triebfedern von Aus- und Einwanderung gestern und heute, sollte die politische Dimension des Weltverstehens der Teilnehmer eröffnen oder schärfen und gleichzeitig Fragen nach der eigenen Zukunftsplanung anregen. Durch das Hineinversetzen in die geschilderten zeitgeschichtlichen Charaktere, durch das Nachempfinden ihrer Gefühle angesichts der geschichtlichen Wirklichkeit von Fluchtgründen und Ausreiseerfahrungen wurden die Hamburger Jugendlichen angeregt, sich selbst zu befragen: Wie hätte ich mich verhalten? Was hätten für mich persönlich Ursachen zum Verlassen der Heimat sein können?

Verstärkt wurde die Absicht, einen Anknüpfungspunkt in der jugendlichen Lebenswelt zu den Ereignissen und Folgen des repressiven Alltags der DDR und der Friedlichen Revolution zu finden, durch die Miteinbeziehung Jugendlicher und junger Erwachsener mit Migrationshintergrund. Deren Erfahrungen vom Verlassen der alten Heimat bis zur



Ankunft in Hamburg fanden in Form von Zeitzeugen-Interviews Eingang in das für den Wettbewerb zur Verfügung gestellte Material. Dabei ging es einerseits darum, dass sich die Jugendlichen durch das analoge Erleben von Migrationsprozessen mit den Problemen der historischen Gegebenheiten der DDR identifizieren und sie als geschichtliche, aber gleichwohl gesellschaftlich-politische relevante und aktuelle Ereignisse betrachten.

Andererseits sollte die Gegenüberstellung ähnlicher Erfahrungen von Aus- und Einwanderung angesichts politischer und ökonomischer Umbrüche besonders die Schüler mit Migrationshintergrund befähigen, in den Schilderungen der Fluchterfahrung aus dem realen Sozialismus eigene biographisch bedingte Erlebnisse zu entdecken, sich mit den Folgeproblemen zu identifizieren und wichtige Teilbereiche der eigenen Geschichte in den Schilderungen der DDR-Ausreisenden zu verorten. Dies war ein wichtiger Anstoß zur Integration und zudem eine Integrationsbemühung, die nicht nur die gesellschaftliche und politische Integration von Zuwanderern im Blick hatte, sondern auch die Sensibilisierung der deutschen Jugendlichen für Migrationserfahrungen und die daraus resultierenden Probleme der Zugewanderten in der neuen Heimat Deutschland.

### Stationen politischer Bildung

Die erste Phase des Projekts bestand aus der Befragung von Zeitzeugen, die zwischen 1960 und 1989 von Osten nach Westen übersiedelten. Sie wurden über die Zeitzeugenbörse des Hamburger Seniorenbüros, mit dem die junge VHS Hamburg eine fruchtbare Zusammenarbeit pflegt, und über persönliche Kontakte geworben. Letztlich standen dann zwölf Zeitzeugen zur Verfügung, die zu ihrer persönlichen Geschichte befragt wurden. Schwerpunkt war dabei die individuelle Erinnerung an die Öffnung der innerdeutschen Grenze, die persönliche Erfahrung der Ausreise bzw. Flucht und die subjektive Einschätzung der Friedlichen Revolution.

Die Interviews wurden größtenteils per Videokamera dokumentiert. Das Rohmaterial wurde didaktisch-methodisch aufbereitet und in kurze, prägnante Filmbeiträge geschnitten. Des Weiteren wurde mit den Zeitzeugen eine Schreibwerkstatt veranstaltet, in der diese unter fachlicher Beglei-



tung kurze Texte zu ihren persönlichen Erinnerungen verfassten. Die Gesamtheit des so gewonnenen Materials wurde mit didaktischen und inhaltlichen Hilfestellungen für Lehrer oder Jugendgruppenleiter versehen und diesen in Form einer Textmappe und einer DVD zur Verfügung gestellt. Ein Großteil der Zeitzeugen-Interviews wurde außerdem über das auf DDR-Geschichte spezialisierte Online-Portal [www.deinegeschichte.de](http://www.deinegeschichte.de) – einem Kooperationspartner des DVV - veröffentlicht. Die Beiträge des Hamburger Projekts sind dort unter dem Schlagwort „Deutsche Passagengeschichten“ für die Öffentlichkeit abrufbar.

Zeitgleich mit der Erstellung und Aufbereitung der historischen Zeitzeugnisse wurde nach Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund gesucht, die bereit waren, ihre Ausreise- und/oder Fluchterfahrung zu schildern. Erstaunlicherweise reagierten alle angeschriebenen Institutionen zurückhaltend oder ablehnend auf die Anfrage der VHS. Viele konnten in dem Projekt keine für Migrantinnen und Migranten förderliche Absicht oder Wirkung erkennen. Trotz dieser nicht recht nachzuvollziehenden Schwierigkeit gelang es letztendlich dank persönlicher Kontakte doch noch, Menschen mit Migrationshintergrund zu erreichen und für die Zeitzeugenrolle zu gewinnen. Die von ihnen geschilderten Erfahrungen – die Schwerpunkte bei der Befragung waren ähnlich wie bei den Zuwanderern aus der DDR – fanden ebenso Eingang in das Wettbewerbsmaterial, das Lehrern und Schülern zur Verfügung gestellt wurde.

Die zweite Phase des Forschungsprojekts „Deutsche Passagengeschichten“ begann mit der Ausschreibung eines Wettbewerbs zum Themenkomplex

Mauerfall und Friedliche Revolution zeitnah zum 20. Jahrestag der Ereignisse am 9. November. Die öffentliche und mediale Präsenz des Themas konnte so genutzt werden, einen wichtigen Eckpunkt deutscher Zeitgeschichte ins kollektive Bewusstsein zu bringen und auf das Bildungsprojekt der jungen VHS aufmerksam zu machen. Des Weiteren erhofften sich die Veranstalter durch die breite Anwesenheit des Themas im öffentlichen Diskurs eine motivierende Wirkung auf die Jugendlichen in Hamburg, sich an dem Wettbewerb zu beteiligen und sich eingehender mit den gesellschaftlichen Ursachen und Wirkungen der Friedlichen Revolution zu beschäftigen.

Angesprochen wurden die jungen Hamburger – der Aufruf zum Wettbewerb „Deutsche Passagengeschichten“ ging an alle Hamburger Schulen sowie an die schulischen und außerschulischen Kooperationspartner der jungen VHS. Eine Teilnahme an dem Projekt war als Klasse, Kurs oder selbständige AG möglich. Die von der Hamburger Volkshochschule zur Verfügung gestellten Wettbewerbsmaterialien eigneten sich thematisch sowohl zur Einbindung in die Curricula der Fächer Geschichte, Gemeinschaftskunde, Philosophie und Kunst als auch zur Durchführung selbständiger Workshops und AGs innerhalb von Jugendgruppen und außerschulischen Initiativen.

Trotz der umfassenden und weit gestreuten Bekanntmachung des ausgeschriebenen Wettbewerbs erfolgten anfangs nur wenige Rückmeldungen. Viele Lehrerinnen und Lehrer verwiesen auf das mangelnde Interesse ihrer Schülerschaft oder waren durch die Folgen der Hamburger Schulreform zu sehr eingebunden, um ihrer Klasse oder ihrem



Kurs eine Teilnahme zu ermöglichen. Wie schon beim Fall der „Zeitzeugen-Akquise“ half auch an dieser Stelle das Zurückgreifen auf das Kontaktnetzwerk der Hamburger VHS – das bestätigte die allgemeine Erfahrung, dass die Vernetzung mit gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen eine gute Chance bietet, Angebote der politischen Bildung in einem schwieriger werdenden Umfeld zu platzieren.

Die dritte Phase, die Ausrichtung des Wettbewerbs, war dann mit insgesamt 113 teilnehmenden Kindern und Jugendlichen ein voller Erfolg. 17 verschiedene Gruppen beteiligten sich mit Produkten kreativer Arbeit (Fotoreportagen, Kurzfilme und Geschichten) an dem Projekt. Vier herausragende Resultate kreativer und interkultureller Auseinandersetzung mit dem Thema Mauerfall und Friedliche Revolution wurden am 9. November 2009 feierlich im VHS-Bildungskontor prämiert. Den ersten Preis gewann eine Gruppe der Schule Bramfelder Dorfplatz mit einer Fotostory unter dem Titel „Weg mit der Mauer“, den zweiten Preis erhielt eine Kindergruppe der Bugenhagenschule in Flottbek („Mauerfall vor dem Fernseher im Westen“, Fotocollage), den dritten Preis teilten sich vier Jugendliche der Geschwister-Scholl-Gesamtschule und eine weitere Gruppe der Schule Bramfelder Dorfplatz. Mit der Preisverleihung hatten alle Gruppen die Möglichkeit, ihre Projektergebnisse im Rahmen der „Nacht der Jugend“ im Hamburger Rathaus einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen. Aufgrund der Förderung durch die Stiftung Aufarbeitung war es möglich allen teilnehmenden Jugendlichen eine abschließende Projektfahrt nach Berlin anzubieten. So konnte das Engagement der jungen Menschen, sich mit historisch-politischen Themen auseinander-

zusetzen gewürdigt und ihnen die Chance geboten werden, historische Schauplätze, mit denen sie sich auseinandergesetzt hatten, kennen zu lernen.

Claudia Schneider  
Hamburger VHS  
Schanzenstraße 75  
20357 Hamburg  
Tel.: 040/20942119  
Fax: 040/20942144  
E-Mail: [c.schneider@vhs-hamburg.de](mailto:c.schneider@vhs-hamburg.de)  
Website: [www.vhs-hamburg.de](http://www.vhs-hamburg.de)

*Das Projekt wurde aus Mitteln der Stiftung Aufarbeitung gefördert.*

Zeitzeugeninterviews auf [www.deinegeschichte.de](http://www.deinegeschichte.de),  
Stichwort: Passagengeschichten



VHS Leipzig

## „Jugend 89 trifft Jugend 09“

Aktionstag für junge Menschen

**Themen:** Jugend in der DDR und Jugend heute, Opposition und Montagsdemonstrationen

**Methoden:** Partizipative Projektplanung, Zeitzeugengespräche als World-Café

Die VHS Leipzig beteiligte sich am 12. September 2009 mit einem Aktionstag unter dem Motto „Und was machst du so montags? Mitdenken, mitbestimmen, demonstrieren - Jugend 89 trifft Jugend 09“ an dem bundesweiten Veranstaltungsprogramm des DVV zum 20. Jahrestag der Friedlichen Revolution. Organisiert wurde der Aktionstag im Rahmen der jungen VHS Leipzig, einem Veranstaltungsangebot der Volkshochschule, speziell für Jugendliche und junge Erwachsene.

### Leipzig: Zentraler Ort der Friedlichen Revolution...

Bei der Planung und Durchführung des Aktionstages galt es, der herausragenden historischen Bedeutung Leipzigs im Prozess der Friedlichen Revolution gerecht zu werden. Leipzig war ja ein zentraler Ort der damaligen Ereignisse. Aus dieser Stadt kamen wichtige Impulse, die die Struktur der DDR demokratisierten, die zur Öffnung der innerdeutschen Grenze führten und schlussendlich in die Wiedervereinigung mündeten. Zu nennen sind hier vor allem die Friedensgebete und die Montagsdemonstrationen. Die Friedensgebete fanden erstmals 1982 statt und wandelten sich von einem überschaubaren, fast intimen Forum, in dem die Notwendigkeit demokratischer Reformen der DDR-Gesellschaft diskutiert wurde, zu einer Institution der Öffentlichkeit, die gesellschaftliche Relevanz besaß.

Die wachsende Bedeutung war auch durch diverse Maßnahmen der SED-Führung nicht zu unterminieren. Sowohl Auflagen, Einschüchterungen und Festnahmen durch Volkspolizei und MfS als auch Gesprächsangebote und zeitlich begrenzte Ausreisegenehmigungen für einige Auserwählte, führten



nicht zu einer Schwächung der politischen Rolle der Friedensgebete und der Bürgerrechts- und Reformbewegung. Ganz im Gegenteil: Die Repressionswelle gegen Teilnehmer und Organisatoren hatte den Effekt, dass sich immer mehr Menschen nach den Gottesdiensten auf dem Nikolaikirchhof versammelten. Dies war Anfang September 1989 schließlich die Geburtsstunde der Montagsdemonstrationen. Sie mauserten sich von kleinen Kundgebungen zu machtvollen Großdemonstrationen, von einem lokalen Leipziger Ereignis zu einer flächendeckenden Bewegung in der gesamten DDR.

Auch inhaltlich entwickelte sich die Bewegung der Montagsdemonstrationen weiter: Stand anfangs noch die Forderung nach Reisefreiheit im Mittelpunkt, wurden bald schon Grund- und Bürgerrechte und die Demokratisierung sämtlicher Lebensbereiche des Arbeiter- und Bauernstaates gefordert. Auch Parteien und Gruppierungen wie das Bündnis 90 und das Neue Forum erhielten durch die Demonstrationen Zulauf, die Akteure der Bürgerrechtsbewegung agierten vermehrt öffentlich und sorgten so dafür, dass immer mehr Menschen die Angst vor Repressionen durch die Staatssicherheit verloren und sich den Protesten anschlossen. Die bekanntesten Demonstrationen fanden am 9. Oktober 1989 und an den darauf folgenden Montagen statt. Die Teilnehmerzahl entwickelte sich zu der Zeit sprunghaft und führte zu der bestimmenden Rolle der Bürgerrechtsbewegung, die auch vom SED-Politbüro nicht mehr ignoriert werden konnte.

Versuche der SED-Führung, das Aufbegehren der Bevölkerung durch einige Korrekturen der Parteilinie zu besänftigen, schlugen fehl. Weder die Absetzung Honeckers Mitte Oktober noch der Austausch ganzer Spitzenfunktionärsriege führten zu dem gewünschten Erfolg. Der Druck der zunehmend selbstbewussteren Bevölkerung erwirkte schließlich im November 1989, dass die DDR-Obrigkeit ohne Absprache mit ihrem großen Bruder Sowjetunion die Grenze zwischen Ost- und Westdeutschland öffnen musste. Eine Entscheidung, die nicht nur das Ende des SED-Regimes besiegelte, sondern auch das Ende der DDR einläutete.

### ... und wichtiger Gedenkort am 20. Jahrestag

Leipzig muss also als ein herausgehobener Gedenkort eingestuft werden, wenn es um Rückblicke auf

die Friedliche Revolution geht. Dies bewies 2009 nicht nur die Zahl der Gedenkveranstaltungen der Stadt und der sächsischen Landesregierung, sondern auch die rege Teilnahme der Bevölkerung und der (Bundes-)Politik. Das vielfältige Angebot an Festakten, Aktionen, Tagungen etc. stellte für die junge VHS Leipzig aber nicht bloß eine Gelegenheit dar, sich mit einer weiteren Aktivität am Leipziger Gedenkkallerlei zu beteiligen. Es ging der Volkshochschule vielmehr darum, etwas Besonderes zum Thema auf die Beine zu stellen, um sich bei der Zielgruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen als ein eigenständiger, unverwechselbarer Bildungsanbieter zu profilieren.

Augenfällig bei der beschriebenen Vielfalt des Gedenkens und Feierns war nämlich, dass es viele Veranstaltungen versäumten, explizite Angebote für die junge Generation zu machen. Jugendliche und junge Erwachsene kennen die Ereignisse und Rahmenbedingungen der „Wende“ nicht aus eigener zeitgeschichtlicher Erfahrung, die historische Zäsur 1989/90 besitzt für sie keine unmittelbare lebensgeschichtliche Bedeutung oder gar Brisanz. Auch der Enthusiasmus, das Ausmaß an Phantasie und kreativem Potential der protestierenden und aufbegehrenden Bevölkerung sind Größen, die die Nachgeborenen der deutschen Wiedervereinigung wenn nur aus zweiter oder dritter Hand kennen.

Es dürfte mittlerweile auch weit über die politische Bildungsszene hinaus bekannt sein, dass gerade die „Nachwende“-Generation erschreckend wenig über die DDR und ihre Institutionen, den repressiven Umgang mit Bürgern und Opposition und die alltägliche Unfreiheit weiß – eine Wissenslücke, die nicht nur auf Mängel im Lehrplan zurückzuführen ist, sondern auch auf dem mangelnden Gegenwartsbezug der zu vermittelnden Geschichte und der wenig jugendnahen Aufbereitung beruht. Solche Wissensdefizite haben verschiedene Studien detailliert belegt, was eine wichtige Rolle bei der Entscheidung der Volkshochschulen spielte, das große Geschichtsjahr 2009 für die Platzierung entsprechender Bildungsangebote zu nutzen.

Nötig war also eine orts- und zielgruppenspezifische geformte und zugespitzte Thematisierung der Friedlichen Revolution, die die Bedeutung Leipzigs innerhalb der 1989er Ereignisse und die Relevanz des Geschehenen für das Hier und Heute hervor-

hebt. Ein historisch-politische Bildungsprojekt, dass bei der jugendlichen Zielgruppe deswegen ankommt, weil es die Geschichte der Montagsdemonstrationen in ihrer Bedeutsamkeit für die eigene Lebenswirklichkeit transparent macht und damit Identifikationsmomente bei den jungen Erwachsenen schafft – auch als Anstoß für eigenes politisches Engagement in der heutigen Gesellschaft. Ein solches Bildungsziel kann nicht einfach mit ‚klassischer‘, für Jugendliche und junge Erwachsene oft trockener Geschichtsvermittlung realisiert werden. Gerade damit sich so genannte politikferne Zielgruppen an solchen Bildungsangeboten beteiligen, bedarf es eines lebendigen und auf die individuellen Bedürfnisse zugeschnittenen Zugangs zur Geschichte, der historische Fragen mit gegenwärtigen verbindet, kurz eine Rezeption der Geschichte des Arbeiter- und Bauernstaates im Horizont aktueller Probleme.

### Junge VHS Leipzig: Dialog der Generationen auf historischem Boden

Dieser Spannung zwischen Ausgangssituation und Zielvorstellung begegneten die Veranstalter des Workshops „Jugend 89 trifft Jugend 09“ dadurch, dass sie die Geschichtsvermittlung als Austausch und Gespräch mit Zeitzeugen anlegten. Diese lebendige und personalisierte Art der Geschichtsdarstellung und -vermittlung schaffte durch den gemeinsamen Bezugspunkt „Jugend“ Identifikationsmomente zwischen Zeitzeugen und Zuhörern;



dies sorgte wiederum für einen persönlichen Bezug der jungen Erwachsenen zu den Ereignissen der Friedlichen Revolution.

Dabei waren Jugendliche von Anfang an gleichberechtigt in die Planung und Durchführung des Projekts mit einbezogen. Und auch bei der Information der Öffentlichkeit wurde der Zielgruppe entsprechend, neben klassischen Werbemitteln wie Plakat und Postkarte, auf moderne, digitale und jugendnahe Kommunikationsmittel gesetzt. Neben einer Homepage ([www.89Jugend09.de](http://www.89Jugend09.de)) wurden sowohl youtube.com als auch facebook.com als Medienkanäle genutzt.

Methodisch-didaktisch orientierte sich der Projekttag der jungen VHS an dem Dialogmodell des „World Cafés“, einer Workshop-Methode, die ursprünglich in der Unternehmensberatung entwickelt wurde und heute weit verbreitete Anwendung erfährt. Grundlage des „World Café“-Modells ist die Annahme kollektiven Wissens, das durch konstruktive Gespräche gefördert werden soll. Die Dialogmethode sieht vor, dass möglichst viele Beteiligte zu Wort kommen und persönlich relevante Fragen beantwortet werden. Der Ansatz hat den Effekt, individuelle Entwicklung und Selbstorganisation zu fördern. Die Gespräche finden dabei in einem beaglichen Kaffeehausambiente statt, das allen Beteiligten eine entspannte Teilnahme ermöglicht. Die einzelnen Gesprächskreise gruppieren sich um einen Tisch, beantworten und diskutieren gemeinsam von der Moderation gestellte Fragen. Nach einer kurzen Weile suchen sich die Teilnehmer eines Gesprächskreises eine neue Gesprächsrunde, mit der neue Fragen beantwortet werden. Konstantes Moment ist jeweils nur ein gleich bleibender Gastgeber pro Diskussionsrunde, der die vorherigen Erfahrungen reflektiert und an die neue Runde weitergibt – im Falle des Leipziger Jugendbildungsprojekts waren dies Zeitzeugen, die aus eigener Anschauung und Erfahrung von der Zeit des Niedergangs des realen Sozialismus in Deutschland berichteten.

Die Vorteile dieses Dialog- und Workshop-Modells lagen klar auf der Hand: Die didaktische Orientierung des Projekttages an diesem Modell sorgte für einen hierarchiefreien und gleichberechtigten Austausch zwischen Zeitzeugen und Teilnehmenden. Die Atmosphäre der Gleichheit und gegenseitigen Anerkennung ermöglichte intensive Gespräche





und verhinderte Frontbildungen oder Selbstdarstellungskunststücke. So wurde sichergestellt, dass sowohl den Bedürfnissen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund als auch den unterschiedlichen Rollen von Mädchen und Jungen Rechnung getragen wurde. Letzteres ist für die Volkshochschulen überhaupt ein zentraler Punkt, da sie in ihrer gesamten Praxis Wert auf Gender Mainstreaming legen.

### Projekttag: Erfolgreiche Wissensvermittlung und Engagementbereitschaft

Der Projekttag selbst fand im Leipziger Baudenkmal „Konsumzentrale“ statt. Nach einer Begrüßung durch die Veranstalter und einem künstlerischem Auftakt widmeten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zunächst der Einzelarbeit unter der Fragestellung „Was verbindet und was trennt die Jugend 89 und Jugend 09?“ Die einzeln erarbeiteten Antworten wurden gemeinsam reflektiert und diskutiert. Auftakt der ersten Runde des „World Cafés“ war die Frage nach Vorbildern und Idolen damals wie heute. Darauf folgten Fragen nach der Bedeutung von Freiheit für das alltägliche Leben, nach persönlichen Gründen politischen Engagements und nach den drei wichtigsten Dingen, die die Teilnehmer in der Gesellschaft verändern wollten und wollen. Jede einzelne Fragestellung wurde dabei in einer neuen Runde des Seminars, d.h. jeweils mit unterschiedlichen Zeitzeugen, diskutiert; die Ergebnisse wurden von den jeweils neu zusammengestellten Arbeitsgruppen präsen-

tiert und diskutiert. Politischer Ausklang war das Schlusswort durch den Leipziger Bürgermeister für Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule, Prof. Dr. Thomas Fabian.

Eindeutiges Ergebnis des Projekttag war eine positive Resonanz in Form von regem Interesse der Jugendlichen an den persönlichen Erfahrungen und Eindrücken der Zeitzeugen. Das Wissen über die konkreten Auswirkungen der DDR-Politik führte teilweise zu großer Betroffenheit der Anwesenden. Wissen über die Gesellschaft im realen Sozialismus der DDR, über die politischen und gesellschaftlichen Ereignisse der Revolution, und ein Gefühl für die optimistische Aufbruchsstimmung und den Mut der Leipziger Akteure der Reformbewegung im Herbst 1989 konnten im persönlichen Gespräch erworben und gefestigt werden. Im Blick auf den zentralen Wert Freiheit gab es eine große Übereinstimmung unter den versammelten jungen Leuten, auch die Wichtigkeit von politischem Engagement damals wie heute wurde einhellig geteilt. Allerdings herrschte bei vielen jugendlichen Zuhörern Ratlosigkeit über das „Wie“ der politischen Einmischung.

Einigkeit herrschte hinsichtlich der Fortsetzung des Projekt- und Aktionstages: Es gab großes Interesse, Impulse aus der Veranstaltung in verschiedenen Vorhaben an Leipziger Schulen wieder aufzugreifen. Die Effekte des Aktionstages sind also durchaus als nachhaltig zu bezeichnen. Mit der Begegnung der Generationen auf geschichtsträchtigem Boden ist es der jungen VHS Leipzig gelungen, Jugendliche nicht nur als Zielgruppe zu erreichen, sondern auch viele als Multiplikatoren der politischen Jugendbildung zu gewinnen, die an einer Fortsetzung des Projekts und an zivilgesellschaftlichem Engagement interessiert sind.

Heike Büttner  
VHS Leipzig  
Löhrstraße 3-7  
04092 Leipzig  
Tel.: 0341/1236059  
Fax: 0341/1236031  
E-Mail: [heike.buettner@leipzig.de](mailto:heike.buettner@leipzig.de)  
Website: [www.vhs-leipzig.de](http://www.vhs-leipzig.de)

*Das Projekt wurde aus Mitteln des KJP gefördert.*



KVHS Ludwigslust

## „Grenzinteressen 2009“

Jugendliche werden zu Multiplikatoren historisch-politischer Bildung

**Themen:** Grenzregime, Herrschaft und Repression in der DDR

**Methoden:** Erhaltung und Gestaltung eines Lernorts, Ausbildung von Multiplikatoren, Exkursionen

Die Kreisvolkshochschule Ludwigslust, als Kreisvolkshochschule für den größten und bevölkerungsreichsten Landkreis in Mecklenburg-Vorpommern zuständig, beteiligte sich mit dem Projekt „Grenzinteressen 2009“ an der thematischen Schwerpunktsetzung des DVV zum 20. Jahrestag des Mauerfalls. Die historisch-politische Bildungsveranstaltung der KVHS war eine Fortentwicklung des 2007/08 durchgeführten Projekts „Grenzerfahrungen“, das aufgrund seiner besonderen methodischen Ausrichtung – Jugendliche wurden in Planung und Durchführung des Projekts miteinbezogen, die Dokumentation ihrer Auseinandersetzung mit der jüngsten Geschichte der Grenzregion kann in Schule und politischer Bildung als Lehr- und

Lernstoff genutzt werden, die jungen Menschen wurden so selbst zu Akteuren der Geschichtsvermittlung – als Modellprojekt vom DVV gefördert wurde.

Das Bildungsprojekt „Grenzinteressen 2009“ thematisierte mit dem innerdeutschen Grenzregime die Aspekte „Herrschaft und Repression“ der DDR-Geschichte. Methodisch war das Seminar so konzipiert, dass sich die jugendlichen Teilnehmer aus Wittenburg und Hagenow in Mecklenburg-Vorpommern selbstständig im Lernkontext bewegten: Mittels Zeitzeugen-Interviews, Exkursionen, Besichtigungen, Internetrecherchen, Filmsichtungen und gemeinsamen Diskussionen setzten sich die Jugendlichen aktiv mit der Geschichte der deutschen Teilung auseinander. Besonderes Interesse galt dabei den politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Aspekten der Entwicklung der Grenzregion zwischen Boizenburg und Zarrentin. Diese war zu DDR-Zeiten vor allem durch die innerdeutsche Grenze und die mit ihr für die Bevölkerung einhergehenden Einschränkungen und Auflagen geprägt. Die Sperrgebiete und der Todesstreifen selbst beeinträchtigten die Bevölkerung der Region. Kontrolle, Überwachung und die dauernde Präsenz von bewaffneten Grenztruppen dominierten den Alltag. Das isolierte Leben der Menschen im

Schatten des „Eisernen Vorhangs“ unterlag nicht nur ständigen Einschränkungen: Viele Menschen in der Region verloren durch Enteignungen und Umsiedlungen ihre Heimat, und Hunderte wurden beim Versuch, die Grenze zu überwinden, getötet oder verletzt.

Heute, 20 Jahre nach Öffnung und Rückbau der innerdeutschen Grenze, erinnert wenig, und das nicht nur im Landkreis Ludwigslust, an die gesellschaftlich und geografisch einschneidenden Wirkungen der innerdeutschen Grenze. Nur an einigen ausgesuchten Orten sind bauliche Relikte des Todesstreifens zu besichtigen. Auch im kollektiven Bewusstsein der Bevölkerung, insbesondere bei Jugendlichen, herrschen große Lücken im Wissen über die deutsche Zweistaatlichkeit. Die Erfahrung der Grenze ist kein Teil jugendlicher Lebenswelt, eine Beschäftigung mit dem Thema erscheint deswegen vielen uninteressant. An dieser Stelle setzte das Projekt der KVHS Ludwigslust an. Unter dem Motto „Grenzinteressen“ machte man der jugendlichen Zielgruppe das Angebot, sich zukunftsorientiert mit der DDR-Vergangenheit der Region zu befassen.

Zentrale Intention des Projekts war es, durch die Erkundung der ehemaligen Grenze und die Erforschung ihres zeitgeschichtlichen Kontextes, den Perspektivenkosmos der Lebenswelt der jugendlichen Teilnehmer zu bereichern. Einerseits ganz praktisch in der Hinsicht, dass die Jugendlichen mit der Teilnahme an dem Bildungsprojekt die Ausbildung zum Touristenführer des Landkreis Ludwigslust absolvieren konnten – ihnen wurde damit die Chance für ehrenamtliches Engagement in der touristischen Erschließung der Grenzregion eröffnet. Andererseits dadurch, dass die Jugendlichen aus Hagenow und Wittenburg in der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit vor Ort aktiv wurden und so ein Stück Erinnerungskultur mitgestalten konnten. Projektziel war die Planung und Durchführung einer Standortverlagerung von Relikten der DDR-Grenzanlagen im Raum Boizenburg-Zarrentin, die Entwicklung eines Konzepts zur historisch-politischen Erschließung dieser Exponate und der Grenzregion und die Inszenierung der baulichen Überreste der DDR-Grenzanlagen zum Zweck des historischen Lernens in einem Freilichtmuseum.

## Geschichtsaufarbeitung in Praxis und Theorie

Stark frequentierter Lernort und zugleich zu verlassender Gedenkort waren die Grenzbefestigungsanlagen auf dem Elbberg bei Boizenburg. Die Objekte der Mahnung mussten aufgrund einer Umwidmung des Geländes auf einen neuen Standort umgesetzt werden. Aufgabe der Jugendlichen war die Planung des Abbaus und der Umsetzung der Grenzsicherungsanlagen auf ein neues Gelände Nähe Leisterförde im Grenzstreifen zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, aber auch die Integration der Exponate in das Freilichtmuseum Leisterförde sowie die Entwicklung eines Konzepts für die historisch-politische Erschließung der Teile der Grenzsicherungsanlagen als Gedenk- und Mahnobjekte des Grenz-Regimes des Arbeiter- und Bauernstaates.

Die Jugendlichen entwickelten einen Rundgang durch das Grenzmuseum, der vor allem Auskunft über den technischen Aufwand gibt, den die DDR mit ihren Grenzanlagen betrieb, um die Bevölkerung an der Flucht aus dem eigenen Land zu hindern. Sie erstellten Texte, die in Schaukästen die einzelnen Exponate des Freilichtmuseums erläutern. Die Bedeutung und Funktion der beschriebenen Exponate wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern selbstständig recherchiert – mittels Zeitzugeugeninterviews und der Nutzung des Internets. Dabei führte die Befassung mit Zweck und Funktion der einzelnen Elemente der DDR-Grenze auf induktivem Wege zur Auseinandersetzung mit globalen historischen und politischen Problemstellungen.







Beispielhafte Exponate sind ehemalige Warnschilder „Halt hier Grenze!“ des damaligen BGS, diese sollten die Menschen auf der westdeutschen Seite der Grenze warnen, sich weiter der Grenze zu nähern. So sollten von der DDR scharf geahndete „Grenzverletzungen“ vermieden werden und Leib und Leben der Bevölkerung geschützt werden. Eine gegenteilige Funktion hatten die Exponate „Signal- und Grenzzaun“, die auf der anderen Seite der Grenze zu finden waren und die Menschen durch ein ausgeklügeltes Überwachungs- und Abschreckungssystem samt Mienen oder Selbstschussanlagen von der Flucht in den Westen Deutschlands abhalten sollte. Der gegensätzliche Bedeutungskontext der Exponate verweist dabei auf die asymmetrisch verflochtene Nachkriegsgeschichte Deutschlands.

Die exemplarische Annäherung an das Thema „Geschichte der DDR“ wurde ergänzt durch Exkursionen in das Gebiet um den ehemaligen Todesstreifen, das nicht ohne Grund als „Grünes Band“ entlang der früheren innerdeutschen Grenze bezeichnet wird. Die jungen Teilnehmer konnten sich dort mit ökologischen, landeskundlichen und geografischen Folgen der Teilung und Wiedervereinigung auseinandersetzen. In einem Großteil des damals für Publikum und Durchreise gesperrten Grenzgebiets sind heute seltene Pflanzen und Tierarten zu finden, die Vegetation ist unberührt und teilweise als Naturschutzgebiet ausgewiesen. Das persönliche Erlebnis der Vergangenheit durch die Konfrontation mit historischen Orten und Zeitzeugen der Geschichte war auch Schwerpunkt des weiteren Seminarverlaufs. Auf dem Programm stand eine Besichtigung der Außenstelle der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des

Staatsicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) in Görslow in der Nähe von Schwerin. Die ehemalige Kaserne der Nationalen Volksarmee beherbergt heute die circa 2.300 laufenden Meter Akten der MfS Bezirksverwaltung Schwerin und gibt Auskunft über Aufbau und Funktion des Überwachungsapparats in der DDR.

Die Ergebnisse der impliziten Annäherung an bedeutende Themenaspekte der Nachkriegszeit wurden in der Gruppe der Teilnehmenden diskutiert und unter Zuhilfenahme von Medien und durch das Einbeziehen von Alltagserfahrungen und Lebensgeschichten in den größeren Zusammenhang der deutsch-deutschen Geschichte eingeordnet. Die Jugendlichen wurden so zu Experten der Geschichte der Grenzregion, was sie bei ersten Führungen von Exkursionen mit Schweriner Lehrern in die Region unter Beweis stellten. Sie verwiesen auf die politische, ökonomische und ökologische Dimension der zeitgeschichtlichen Entwicklung, verorteten diese in der Nachkriegsentwicklung der beiden deutschen Staaten und multiplizierten so historisch-politische Inhalte und Ideen, die sie selbst erarbeitet hatten.

Das Projekt der KVHS Ludwigslust ist also mit Fug und Recht als nachhaltiges Projekt politischer Bildung zu benennen. Jugendliche Adressaten von politischer Bildung wurden zu Multiplikatoren historisch-politischer Inhalte. Im Zuge der Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR eigneten sie sich Wissen über die Grenzregion und soziale Kompetenzen an, die sie dazu befähigen, anderen jungen Leuten die Geschichte der eigenen Heimat begreifbar zu machen.

Wolfgang Kniep  
 KVHS Ludwigslust  
 Garnisonsstraße 1  
 19288 Ludwigslust  
 Tel.: 03874/6241118  
 Fax: 03874/6241119  
 E-Mail: w.kniep@ludwigslust.de  
 Website: [www.kreis-lwl.de/Buergerservice/vhs](http://www.kreis-lwl.de/Buergerservice/vhs)

*Das Projekt wurde aus Mitteln des KJP gefördert.*

Projektfilm zum Vorgängerprojekt „Grenzerfahrungen“ unter [www.politischejugendbildung.de](http://www.politischejugendbildung.de)



VHS-Verband und VHS Rostock

## Alltags- und Lokalgeschichte: nah am Menschen

Politisch-historische Bildungsangebote in  
Mecklenburg-Vorpommern

**Themen:** Revolution in Rostock, Alltagsleben in der DDR

**Methoden:** Recherchen, Zeitzeugengespräche, Ausstellungsbesuch, Arbeit mit DDR-Alltagsprodukten, Stadtrundgang

Der Volkshochschulverband Mecklenburg-Vorpommern e.V. thematisierte den 20. Jahrestag der Friedlichen Revolution unter zwei verschiedenen Gesichtspunkten: erstens lokalgeschichtlich – thematischer Schwerpunkt war die Geschichte und Bedeutung Rostocks in der DDR unter besonderer Berücksichtigung der historischen Aufbruchssituation 1989 –, zweitens objektgeschichtlich – Gegenstand waren von Teilnehmenden und der Veranstaltungsbetreuung mitgebrachte Artefakte der realsozialistischer Alltagskultur. Beide Veranstaltungen fanden im Rahmen des bundesweiten Bildungsangebots des DVV zum Jahrestag des Mauerfalls statt. Es handelte sich um jugendnahe, historisch-politische Bildungsangebote, die Rostocker Schülerinnen und Schülern im Alter von 15 bis 16 Jahren einen erlebnisorientierten und auf Eigenaktivität setzenden Zugang zu verschiedenen Dimensionen der Zeitgeschichte eröffneten: Am 20. und 21. Oktober zur Gegenstandsgeschichte der DDR, Projekttitle: „Der Stoff, aus dem der Osten war“, und am 9. und 10. November zur Lokalgeschichte der norddeutschen Hansestadt, Projekttitle: „Die Rostocker und ihre Revolution - Politischer Umbruch in Rostock 1989/90“.

Methodisch-didaktisch waren beide Angebote so konzipiert, dass sich die thematisierten Teilaspekte der DDR-Geschichte auf die Erfahrungswelten Alltag und Kultur der Teilnehmenden bezogen. Ob persönlich fass- und greifbare Produkte des DDR-Alltags oder der sichtbare, gebaute Raum der Ostsee-Hafenstadt: Die Auseinandersetzung mit

dem Themenkomplex DDR erfolgte nicht nur theoretisch-reflexiv, sondern auch sinnlich-erfahrbar. Den Jugendlichen wurde durch den Besuch authentischer, historischer Orte und die Befassung mit Gegenständen der DDR-Alltagskultur die Möglichkeit gegeben, Geschichte zu erleben und zu begreifen. Sie wurden angeregt, sich kritisch mit Geschichte auseinander zu setzen. Die Aneignung notwendigen Wissens über die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Besonderheiten des Ostens des geteilten Deutschlands und die Auseinandersetzung mit Aktionen, Akteuren und Folgen der Friedlichen Revolution in Rostock versetzten die Teilnehmenden in die Lage, Geschichte als Prozess zu begreifen. Als Prozess, der wie das mutige und friedvolle Aufbegehren der Rostocker Bevölkerung im Herbst 1989 zeigt, der Gestaltung jedes Einzelnen unterliegt, der aktiv durch Handlungen von gesellschaftlichen Gruppen und auch einzelnen Individuen bestimmt wird. Die jungen Teilnehmer konnten sich so einen Begriff vom Wert politischen Engagements erarbeiten: Am zeitgeschichtlichen Beispiel der Friedlichen Revolution erfuhren sie die Wichtigkeit, Relevanz und Aktualität von gesellschaftlicher Teilhabe und politischer Partizipation.

## Lokalgeschichte als niedrigschwellige historisch-politische Bildung

Lokal- und Regionalgeschichte hat in den neuen Bundesländern eine noch junge Tradition, was auf das rund 40 Jahre vorherrschende Geschichtsbild des historisch-dialektischen Materialismus in Deutschland Ost zurückzuführen ist. Sie eröffnet aber der politischen Bildung aufgrund ihres offenen, pluralistischen Ansatzes und ihres direkten, persönlichen Zugangs zur Geschichte viele Chancen. Sie bietet auch Laien und Anfängern die Möglichkeit, Geschichte konkret zu erfahren und zu erforschen – und sie vermittelt persönlich relevantes Geschichtsbewusstsein und kann so ein Beitrag für die lokale Geschichtsaufarbeitung sein.

Gegenstand der Regionalgeschichte ist, wie das Beispiel Rostock deutlich macht, ein überschaubarer Raum, der geographisch-räumlich und inhaltlich unterhalb der Aufmerksamkeitsschwelle klassischer Geschichtsschreibung liegt – diese hat meist eine bestimmte Nation, einen Staat und die ‚große‘ Politik zum Gegenstand. Die kleinere Einheit des Gegenstandes von Regionalgeschichte hat zur Folge, dass die Perspektive nicht durch die politische Dimension dominiert wird, sondern andere Dimensionen wie etwa Geschlecht, Gesellschaft,





Ökonomie, Kultur etc. je nach Region einen gleichwertigen oder höheren Stellenwert erhalten. Diese Pluralität der Dimensionen entspricht der Lebenswirklichkeit der Menschen, diese haben kulturelle und religiöse Identitäten, sind in ökonomische und politische Prozesse eingebettet, die eine bestimmte geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im öffentlichen Leben, in der Arbeitswelt und in der Privatsphäre bedingen. Auch ihre Herkunft, die Frage nach Folgen der Migration für politische Partizipation und gesellschaftliche und kultureller Integration, spielt dabei eine gewichtige Rolle.

Der offene Ansatz der Regionalgeschichte berücksichtigt die sozialen Lebensbedingungen von Menschen mit Migrationshintergrund und die gesellschaftlichen Rollenanforderungen, die sich aus den spezifischen Sozialisationsprozessen der Geschlechter ergeben. Dies kann ein wichtiger Anknüpfungspunkt für politische Bildung sein, um vermeintliche Randthemen wie Geschlechterverhältnisse und Migrationserfahrungen in den öffentlichen Diskurs einzubringen und so die Sensibilität gegenüber geschlechts- und herkunftsbedingten Ungleichheiten zu erhöhen.

Historisch-Politische Bildung unter lokalen Gesichtspunkten, Regionalgeschichte und die Unterabteilungen Stadt- und Dorfgeschichte, sind offen für unterschiedliche theoretische und methodische Herangehensweisen, sie ermöglicht eine direkte Interaktion mit dem historischen Stoff und einen konkret erfahrbaren Bezugspunkt zur heutigen Lebenswirklichkeit. Ein gutes Beispiel hierfür ist das zweitägige Seminar der VHS Rostock:

### „Die Rostocker und ihre Revolution“

In diesem Bildungsprojekt wurden Jugendliche auf erlebnisorientierte und anschauliche Art und Weise an die Geschichte Rostocks in der Zeit von August 1989 bis Oktober 1990 herangeführt. Sie ergründeten das politische und gesellschaftliche Geschehen in der Hafenstadt und entdeckten Auswirkungen auf das heutige Leben. Mittels verschiedener Methoden wie der Einsichtnahme in historische Dokumente und Berichte, der Besichtigung von Schauplätzen der Zeitgeschichte bis hin zu Gruppenarbeit und Teilnehmer-Brainstorming konnten sich die Jugendlichen über die Aktivitäten der oppositionellen Friedens-, Kirchen- und Um-

weltgruppen von 1989/90 informieren und austauschen. Sie befassten sich mit der Frage, wie sie sich selbst wohl in der damaligen Situation verhalten hätten, sie versetzten sich in die Lage der Akteure der Bürgerbewegung und diskutierten die Konsequenzen des demokratischen Aufbruchs für das heutige Leben von Jugendlichen in der Hansestadt. In Zeitzeugengesprächen wurde den Schülerinnen und Schülern auch die menschlich-persönliche Ebene der Zeitgeschichte erschlossen, sie erhielten ein Gefühl für die damalige Aufbruchsstimmung, aber auch für die Ängste und Sorgen der Akteure der Friedlichen Revolution.

Prominenter außerschulischer Lernort war in diesem Teil des Projekts die Dokumentations- und Gedenkstätte der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) in dem Gebäude der ehemaligen Stasi-U-Haftanstalt in Rostock. Diese bietet seit Ende 1999 interessierten Besuchern die Möglichkeit, sich am authentischen Ort über die Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes der DDR und über die Verhältnisse im Stasi-Untersuchungsgefängnis zu informieren. In Gedenken an die Opfer von Geheimdienst und Geheimpolizei betreibt die BStU in diesem Gebäude heute ein Museum, dessen ständige Ausstellung die Wirkungsweise, Struktur und Geschichte des MfS beleuchtet. Besucher können anhand von Originaldokumenten, Videovorführungen, Fotos und Berichten von Zeitzeugen anschaulich die Repressionsgeschichte der DDR nachvollziehen; die Außenstelle des BStU erteilt außerdem Beratungen und Informationen zu Akteneinsicht, Rehabilitierung, und Forschungsmöglichkeiten.

Die Gedenk- und Dokumentationsstelle des BStU ist allerdings nicht nur Lern- und Gedenkort der Überwachung und Repression in der DDR, sie ist gleichzeitig ein Symbol des demokratischen Protests und Widerstandes im Arbeiter und Bauernstaat: Die Akteure der Bürgerrechtsbewegung in Rostock konnten Anfang Dezember 1989 die Auflösung der Haftanstalt durchsetzen. Die Stasi musste dem Druck der Rostocker Demonstrationen nachgeben und deren Forderungen in Bezug auf das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) umsetzen: „Bürger der Stadt zur Kontrolle einlassen; Übergabe des Objektes an die Volkspolizei und Versiegelung aller Räume durch die Staatsanwaltschaft; Einsetzung eines unabhängigen Untersuchungsausschusses.“

Die Erfahrungen und Eindrücke, die die jugendlichen Seminar Teilnehmer in der ehemaligen U-Haft der Stasi sammelten, wurden in Kleingruppen diskutiert und ausgewertet. Im Anschluss an die Gruppenarbeit konnten sich die Jugendlichen einen visuellen Eindruck von den Bürgerprotesten in der Hansestadt Rostock machen, sie besuchten die Fotoausstellung „Die Friedliche Revolution in Rostock von 1989/90“. Diese Eindrücke wurden durch die mitreißenden und teilweise höchstpersönlichen Erinnerungen eines Zeitzeugen, der Mitbegründer des Neuen Forums Rostock war, ergänzt und bereichert.

Fortgesetzt wurde diese lebendige und zwischenmenschlich direkte Art des Lernens und Begreifens von Geschichte am zweiten Tag der Bildungsveranstaltung. Schwerpunkt war gemeinsame Arbeit mit Medien zum Thema: Die Teilnehmenden befassten sich mit Darstellung und Bewertung der Friedlichen Revolution in Zeitungen, Zeitschriften etc. und analysierten und diskutierten die inhaltliche Schwerpunktsetzung, Sichtweise und Rezeption der Berichte und Artikel. Des Weiteren bestand erneut die Gelegenheit, sich in Form von Zeitzeugengesprächen mit persönlichen Eindrücken, Erinnerungen und Schilderungen der bewegten Umbruchzeit zu beschäftigen. Sachkundige Zeitzeugen waren der ehemalige Oberbürgermeister der Hansestadt Rostock und ein Fotoreporter aus der Region. Diese konnten aufgrund ihrer besonderen gesellschaftlichen Stellung als Lokalpolitiker und Journalist kompetent auf Fragen und Interessen der Schülerinnen und Schüler eingehen.



## Objektgeschichte: „Der Stoff, aus dem der Osten war“

Das zweitägige Seminar zur Gegenstandsgeschichte der DDR befasste sich mit Artefakten aus der DDR. Grundgedanke der Betrachtung von Alltagsgegenständen des realen Sozialismus war, dass diese Dinge aufgrund ihres Entstehungskontextes – sie stehen in einer Wechselbeziehung von materieller und immaterieller Kultur ihrer Zeit – grundlegende Eigenheiten der Gesellschaft verraten, die sie hervorgebracht hat. Als Gegenstände der materiellen Kultur lassen sie erkennen, welchen Stand technischer, ökonomischer, gesellschaftlicher, kultureller und politischer Entwicklung die hervorbringende Gesellschaft hatte – sie sind direktes Produkt materieller Kultur(techniken). Als Objekte der immateriellen Kultur sind sie mit Bedeutung aufgeladen, sie spiegeln in Form ihres Designs, ihrer Funktionalität, ihrer Symbolik und Bedeutung die kulturellen Codes wieder, die in der erschaffenden Gesellschaft manifest waren.

Artefakte sind in der Geschichts- und Kulturwissenschaft ein wichtiges Mittel des Zugangs zu der erforschenden Gesellschaft; sie sind Elementarform gesellschaftlicher Kultur und eine fundamentale Dimension der Gestaltung menschlichen Lebens schlechthin. Der Wandel ihrer Beschaffenheit und Bedeutung geht einher mit der Entwicklung des gesellschaftlichen und kulturellen Kontextes. Dinge als Artefakte können aufgrund ihres direkten Bezuges zur Lebenswirklichkeit der Menschen ein Hilfsmittel der politischen Bildung sein, Interesse an historischen Ereignissen und Vorgängen zu fördern. Politische Bildung als Objekt- oder Alltagsgeschichte versucht durch das Aufgreifen von bekannten Gegenständen deren Verbindung zum gesellschaftlichen Zusammenhang herzustellen.

Das Seminarangebot der VHS Rostock zur Gegenstandsgeschichte der DDR befasste sich mit Objekten und Konsumgütern, die von den Jugendlichen oder der Seminarleitung mitgebracht wurden. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen setzten sich in Kleingruppen mit der Geschichte ihres Objekts auseinander, sie versuchten, es zu datieren, in den historischen Kontext einzuordnen und etwas über die Menschen und die Gesellschaft herauszufinden, die mit den Dingen zu tun hatten. Es wurde thematisiert, wozu sie gebraucht, wie sie genutzt und wie sie erworben wurden. Ein Augenmerk lag dabei auf



der Bedeutung, die sie für die Bevölkerung der DDR hatten und welches Image sie heute, 20 Jahre nach dem Mauerfall, haben. Alle Erträge der Auseinandersetzung mit dem historischen „Stoff“ wurden schriftlich festgehalten und die Gegenstände selbst fotografiert. Die kreative Gestaltung eigener Medien als Ergebnis einer politisch-historischen Auseinandersetzung – also die produktorientierte Anlage der Veranstaltung – vermittelte dabei ein zentrales Element von Medienkompetenz. Den kritischen Umgang mit Medien, die zweite, rezeptive Seite dieser Kompetenz, konnten die jungen Teilnehmer anhand des Umgangs mit historischen Medien einüben. Dabei lernten sie nicht nur die realsozialistische Epoche der Landesgeschichte Mecklenburg-Vorpommerns kennen, sondern auch Quellen und Informationen (medien-)kritisch zu bewerten.

Die Aktivitäten des Seminars umfassten außerdem einen geführten Stadtrundgang durch Rostock unter besonderer Berücksichtigung der Veränderung des Stadtbildes, der Architektur und des sozialen Lebens. Die Jugendlichen erwarben so Kenntnisse über Staat, Gesellschaft Kultur und Wirtschaft in der DDR, wobei ihnen der historische Bezug zur Aktualität immer wieder am Ort der Geschichte vor Augen geführt wurde. Aufgrund des regen Interesses der Jugendlichen an dem Komplex Stasi und MfS wurde der Seminarplan kurzfristig geändert: Die teilnehmenden Jugendlichen erhielten die Möglichkeit, sich in Kleingruppenarbeit mit Dokumenten der Stasi auseinanderzusetzen. Dabei handelte es sich um Stasi-Akten über Jugendliche im SED-Staat, die von der BStU für den Unterricht aufgearbeitet und bereitgestellt wurden.

## Erfahrungen und Ergebnisse

Auffallend war, wie viele falsche, beschönigende und verharmlosende Sichtweisen über das Leben im SED-Staat unter den Schülern kursierten. Solche

Fehlinformationen konnten teilweise korrigiert werden, es zeigte sich aber wieder, dass es noch größerer Anstrengungen einer zeitgeschichtlichen Auseinandersetzung bedarf. Mit Einzelveranstaltungen allein ist dem Problem nicht beizukommen.

Dem Ziel Gender Mainstreaming wurde in beiden Seminaren Rechnung getragen: Es wurden explizit Fragen zur geschlechtsspezifischen Rolle von Mädchen und Frauen in der DDR besprochen. Gruppenarbeit fand ausschließlich gemischt statt, bei der Präsentation der Arbeitsergebnisse wurde auf Geschlechtergerechtigkeit geachtet. Aufgrund des niedrigschwelligen Ansatzes der Seminare – beide verlangten keine großen Vorkenntnisse zu Inhalt und Methodik – waren diese auch ein Angebot für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Rund die Hälfte der Teilnehmer, insbesondere des zweiten Seminars, war mit ihren Eltern aus Ländern wie Russland, Frankreich und Asien nach Rostock gekommen. Sie konnten zwar keine eigenen Gegenstände aus der DDR mitbringen, interessierten sich aber aufgrund des Bezugs zu ihrer neuen Heimatstadt für die Vergangenheit unter dem Diktat der SED.

Gerburg Alich  
 VHS Rostock  
 Alter Markt 19  
 18055 Rostock  
 Tel.: 0381/4977025  
 Fax: 0381/4977031  
 E-Mail: vhs@rostock.de  
 Website: www.vhs-hro.de

*Das erste Seminar wurde aus Mittel der Stiftung Aufarbeitung gefördert, das zweite aus Mitteln des KJP.*





KVHS Nordhausen

## Grenzerkundung als Schatzsuche

Jugendliche aus Thüringen und Niedersachsen „überwinden“ die innerdeutsche Grenze

**Themen:** Alltagsleben und innerdeutsche Grenze vor 1989

**Methoden:** Geocaching, Jugendbegegnung, Zeitzeugengespräche, Gedenkort

Im Gedenkjahr 2009 hatte die KVHS Nordhausen – am Südrand des Harz gelegen – ihr Jahresprogramm unter das Motto „Bildung überwindet Grenzen“ gestellt. Da die Volkshochschule direkt an der Grenze zum benachbarten Bayern liegt, hat der Fachbereich junge VHS gezielt ein Begegnungsseminar für junge Erwachsene aus Thüringen und Niedersachsen durchgeführt. Kooperationspartner war dabei das Jugend- und Bildungshaus in Osterode am Harz. In diesem nicht nur erlebnispädagogischen Seminar konnten die Jugendlichen auf den Spuren der ehemaligen innerdeutschen Grenze das Alltagsleben der Menschen in Ost und West erkunden.

Die Reise der jungen VHS begann vor Ort mit einer symbolischen Grenzüberschreitung der Jugendlichen im Hochseilgarten von Nordhausen. Hierbei hatten die Jugendlichen aus Ost und West in einer für sie unbekanntem Situation die Möglichkeit, sich kennen zu lernen und gegenseitige Vorurteile in gemischten Teams abzubauen. Die Übungen im Hochseilgarten zeigte den teilnehmenden Jugendlichen, dass ein Ziel leichter durch die Zusammenarbeit in einer Gruppe zu erreichen ist und dass sie sich dazu gegenseitig unterstützen müssen. Anschließend fuhren alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer in das Jugend- und Bildungshaus Tettenborn. Hier begegneten sie dem von der Stasi verfolgten Schriftsteller Hartmut Funk, der in einer Lesung und im anschließenden Zeitzeugengespräch bildhaft seine Eindrücke von der Teilung Deutschlands bis zum Mauerfall am 09.11.1989 schilderte. Durch diesen persönlichen Zugang konnten die jugendlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer viel

Hintergrundwissen zu Geschichte und Alltag der DDR gewinnen.

### Mit neuen Methoden Jugendliche „ködern“

So ein Thema kann bei Jugendlichen, die bei der Grenzöffnung noch gar nicht geboren oder sehr jung waren, nur dann „zündend“, wenn man sie entsprechend „ködert“, analysiert die das Projekt begleitende Neue Nordhäuser Zeitung (NNZ). Um den ehemaligen Grenzverlauf gemeinsam zu erkunden hatte sich die junge VHS Nordhausen einer von ihrer technischen Seite hochmodernen aber der bekannten Schnitzeljagd nicht unähnliche Methode bedient: Geocaching. Mit Hilfe von GPS-Geräten und den entsprechenden Koordinaten versuchten die jungen Erwachsenen zum jeweils nächsten Zielort zu gelangen, an dem eine verschlüsselte Nachricht – ein Schatz – zu finden ist, der auch die Koordinaten des jeweils nächsten Ziels verrät. Die einzelnen Verstecke werden anhand geographischer Koordinaten im Internet veröffentlicht und können anschließend mit Hilfe des GPS-Empfängers gesucht werden. Mit insgesamt fünf Stationen führte die Reise der Teilnehmerinnen und Teilnehmer direkt entlang der ehemaligen Grenze. Infor-

mationen zum Alltag und zur Geschichte der DDR und der innerdeutschen Grenze waren auch Teil der zu findenden Schätze. Vertieft wurde das neu gewonnene Wissen der jungen Erwachsenen noch durch einen geführten Rundgang durch das Grenz-museum in Ellrich. Sowohl bei den Jugendlichen als auch bei den Betreuern stieß das Bildungsziel des Seminars, das Alltagsleben beiderseits der Grenze erlebbar zu machen und zu thematisieren auf große Resonanz. Der Kontakt zwischen beiden Gruppen blieb bestehen und konnte in einem Auswertungsworkshop, in dem eine virtuelle Wandzeitung in Form einer multimedialen CD-ROM präsentiert wurde, verstetigt werden.

Giselherr Becker  
KVHS Nordhausen  
Grimmelallee 60  
99726 Nordhausen  
Tel.: 03631/60910  
Fax: 03631/902223  
E-Mail: [post@vhs-nordhausen.de](mailto:post@vhs-nordhausen.de)  
Website: [www.vhs-nordhausen.de](http://www.vhs-nordhausen.de)

*Das Seminar wurde aus Mittel des KJP gefördert.*



VHS Parchim

## „Lehrer- und Schülerschicksale im Schatten der stalinistischen Macht“

Jugendliche engagieren sich in der Aufarbeitung stalinistischer Verfolgung

**Themen:** Beispiele stalinistischer Verfolgung  
**Methoden:** Recherche, Exkursion, Erstellung eines Films mit Pantomime und Spielszenen

Die Volkshochschule des Landkreises Parchim im Westen des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern widmete ihren Beitrag zur Veranstaltungsreihe des DVV aus Anlass des 20. Jahrestags der Friedlichen Revolution einem Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte, das nur selten durch die politische Bildung aufgearbeitet wird: der historischen Phase des Übergangs von der Sowjetischen Besatzungszone zu Gründung und Aufbau der DDR. Thema der Veranstaltung für Schülerinnen und Schüler verschiedener Schulformen – es nahmen sowohl Gymnasiasten als auch Haupt- und Realschüler teil – waren „Lehrer- und Schülerschicksale im Schatten der stalinistischen Macht“, festgemacht an dem Schicksal der Parchimer Lehrerin Alexandra Dust-Wiese und ihrer Familie.

Methodisch-didaktisch wurde damit ein zweifacher Bezug zur Lebenswirklichkeit der teilnehmenden Jugendlichen geschaffen: erstens in regional- bzw. stadtgeschichtlicher Hinsicht – die Schülerinnen und Schüler beschäftigten sich mit der Biografie einer Bürgerin ihrer Stadt; zweitens in lebensweltlicher Hinsicht – die Teilnehmenden thematisierten Unterdrückung und Verfolgung einer Lehrerin, also einer Angehörigen des Berufsstands, mit dem sie tagtäglich zu tun haben, der in ihrer Lebenswelt also eine bedeutende Rolle spielt.

Inhaltlich war das Bildungsangebot der Parchimer VHS eine Ergänzung und Erweiterung gängiger historisch-politischer Bildungsveranstaltungen zur Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR. Denn wie ein Blick auf die anderen Praxisbeispiele zeigt, werden die innerdeutsche Grenze und die

Haftanlagen der ehemaligen Staatssicherheit relativ häufig thematisiert und mittels Exkursionen durch die Teilnehmer erschlossen, auch eine Beschäftigung mit der Einparteienherrschaft der SED und dem Fehlen von Pluralismus und Demokratie sind Gegenstand der Bildungsangebote. Eine explizite Beschäftigung mit den Themenbereichen „Herrschaft“ und „Repression“ zu Zeiten des Aufbaus des realen Sozialismus in Ostdeutschland, die Thematisierung stalinistischer Gewaltpolitik bei Gründung des zweiten deutschen Staates nach Ende des Zweiten Weltkrieg sind dagegen eine Besonderheit des von der VHS Parchim angebotenen Seminars.

Über die Biographie der Parchimer Lehrerin Dust-Wiese wurde den Teilnehmern ein niedrigschwelliger Zugang zur unmittelbaren Nachkriegsphase und zur Aufbauphase der DDR ab Oktober 1949 eröffnet. Schwerpunkt der Auseinandersetzung waren das durch politische Verfolgung, Zwang und Repression geprägte Alltagsleben in der SBZ und dem noch jungen Arbeiter- und Bauernstaat. Die Schülerinnen und Schüler erarbeiteten sich anhand biographischer Eckdaten der Lehrerin Dust-Wiese und durch Schilderungen von Zeitzeugen, Interviews mit Freunden und Verwandten der Parchimer Pädagogin, einen Überblick über die Alltags- und Repressionsgeschichte der SBZ und DDR. Die Biographie und das Schicksal von A. Dust-Wiese markierten dabei die persönlichen und menschlichen Folgen der Kontinuität von politischer Verfolgung in der SBZ und der DDR.





## Politische Verfolgung und Repression im jungen Arbeiter- und Bauernstaat

Die am 15. April 1923 in Rostock geborene Lehrerin wurde kurz nach der Gründung der DDR im Oktober 1949 zusammen mit ihrem Bruder in Parchim verhaftet. Zur Last gelegt wurde ihr laut Zeitzeugenaussage, dass sie Teilnehmerin eines so genannten Hauskreises war, der sich kritisch mit dem politisch durchgesetzten Alltag in der SBZ und der DDR befasste. Die Mitglieder des Kreises reflektierten in dem kleinen, fast schon intimen Forum die gesellschaftlichen Vorgänge und ihre beengenden Auswirkungen auf Alltag und Leben der beteiligten jungen Menschen. Sie kritisierten das Fehlen von Gedanken- und Meinungsfreiheit und die Allgegenwärtigkeit von Überwachung und Kontrolle durch Behörden der Sowjetmacht und der DDR. Der Hauskreis sollte dabei eine Gelegenheit sein, sich im Vertrauen und ohne Gefahr durch die Verfolgung durch den NKWD der Sowjetunion und/oder die Staatssicherheit der DDR und ihrer Zuträger über gemeinsame Interessen persönlicher, kultureller und politischer Art auszutauschen. Politische Ambitionen oder gar Aktionen waren laut Erzählungen der Zeitzeugen nie Ziel des privaten Zirkels. Trotzdem wurden die jungen Initiatoren des Kreises kriminalisiert, verhaftet und als anti-sowjetische Elemente und Feinde des Sozialismus dingfest gemacht, was nur auf einen Verrat durch einen eingeschleusten Spitzel zurückzuführen war, da der Hauskreis keinerlei Außenwirkung beabsichtigte und hatte.

Die Zerstörung der bürgerlichen Existenz von A. Dust-Wiese – sie verbrachte trotz vorzeitiger Haftentlassung sieben Jahre in Gefangenschaft und wurde nach der Entlassung als vorbestrafte, politisch unzuverlässige Person stigmatisiert – führte den teilnehmenden Schülern eindrücklich vor Augen, wie umfassend die politische Feinddefinition des sozialistischen Staates war. Die Repression richtete sich in dem betrachteten Fall eben nicht gegen politische Gruppen und Individuen, die ihre Kritik an der DDR verbreiteten oder gar praktisch den Kampf gegen die SED-Obrigkeit antraten, sondern gegen harmlose, unprominente junge Menschen, die sich ihre Freiheit der privaten Meinung nicht nehmen lassen wollten. Das Durchführen eines Diskussionszirkels zum gemeinsamen Gedankenaustausch galt genau wie „die geistige Beweglichkeit“ von Menschen als Gefahr für die Herrschaft der SED. „Jeder Andersdenkende wurde als potenzielle Keimzelle für den Sturz des stalinistischen Regimes“ betrachtet – so ein Zeitzeuge zusammenfassend zur persönlichen Erfahrung des damaligen gesellschaftlichen Klimas.

Die politische Realität in der SBZ und später in der jungen DDR war geprägt von Zwang und Repression – anfangs in der SBZ durch die Verfolgung und Inhaftierung von NS-Kriegsverbrechern und ihren Handlangern, später durch die zunehmend wahllose Verhaftung von Jugendlichen, denen vor allem Freischärlertätigkeit innerhalb der Werwolf-Untergrundorganisation vorgeworfen wurde, dann



in der Konsolidierungsphase der Teilung Deutschlands, als die Spannungen zwischen den Blöcken stiegen und die SBZ immer mehr als Teil des Ostblocks in Stellung gebracht wurde, durch den Sowjetisierungsdruck, der sich direkt in der Verschärfung des politischen Klimas in Ostdeutschland widerspiegelte. Die Blockparteien, die bisher noch eigenständig waren, wurden dem sozialistischen Kurs untergeordnet; Gruppierungen und Personen, die weiterhin eigene Politikangebote machten und sich nicht dem Kurs der Ostbindung unterordneten, wurden aus der Öffentlichkeit gedrängt, verloren ihren Einfluss und ihre Ämter und fanden sich nicht selten damit konfrontiert, dass ihnen die Gefahr von Kriminalisierung und Inhaftierung drohte.

Höhepunkt und vorläufiges Ende dieses Transformationsprozess der ostdeutschen Parteienlandschaft war, dass alle Blockparteien de facto ihr eigenständiges Profil verloren und dem Herrschaftsanspruch der SED untergeordnet wurden – der Parteienpluralismus existierte fortan im sozialistischen Teil Deutschlands nur noch als Legitimation der Sozialistischen Einheitspartei, nicht mehr als Angebot zur politischen Willensbildung der Bevölkerung.

Eine ähnliche Entwicklung durchliefen auch die SED und die politischen Massenorganisationen des Landes: Die SED wurde von sozialdemokratischen Einflüssen gesäubert und nahm immer mehr den Charakter einer Partei stalinistischen Typs an, die formal eigenständigen Massenorganisation wie die Freie Deutschen Jugend (FDJ), der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) und der Demokratische Frauenbund (DFD) wurde den Interessen der SED-Führung untergeordnet und erfüllten bis zum Ende der DDR ihre Aufgabe der Politisierung und Agitation der Bevölkerung in Alltag und Betrieb.

## Historische Revue

Die Schilderung der Ereignisse und die Beschreibung der Beteiligten durch Zeitzeugen machte das historisch-politische Lernen im Bildungsangebot der VHS Parchim lebendig und biographisch-lebensweltlich anschlussfähig. Die Konzeption wurde ergänzt durch eine Exkursion in die Haftanstalt, in der A. Dust-Wiese einen Teil ihrer Haftzeit verbüßen musste: in das berüchtigte Frauengefängnis Schloss Hoheneck. Mittels der teilnehmerfreund-

lichen Methode der Erkundung wurde das Thema „stalinistische Gewaltherrschaft“ auch vor Ort erschlossen; die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler konnten selbstständig lernen und sich vor allem die sinnlichen und visuellen Dimensionen von politischer Verfolgung und Repression im Arbeiter und Bauernstaat aneignen. Sie betrieben eigenständige Recherchen im Lernkontext, anhand der Erzählungen der Zeitzeugen versuchten sie den mutmaßlichen Spitzel in der Gruppe zu benennen und zu überführen – was leider nicht abschließend gelang.

Die so gewonnenen Erfahrungen und Eindrücke wurden in einem Film dokumentiert und in der künstlerischen Form einer Pantomime inszeniert. Diese setzte die Erfahrungen und Empfindungen der Teilnehmenden, die diese im Umgang mit der Biographie der Parchimer Lehrerin als Beispiel für die alltägliche Kontrolle, Überwachung und Verfolgung politisch Andersdenkender in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR gewonnen hatte, um – und würdigte damit die couragierte und freiheitsliebende A. Dust-Wiese. So kam eine historische Revue zur deutsch-deutschen Geschichte zustande, die auch für andere Jugendliche einen Zugang zur Zeitgeschichte bietet. Dabei übernahmen die teilnehmenden Jugendlichen selber alle Arbeitsschritte: Sie schrieben ein Drehbuch für die Pantomime, stellten historische Szenen nach, schnitten und vertonten den Film. Das hierfür notwendige Wissen konnten sie sich während des VHS-Kurses aneignen.

Außerdem stellten die Jugendlichen einen Antrag an die kommunale Verwaltung, Leben und Person der widerständigen Lehrerin zu würdigen. Eine konkrete, öffentlichkeitswirksame Initiative ergab sich zum Abschluss der Veranstaltung: Die Teilnehmenden regten an, den im Wikipedia-Artikel als Sohn der Stadt Parchim geführten SS-Obergruppenführer, Gauleiter und Kriegsverbrecher Friedrich Hildebrandt zu streichen und stattdessen die von NKWD und Staatssicherheit verfolgte Parchimer Lehrerin Dust-Wiese zu würdigen.

Dörte Steinert  
VHS Parchim  
Ziegendorfer Chaussee 11  
19370 Parchim  
Tel.: 03871/441120  
Fax: 03871/444207  
E-Mail: yacht3@web.de  
Website: www.vhs-parchim.de

*Die Veranstaltungen wurde aus Mitteln des KJP gefördert.*

Die Filmdokumentation sowie die Zeitzeugenberichte zum Vorgängerprojekt „Rädchen im System – Geschichten zur Schule in der DDR“ unter [www.politischejugendbildung.de](http://www.politischejugendbildung.de)





HVHS PfalzAkademie Lambrecht

## „Demokratie lebt vom Mitmachen“

Jugendliche aus Thüringen und der Pfalz bei gemeinsamer Projektarbeit

**Themen:** Alltag im geteilten Deutschland, Friedliche Revolution und ihr Gegenwartsbezug

**Methoden:** Exkursion, Foto-Dokumentation, Recherche, Filmanalyse, Jugendbegegnung

„Mauern – Mächte – Menschen: Alltagswelten und politische Wirklichkeit in beiden Teilen Deutschlands“. Unter diesem Motto kamen rund 30 Schüler und Schülerinnen aus Thüringen und der Pfalz im Juli 2009 für eine Woche in der PfalzAkademie Lambrecht zusammen. Die Jugendlichen stammten aus der elften und zwölften Jahrgangsstufe des Kurfürst-Ruprecht-Gymnasiums in Neustadt an der Weinstraße und des Holzland-Gymnasiums Hermsdorf im Saale-Holzland-Kreis, dem Partnerkreis des Landkreises Bad Dürkheim. Die zwei Partnerlandkreise aus Rheinland-Pfalz und Ostthüringen unterstützten die Veranstaltung. Und es ist beabsichtigt, aus dem gelungenen Beispiel einer innerdeutschen Begegnung eine Tradition werden zu lassen. Alle Gymnasien beider Kreise sollen künftig in Projektwochen der PfalzAkademie eingebunden werden.

Die Seminargruppe war in der Heimvolkshochschule PfalzAkademie untergebracht, wo auch der größte Teil des Programms stattfand. Außerdem gab es Exkursionen: eine Reise nach Bonn ins Haus der Geschichte sowie eine Besichtigung des Hambacher Schlosses, der „Wiege der deutschen Demokratie“, und des Kaiserdoms in Speyer. Die Arbeit im Seminar lebte von unterschiedlichen Methoden, mit denen die vielen Facetten der zeitgeschichtlichen Rückschau aufbereitet und die Teilnehmenden zu aktiver Mitgestaltung motiviert wurden. Im Vorfeld des Seminars war vereinbart worden, allen Teilnehmenden im Unterricht eine Einführung zur deutschen Nachkriegsgeschichte zu bieten, so dass bei Seminarbeginn ein gewisser Kenntnisstand vorausgesetzt und in der Arbeit darauf aufgebaut werden konnte.



### Fragen an Geschichte und Politik

Auch bei dieser Teilnehmergruppe war wieder klar: Es handelte sich um „Nachgeborene“; deutsche Teilung, das Leben in den beiden deutschen Staaten und die Revolution 1989 waren für sie Historie, die sie nur vom Hörensagen kannten. Daraus ergab sich die allgemeine Zielsetzung, für das Eingebundensein in den historischen Verlauf zu sensibilisieren und den eigenen Standort in der heutigen demokratischen Ordnung Deutschlands vor diesem Hintergrund zu thematisieren. Die Schüler sollten sich also nicht als Rezipienten eines Stoffs – in diesem Fall: eines Ausschnitts aus der deutschen Geschichte – verstehen, sondern über Möglichkeiten einer aktiven Rolle im politischen Geschehen aufgeklärt und so zugleich zu einer Klärung eigener Interessen und Standpunkte angeregt werden. Gerade in dieser Aktivierung sieht die außerschulische Bildung ihre besondere Chance, da sie nicht wie der Schulunterricht auf die Reproduktion und Überprüfung von Wissensbeständen abzielt.

Die Anfragen an Geschichte und Politik betrafen vor allem drei Punkte:

1. Alltag im geteilten Deutschland. Ziel dieses Schwerpunkts war es, Unterschiede und Gemeinsamkeiten sowohl im historischen Er-



leben wie in der Aufarbeitung von Geschichte unter die Lupe zu nehmen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer machten sich mit dem gesellschaftlichen Leben im geteilten Deutschland und seinen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Implikationen vertraut. Sie verglichen die biographischen Erfahrungen ihrer Eltern, die Perspektiven von erzählter Geschichte, die Berichterstattung in den Medien und die Mitteilungen von Zeuginnen und Zeugen des Alltags (etwa in ästhetisch gestalteter Form).

2. Die Friedliche Revolution und die Wende. Ziel dieses Projektteils war es, genauer nachvollziehen zu können, was geschehen ist und wie es dazu kommen konnte, welche Akteure auf welcher Seite wie beteiligt waren. Wer leistete in der DDR Widerstand und wie nahm der Westen dies wahr? Was geschah wirklich bei den Montagsgebeten und den Montagsdemonstrationen? Wer hat dafür gearbeitet, dass die Mauer fiel? Wie haben diejenigen das alles erlebt, die dabei waren?
3. Identität und demokratisches Engagement im geeinten Deutschland. Ziel war es bei diesem Punkt, politische Identität(en) und

Orientierung(en) in Deutschland zu analysieren und zu bewerten. Durch das Votum der Teilnehmer rückte dabei besonders die Aufgabe in den Vordergrund, eigene Standpunkte gegenüber Radikalisierung, Extremismus und Ausländerfeindlichkeit zu formulieren. Allgemeine Fragen lauteten hier etwa: Für wen hat sich das Leben nach 1989 am meisten geändert? Wie gehen Menschen mit ihrer Geschichte um? Was sagt die junge Generation, die die Teilung nicht erlebt hat, zur Geschichte ihres Landes? Welche „Botschaften“ hat die Geschichte für uns?

Da es sich um ein außerschulisches Seminar der politischen Jugendbildung handelte (und nicht um die Absolvierung eines Unterrichtspensums), musste sich die Gruppe erst konstituieren und über die individuellen Zugänge verständigen. Im ersten Schritt ging es also um den persönlichen Bezug zum Thema. Gearbeitet wurde mit der Fotokartei, die Jugendlichen stellten sich gegenseitig vor, und zwar anhand ausgewählter Fotos, die den persönlichen Blickwinkel akzentuierten. Dies diente einerseits dem Kennenlernen, andererseits lernten die Teilnehmenden so, sich zu einem komplexen politischen Themenfeld in Beziehung zu setzen und dies vor der Gruppe zu vertreten. Dies wur-

de fortgesetzt mit der Methode der assoziativen Satzanfänge. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer führten Sätze zu Ende, mit denen sie wiederum zu inhaltlichen Themen eigene Bewertungen ins Spiel brachten. Die Sätze lauteten: 1. Meine Eltern haben über die Zeit vor und nach der friedlichen Revolution erzählt, dass...; 2. was ich vor allem über die Ereignisse von 1989 wissen möchte, ist...; 3. meiner Meinung nach sind die Ereignisse von 1989 heute wichtig, weil...; 4. meine Nationalität bedeutet für mich... Beim Vortragen der Statements nahmen die Seminarteilnehmer sich mit ihren unterschiedlichen Äußerungen und Standpunkten wahr; gleichzeitig ergab sich dadurch eine thematische Strukturierung.

### Recherchen, Gespräche und Spurensuche

Außerhalb der Bildungsstätte ging es im Haus der Geschichte in Bonn um Recherchen und um die Erstellung einer Fotodokumentation. Der Besuch im Haus der Geschichte war kein einfacher Museumsbesuch. Zwar gab es auch eine Überblicksführung, wesentlicher Bestandteil war aber ein für Kleingruppen vorbereitetes kleines Rechercheprojekt. Die Jugendlichen erhielten Aufträge zu sieben aufeinander aufbauenden Themengebieten, deren Ergebnisse sie sich gegenseitig mit Fotos präsentierten. Dadurch konnten sie sich selbst Inhalte erschließen und waren motiviert, diese für die anderen methodisch aufzubereiten. Schwerpunktthemen waren: Parteien der Nachkriegszeit – Berlin-Blockade – der 17. Juni 1953 – Mauerbau – Grenzbeziehungen – Ausreisewellen – die Mauer in den Köpfen.

Ferner gab es Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen. Hierbei standen unterschiedliche Aspekte im Vordergrund, die sich wiederum gegenseitig ergänzten. Odulf Jakobi berichtete über den Aufstand vom 17. Juni, seine Ausreise aus der DDR und Erfahrungen in der politischen Bildungsarbeit. Martin Kaiser, Leiter der PfalzAkademie und seit langem in der internationalen Begegnung tätig, beschrieb seine deutsch-deutsche Kontaktarbeit vor und nach der friedlichen Revolution sowie sein Erleben von Politik und Alltag im geteilten Deutschland. Dörthe Luthardt ergänzte dies, indem sie die gleichen Themen aus Sicht einer DDR-Bürgerin beleuchtete. Rebecca Bahr informierte über Familiengeschichte im deutsch-deutschen Kontext.



Ein anderes Element war die geschichtliche Aufarbeitung mit Hilfe von Film und Literatur. Anhand von Spielfilmausschnitten („Spur der Steine“, „Das schreckliche Mädchen“, „Nikolaikirche“), die jeweils 10-15 Minuten dauerten, konnte Geschichte verdichtet erlebt werden. Wichtig war dabei vor allem die Perspektive, aus der heraus das jeweilige Thema angegangen wurde. Bei der Aufarbeitung von Zeitgeschichte in der Literatur ging es besonders um die Sichtweise unterschiedlicher Generationen, die die DDR-Gesellschaft beschrieben. Literaturbeispiele waren: Maxie Wander, „Guten Morgen, du Schöne“; V.-M. Baehr, „Wir denken erst seit Gorbatschow“; Thomas Rosenlöcher, „Ostgezeter“; Jana Hensel, „Zonenkinder“; Claudia Rusch, „Meine freie deutsche Jugend“.

Ein Kurzfilm und Karten zum Thema Rechtsradikalismus legten dann wieder mehr Wert auf den Gegenwartsbezug. Es wurde z.B. ein Kurzfilm zu einer Gewaltszene in einer Straßenbahn vorgeführt, der die Frage nach zivilcouragiertem Handeln aufwarf. Hier wurde der Blick darauf gerichtet, welchen Her-



ausforderungen sich die Demokratie im geeinten Deutschland stellen muss. Diese Arbeitseinheit fand auch im Blick auf das Gespräch mit den Politikern statt.

## Demokratie braucht Demokraten

In Gesprächen mit einem Repräsentanten der Verwaltung auf Bundesebene (BMFSFJ) und mit politischen Entscheidungsträgern auf regionaler Ebene thematisierten die Jugendlichen Partizipationsmöglichkeiten und den Umgang mit Rechtsextremismus in Deutschland. Beide Gespräche ergänzten sich und fokussierten unterschiedliche Fragen der politischen Kultur und des demokratischen Engagements. Die direkte Berührung mit der Politik bewerteten die Schülerinnen und Schüler ausgesprochen positiv, wobei sicher eine Rolle spielte, dass durch die Befassung mit den politisch-historischen Themen eine Sensibilisierung für solche Diskussionen mit Verantwortungsträgern erfolgt war.

Vor Ort in Lambrecht fand das Gespräch mit Politikern aus der Region statt, und zwar mit der Landrätin Sabine Röhl und dem Bezirkstagsvorsitzenden und Oberbürgermeister der Stadt Frankenthal, Theo Wieder. In der Seminargruppe hatte sich aus der vorhergehenden Befassung mit der Entwicklung seit 1989 als wichtiges Thema die Zunahme rechtsextremer und ausländerfeindlicher Tendenzen, speziell die Rolle der NPD, herauskristallisiert. Die Politiker nahmen sich Zeit für das Gespräch mit den Schülern, die Landrätin machte sie z.B. mit dem „Lokalen Aktionsplan des Landkreises Bad Dürkheim gegen rechtsradikale Umtriebe“ vertraut. Beide Regionalpolitiker waren sich einig, dass man Rechtsextremen mit demokratischen Mitteln entgegen treten müsse.

Das Gespräch entwickelte sich zu einem Ringen um demokratischen Konsens. Für die Schüler – aus Ost und West gleichermaßen – war es schwer zu verstehen, dass rechtsradikale Wahlplakate geduldet und sogar rechtsradikale Demonstrationen, sofern beide nicht verfassungswidrige Elemente (Hakenkreuze etc.) benutzen, polizeilich geschützt werden müssen. Hier entwickelte sich ein fruchtbares Gespräch, in dem die Schüler und Schülerinnen ihre eigene demokratische Verantwortung entwickelten und formulierten. In der Verbotsfrage, die die Jugendlichen stark interessierte, machten

beide Politiker – von Hause aus Juristen – auf die verfahrenstechnischen Schwierigkeiten aufmerksam. Inhaltlich sei ein Verbot sinnvoll, bei einem Scheitern des Verfahrens könne ein solcher Versuch jedoch die gegenteilige Wirkung haben, nämlich die NPD stärken.

Eins war am Ende klar: Wegschauen, Gleichgültigkeit und ein Mangel an Zivilcourage töten die Demokratie. Röhl forderte die Jugendlichen beider Regionen auf: „Haben Sie Mut, bringen Sie sich ein. Kenntnisse der Geschichte brauchen wir, um in der Lage zu sein, gesellschaftliche Fehlentwicklungen rechtzeitig zu sehen.“ Bei den Jugendlichen war eine gewisse Reserve zu spüren, sich politisch zu positionieren. Bürgermeister Wieder betonte, dass politisches Engagement nicht zwingend auf die Parteien beschränkt sein müsse. Auch in andern Bereichen lasse sich etwas bewegen. Deutlich wurde hier auch, dass die Kenntnis der Geschichte eine wichtige Rolle spielt, denn bei dem Gespräch wurde u.a. die Reaktion der Weimarer Republik auf die damalige Weltwirtschaftskrise erörtert – durchaus lehrreich für die heutige Bewältigung der Finanzkrise!

## Erfahrungen und Ergebnisse

Neben der dichten Informationsvermittlung ging es bei dem Seminar um mehr: nämlich darum, die Informationen und ihre Quellen zu hinterfragen; die Bedeutung von Ereignissen für die eigene Biographie und die Familiengeschichte zu erfassen und darüber die wechselseitigen Einflüsse von biographischem Erleben und politischen Rahmenbedingungen zu thematisieren; und schließlich die historischen Ereignisse auf ihre Bedeutung für die Gegenwart abzuklopfen. Bemerkenswerte Punkte waren:

- Die Begegnung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus alten und neuen Bundesländern. Die Jugendlichen dachten zunächst, dass der Unterschied gar nicht so groß sei: Man hört die gleiche Musik, sieht die gleichen Soaps, sucht die gleichen Chatrooms und Websites auf, hat ähnliche Hobbys etc. Aber schnell bemerkten die Teilnehmenden aus Thüringen, dass die Rheinland-Pfälzer kaum Informationen über die (Ex-)DDR besaßen; zudem waren die Fakten aus den Geschichtsbüchern nicht

mit Leben gefüllt, es fehlten die Erfahrungen der Eltern oder anderer Zeitzeugen. Umgekehrt registrierten die Westdeutschen, dass die Gruppe aus Thüringen besondere Sensibilitäten zeigte, wenn es um die Geschichtsbetrachtung ging, und westliche Dominanz fürchtete. Nach den ersten Arbeitseinheiten begannen sich die jungen Menschen über diese sensiblen Punkte näher auszutauschen.

- Die Begegnung von Lehrerinnen und Lehrern aus alten und neuen Bundesländern. Dieser Aspekt war unvermutet spannend. Die Lehrerin aus den neuen Bundesländern berichtete über Vorbehalte vor allem älterer Kolleginnen und Kollegen, was eine Teilnahme an dem Projekt betraf. Mögliche Fragen nach der eigenen Positionierung seien hier mit Angst besetzt gewesen. Im Gegensatz zu den Schülern hatten die Lehrerinnen die friedliche Revolution wirklich erlebt und konnten somit konkrete eigene Erfahrungen und Sichtweisen austauschen.
- Die Bedeutung von Zivilcourage und zivilgesellschaftlichem Engagement. Für die Teilnehmenden war die Erarbeitung der historischen Zusammenhänge wichtig im Blick auf konkretes politisches Engagement. Politik wurde für sie erfahrbar und greifbar, wurde von einer abstrakten Ebene auf die Ebene der persönlich beeinflussbaren und gestaltbaren Vor-



gänge heruntergeholt. Spannend war dabei auch zu beobachten, wie die Jugendlichen die Entwicklung weiter dachten und überlegten, welche Rückschlüsse aus der Geschichte zu ziehen sind. Der Einsatz gegen den Rechtsextremismus war dabei eine zentrale Konsequenz. In den Gesprächen mit den politisch Verantwortlichen wurden die jungen Leute dann mit dem Standpunkt der demokratischen Ordnung konfrontiert, dass Rechtsradikale mit rechtsstaatlichen Mitteln behandelt werden müssen und sich beispielsweise an Demonstrationen und Wahlkämpfen beteiligen dürfen.

### Schlussfolgerungen und Perspektiven

Die Jugendlichen beschäftigte nicht so sehr die Frage, ob es Mauern in den Köpfen der Menschen gibt, sondern vielmehr die Überlegung, was sie persönlich für ein weiteres Zusammenwachsen in Deutschland tun können. Die Veranstaltung bewerteten sie als einen erfolgreichen Schritt, um solche Fragen zu klären. Wichtig war vor allem die Tatsache, dass es nicht nur um eine Bilanz historischer Ereignisse, sondern auch um eine Reflexion unterschiedlicher Perspektiven ging.

Alle Beteiligten waren sich darin einig, dass die unterschiedlichen Ansätze und Methoden, speziell der Nachdruck auf erlebter Geschichte und Oral History, für den Erfolg des Projekts von entscheidender Bedeutung waren. Die authentischen Quellen (Zeitung- und Filmmaterial aus Ost und West, Geschichtsbücher, Dokumente in den Museen) bildeten die Grundlage, um Geschichte zu verstehen. Darüber hinaus spielten die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen eine zentrale Rolle, weil sie biographisches Erleben mit der Ebene der großen Politik verbanden und diese dadurch anschaulicher machten. Hierzu gehörte auch die Aufarbeitung von Geschichte in Film und Literatur. Diese methodischen Zugänge ermöglichten eine Blickerweiterung. Die Vielfalt der methodischen Ansätze vermittelte den Teilnehmenden eine ganzheitliche Erfahrung und sprach unterschiedliche Verarbeitungsebenen an. Das wurde positiv in der Auswertung hervorgehoben - und es ist auch ein konzeptioneller Bestandteil der geplanten Folgeveranstaltungen.

Die PfalzAkademie befasst sich nämlich kontinuierlich mit der Frage von Ausgrenzung und Mauern.



So wurde bei einem Projekt 2008 die Überwindung von Mauern in einem internationalen Zusammenhang, über den deutschen Fall hinaus, thematisiert. Analysiert wurden einerseits Bedeutung und Botschaft des Mauerfalls in internationaler Perspektive, andererseits wurde die Frage diskutiert – allerdings kontrovers –, welche Anregungen der Fall der Berliner Mauer zur Überwindung anderer Mauern und Grenzen in dieser Welt (Zypern, Israel/Palästina, Nord- und Südkorea, Mexiko) geben könnte. In einem Gespräch mit der Stiftung Aufarbeitung wurde übrigens deutlich, dass sie einen solchen Ansatz nicht teilt; die Bedeutung der Mauern, hieß es, sei zu unterschiedlich. Dies wäre zu diskutieren. Zumindest die Bundesregierung schien bei der Gestaltung der offiziellen Feierlichkeiten zum Jahrestag des Mauerfalls 2009 der Sichtweise der Stiftung zu widersprechen: Die benannten Themenfelder aus dem internationalen Bereich wurden gerade in die Feier einbezogen. Das Signal der Bundesregierung, eine internationale Dimension der Vergangenheitsbearbeitung in die Arbeit einzubeziehen, deckt sich auch mit Positionen, wie sie in der Fachöffentlichkeit der politischen Jugendbildung seit einiger Zeit formuliert werden (vgl. das Themenheft zur friedlichen Revolution von Außerschulische Bildung 2/09).

Neben dem Schulprojekt führte die PfalzAkademie 2009 weitere Veranstaltungen zur friedlichen Revolution und zum Fall der Mauer durch. Hierzu zählten ein Wochenendseminar zu Familienbiographien in Deutschland mit ehemaligen Teilnehmern

den deutsch-deutschen Begegnungen, eine Ausstellung „Begrenzte Aussicht - Bilder aus dem geteilten Deutschland“ im Foyer der Akademie (die auch in das Kooperationsseminar einbezogen wurde) oder ein internationales Projekt „Die Botschaft des Jahres 1989“ mit Teilnehmenden aus Deutschland, den USA, Polen, Ungarn und Nordirland. Für das kommende Jahr sind Folgeprojekte mit ähnlichen Formaten geplant.

Bei dem Kooperationsprojekt der PfalzAkademie mit Partnerschulen aus Rheinland-Pfalz und Thüringen kam der Einrichtung, die vom Bezirksverband Pfalz getragen wird und die als Heimvolkshochschule eine Sonderstellung im Volkshochschulbereich einnimmt, ihre langjährige Tätigkeit in der Begegnungsarbeit zu Gute. Die PfalzAkademie hat zahlreiche internationale Begegnungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen durchgeführt, gerade auch im Blick auf brisante politische und kulturelle Konfliktlinien, etwa im Nahen Osten (vgl. Martin Kaiser, Friedensproben – Interkulturelle Begegnung und interreligiöser Dialog in der politischen Bildung, Schwalbach/Ts. 2006).

Martin Kaiser  
 PfalzAkademie Lambrecht  
 Franz-Hartmann-Straße 9  
 67466 Lambrecht  
 Tel.: 06325/18000  
 Fax: 06325/180026  
 E-Mail: [info@pfalzakademie.bv-pfalz.de](mailto:info@pfalzakademie.bv-pfalz.de)  
 Website: [www.pfalzakademie.de](http://www.pfalzakademie.de)

*Das Projekt wurde aus Mitteln der Stiftung Aufarbeitung gefördert.*



HVHS Burg Rothenfels

## „Grenzenlose Freiheit – Traum oder Albtraum?“

Ein Seminar bietet politisch-philosophische  
Reflexionsmöglichkeiten

**Themen:** Unterdrückung in der DDR, Jugendliche  
und Stasi

**Methoden:** Partizipative Planung, Vorträge, Textar-  
beit, Zeitzeugengespräch

Die Burg Rothenfels, malerisch gelegen am Main in Unterfranken, gehört zur Kategorie der Heimvolkshochschulen. Sie stellt damit ebenfalls eine Sonderform der Volkshochschulen dar, als Bildungseinrichtung im ländlichen Raum bietet sie politische Bildung in Internatsform an. Teilnehmerinnen und Teilnehmer, meist Jugendliche und junge Erwachsene, können sich fernab von Beruf, Alltag und störenden Einflüssen der Großstadt auf mehrtägigen Veranstaltungen mit Themen aus Gesellschaft, Politik und Kultur befassen. Die HVHS Burg Rothenfels ist eine Institution der Jugendbewegung, die Anfang des 20. Jahrhunderts aus Wandervogel und Lebensreform entstand; seit 1919 arbeitet sie als Bildungszentrum für Jugendliche. Bekanntheit erlangte sie vor allem als Bildungseinrichtung der katholischen Jugendbewegung und des Quickborn-Bundes unter der Leitung des Theologen Romano Guardini in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. Der renommierte Religionsphilosoph Guardini prägte maßgeblich die Liturgische Bewegung und die Erneuerung der katholischen Jugendarbeit. Die HVHS Burg Rothenfels ist damit eine der traditionsreichsten (Jugend-)Bildungsstätten in Deutschland.

Tradition haben mittlerweile auch die Jugendtagungen, die seit 1999 jährlich mit und von Jugendlichen in der Heimvolkshochschule veranstaltet werden. Die einwöchige Jugendtagung vom 2. bis 9. August 2009 war eine Jugendbildungsveranstaltung „zweiten Grades“, die einen doppelten Lernprozess initiieren wollte. Es sollte nicht nur der inhaltliche Schwerpunkt der Tagung vermittelt werden – sie stand unter dem Motto „Grenzenlose Freiheit – Traum oder Albtraum?“ –, sondern auch die Selbstorganisation des Lernens und der Aus-



einandersetzung mit dem Stoff der Veranstaltung übernommen und eingeübt werden. Pädagogisches Ziel der HVHS war es, die Jugendlichen zur selbstständigen Erarbeitung und Durchführung eines Tagungskonzepts zu befähigen. „Ein Team von vier Jugendlichen im Alter von 19 Jahren hat die Tagung eigenhändig vorbereitet, von der Auswahl der Einzelthemen und der Einladung der Referenten über die Organisation aller Workshops und Arbeitskreise und der musikalischen Angebote bis hin zur Leitung der Tagung vor Ort“, hält das Bildungsbüro der Burg Rothenfels zur Jugendtagung 2009 fest.

Dem didaktischen Konzept der Bildungsveranstaltung entsprach, dass das Thema „Grenzenlose Freiheit“ von den Teilnehmern der Jugendtagung 2008 im Hinblick auf das 20-jährige Jubiläum der Friedlichen Revolution und des Mauerfalls selbst gewählt wurde. Mit der Wahl dieses Schwerpunktes wollte man einen politisch-philosophischen Bezug zu den Begebenheiten 1989/90 herstellen. Die Implosion jahrzehntelang für stabil gehaltener Machtverhältnisse in der sozialistischen Gesellschaft der DDR gingen vor allem darauf zurück, dass die Bevölkerung gegen nicht gewährte Freiheits- und Bürgerrechte aufbegehrte. Die Akteure der Friedlichen Revolution forderten Reisefreiheit, die Freiheit der demokratischen Wahl, freie Medien, Meinungsfreiheit und die Möglichkeit zur freien Entfaltung der Persönlichkeit. Dem entgegen standen der dauerhafte Führungsanspruch der SED und die politische Herrschaftsstruktur des Arbeiter- und Bauernstaates. Herrschaft in der DDR war dadurch gekennzeichnet, dass alle gesellschaftlichen Prozesse der Fortentwicklung des Sozialismus untergeordnet wurden. Einerseits in ideologischer Hinsicht: Die Partei der Arbeiterklasse, die SED, hatte die Entscheidungskompetenz in allen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fragen. Sie verfügte über die umfassende und einzig richtige Ideologie, die „wissenschaftliche Weltanschauung“ des Marxismus-Leninismus, die sie zur Herrschaft über die Bevölkerung ermächtigte und gleichzeitig auch die gesamte Legitimität der Existenz der DDR ausmachte.

Existenziell begründet war der Arbeiter- und Bauernstaat nicht durch historische Ergebnisse nationaler, sozialer und/oder demokratischer Bewegungen, sondern durch die spezifische, aus dem Geist der wissenschaftlichen Weltanschauung resultierende,

sozialistische Verfasstheit. Die Legitimationsfigur vom antifaschistischen Staat DDR sollte dem Führungsanspruch der SED den Anschein historischer Legitimität verleihen.

Andererseits konnte sich die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands auf gesellschaftliche Steuerungsinstrumente stützen – Massenorganisationen wie FDJ und FDGB, moderne Medien wie Tageszeitungen, Radiosender und Fernsehkanäle, Bildungseinrichtungen wie Parteischulen und Schulen der sozialistischen Arbeit –, mit denen sie die Bevölkerung dauernd dafür agitierte, die Richtigkeit der Partei-Ideologie und den daraus folgenden Führungsanspruch der SED anzuerkennen. Die kommunistische Idee der SED war dabei nicht nur der Anspruch, als Avantgarde des realen Sozialismus im Besitz der alleinigen und ungeteilten Wahrheit zu sein, sondern bedeutete auch den praktische Auftrag, die gesellschaftlichen Verhältnisse des Kapitalismus umzuwälzen und eine neue sozialistische Gesellschaft zu schaffen und zu gestalten. Und wer sich dieser Deutungs- und Entscheidungshoheit der SED entzog, sich darüber lustig machte oder sie gar – vielleicht sogar noch öffentlich – kritisierte, zog sich die Verfolgung durch die Stasi zu. Diese kontrollierte und überwachte die Bevölkerung, um sie gegebenenfalls zur Anerkennung der Führungsrolle der SED und zu sozialismuskonformem Verhalten zu zwingen.

Die Einschränkung und Überwachung der Rede- und Meinungsfreiheit, die Begrenzung und Kontrolle der Reisefreiheit und die Korrumpierung demokratischer Teilhaberechte durch Wahlbetrug und Propaganda sollten Teil der in der Tagung zu leistenden inhaltlichen Auseinandersetzung sein. Diese war als Suche nach der absoluten Freiheit konzipiert. Unter dem Gesichtspunkt „Verwirklichung oder Begrenzung von Freiheit“ wurden verschiedene Themenfelder erarbeitet und diskutiert. Didaktisch reichte das Spektrum der Formate von Vorträgen, Arbeitskreisen und Quellenstudium über Zeitzeugenbegegnungen, Exkursionen und Planspiele bis hin zu gruppendynamisch reflektieren Prozessen, Musik- und anderen kreativen Freizeitangeboten. Ein Teil der Workshops und Kurse wurde von Jugendlichen selbst oder von ehemaligen Teilnehmern vergangener Jugendtagungen auf Burg Rothenfels angeboten – es kamen also gleichberechtigt verschiedene Generationen zu Wort.

Auch Gender Mainstreaming ist in dieser traditionsreichen Jugendbildungsstätte kein Fremdwort. Die Gleichberechtigung der Geschlechter, die besondere Rücksichtnahme auf rollenspezifisches Verhalten, wird auf Burg Rothenfels seit drei Generationen erfolgreich gelebt. Der frühere Träger der Bildungsstätte, der Quickborn-Jugendverband, hatte schon vor Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Frauen die völlige Gleichstellung der Geschlechter im Verbandsleben durchgesetzt. Diese Haltung prägt die HVHS Burg Rothenfels bis heute.

### Grenzen der Freiheit: Ethik und Recht

Von den Grenzen der Freiheit handelte der erste Teil der Suche nach der absoluten Freiheit. In einem Vortrag samt anschließendem Arbeitskreis mit dem Referenten wurde die Frage erörtert, wo der Freiheit von Forschung und Wissenschaft Grenzen gesetzt werden müssen, damit konkurrierende Güter und Werte nicht tangiert werden. Beispiel hierfür war die Debatte um die Stammzellen-Forschung. Anhand der Debatte um das Für und Wider der wissenschaftlichen Arbeit mit Embryonen wurde den Teilnehmern das Dilemma der kollidierenden Ziele verdeutlicht: Einerseits ist die Forschung an und mit Stammzellen für Medizin und Pharmakologie eine Chance, neue Medikamente und Therapien zu entwickeln. Damit könnte vielen, gerade chronisch kranken Menschen geholfen werden. Andererseits werden bei der Gewinnung von Stammzellen menschliche Embryonen zerstört, die ein Teil der Bevölkerung als menschliches Leben betrachtet – dieses stehe unter dem Schutz der Menschenwürde durch das Grundgesetz und dürfe keiner Abwägung unterliegen. Auch wenn die Thematik nicht abschließend geklärt wurde, waren sich die Teilnehmer darin einig, dass die Freiheit der Forschung der Grenzsetzung durch ethisch-moralische Maßstäbe und rechtliche Normen bedarf. Dabei muss immer im Einzelfall geklärt werden, welche Forschungsvorhaben erlaubt oder zugunsten anderer Güter verboten werden sollten.

Grenzen der Freiheit erfuhren die teilnehmenden Jugendlichen auch bei der Beschäftigung mit dem Zusammenhang von Freiheit und Recht. Der Vortrag zum Thema „Meine Freiheit und die Freiheit der anderen“ betrachtete das Thema aus juristischer und staatsrechtlicher Sicht. Freiheit wird in der Ordnung des Grundgesetzes als Ausdruck



der Menschenwürde definiert und darf deswegen nicht beschnitten oder verwehrt werden – sie steht unter dem Schutz des Gesetzes. Da dies aber für die Freiheit jedes Einzelnen gilt, endet Freiheit dort, wo die des Anderen beginnt. Diese Ambivalenz von Freiheit wurde an verschiedenen Beispielen diskutiert. Es galt abzuwägen zwischen legitimen Einschränkungen einzelner Bürger- und Freiheitsrechte und dem Sicherheitsbedarf der Bevölkerung und des Staates angesichts der weltweiten Gefahr terroristischer Anschläge. Dieser Bezug zu einem Thema des aktuellen politischen Diskurses verdeutlichte das von den Jugendlichen geteilte Fazit des Referenten: Die Einschränkung von Freiheit zugunsten anderer schutzwürdiger Güter bedarf einer Überprüfung der Verhältnismäßigkeit. Politische Freiheit ist untrennbar mit Verantwortung verbunden. Die Auseinandersetzung mit dem Wechselverhältnis von Freiheit und Recht wurde in einem Workshop vertieft, der sich u.a. mit dem Spannungsverhältnis zwischen Sicherheit und Freiheit anhand der aktuellen Sicherheitsgesetze auseinandersetzte.

### Grenzen der Unfreiheit: Ein Zeitzeuge berichtet

Ungewöhnliche Einblicke ergaben sich bei der Beschäftigung mit der Frage, wie in der DDR die Freiheit beschränkt wurde. Auch wenn die Textarbeit mit faksimilierten Originalakten der Stasi bestätigte, dass es mit der auch in der DDR proklamierten Gewissens-, Glaubens- und Pressefreiheit nicht weit her war – sie unterlag dem höherwertigen und ebenfalls in der Verfassung festgeschriebenen Führungsanspruch der SED, diese konnte nach eigenem Ermessen die Grund-



rechte und persönliche Freiheit der Bevölkerung einschränken oder erweitern –, fanden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer doch an ganz unerwarteter Stelle Momente der Freiheit, nämlich als Akt der Subversion. An dem im Seminar bearbeiteten Fall – es ging um mehrere Jugendliche in der DDR, die ihrem Wunsch nach Freiheit damit Ausdruck verliehen, dass sie in einer überstürzten nächtlichen Aktion regimekritische Parolen an Häuserwände der Rostocker Innenstadt malten – wurde deutlich, mit welchen perfiden Methoden der Überwachung und Bespitzelung die Stasi die Menschen kontrollierte.

In dem Rostocker Fall wurde die kirchliche Jugendgruppe der couragierten Jungen und Mädchen durch Spitzel beobachtet und ausgeforscht sowie Maßnahmen der Staatssicherheit ergriffen, die zur Festnahme der Betroffenen führten. In Haft wurden die Jugendlichen von der Stasi verhört, diese versuchte, einen der Beschuldigten als Spitzel zu gewinnen. Er sollte als IM fortan seine Freunde und Bekannten beobachten. Angesichts der drohenden Haftstrafe erklärte sich der Jugendliche bereit, mit dem MfS zu kooperieren – ein Entschluss, der seine noch junge Ehe zerstörte, den er dann aber widerrief. Der eben noch als Stasi-Zuträger angeworbene Jugendliche entschied sich für seine politische Anschauung und nahm sich die Freiheit, sie zu vertreten. Er nahm Haft und Repression in Kauf, um seine innere Freiheit zu wahren bzw. zurück zu gewinnen.

Nach dem Studium der Akten befassten sich die Jugendlichen mit der Frage, welche innere Entwicklung der Protagonist durchlaufen haben muss, um sich so zu entscheiden. Es wurde rege diskutiert - und manch ein Teilnehmer wünschte sich, mit dem damals betroffenen Jugendlichen sprechen zu können, um mehr über die Zeit und die Entwicklung der einzelnen Persönlichkeiten zu erfahren. Zur Überraschung der Teilnehmer wurde dies mittels einer Telefonkonferenz ermöglicht. Der damals durch die Repression des MfS betroffene Schüler aus Rostock, stand den Teilnehmern als Zeitzeuge Rede und Antwort. Sie konnten sich so ein authentisches Bild von den Erfahrungen und Gefühlen des Zeitzeugen machen und sich so selbst in die Zeit und Rolle versetzen. Als gemeinsames Fazit blieb, dass es tief beeindruckend war, zu erfahren, welche Freiheitsräume sich öffnen, wenn Menschen den Mut und die Entschlossenheit besitzen, sich gegen äußeren Zwang zu ihrer Einstellung und inneren Haltung zu bekennen.

## Erfahrungen und Perspektiven

Insgesamt wurde die Jugendtagung 2009 als voller Erfolg gewertet, sowohl das Bildungsbüro der Burg Rothenfels als auch die Jugendlichen bewerteten die inhaltliche Arbeit und didaktische Ausrichtung der Tagung positiv. In dem Bericht des Bildungsbüros der HVHS heißt es: „Auffällig ist, wie viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer in diesen Sommer ihre Mithilfe im Team für das kommende Jahr angeboten haben. In die Vorbereitung für 2010 werden sich rund doppelt so viele Jugendliche einbringen wie in diesem Jahr. Offenbar macht das Konzept einer ‘Bildungsarbeit zweiten Grades’, in dem die Tagung von den Jugendlichen selbst organisiert wird, auf neue Teilnehmer Eindruck und ermuntert sie zur Übernahme von Verantwortung.“

Die Jugendwoche auf der Burg Rothenfels machten darüber hinaus deutlich, dass der Themenbereich „Die Friedliche Revolution und ihre Folgen“ nicht nur durch Zuhilfenahme historiographischer und/oder politikwissenschaftlicher Methoden erschlossen werden kann. Die praktizierte philosophisch-ethische Auseinandersetzung mit den Ereignissen 1989 und der Wiedervereinigung zeigt, dass die zeitliche und lebensweltliche Distanz Jugendlicher durch die Methoden- und Perspektivenvielfalt einer innovativen und experimentierfreudigen politischen Bildung erfolgreich zu begegnen ist, dass die zunehmende Entfernung gerade der jungen Generation von den Ereignissen der „demokratischen Revolution“ kein unüberwindbares Hindernis für die Befassung mit Geschichte ist, wenn Teilaspekte des Themas aufgegriffen werden, die Relevanz und Bedeutung für die jungen Adressaten besitzen.

Dr. Achim Budde  
HVHS Burg Rothenfels  
97851 Rothenfels  
Tel.: 09393/99999  
Fax: 09393/99997  
E-Mail: [bildung@burg-rothenfels.de](mailto:bildung@burg-rothenfels.de)  
Website: [www.burg-rothenfels.de](http://www.burg-rothenfels.de)

*Die Veranstaltung wurde aus Mitteln des KJP gefördert.*

Filmdokumentation über die politische Sommerjugendwoche unter [www.politischejugendbildung.de](http://www.politischejugendbildung.de)

KVHS Salzwedel

## Eine schlichte Frage: „Wo war drüben?“

Begegnung mit der deutschen-deutschen Vergangenheit

**Themen:** DDR-Grenzregime, DDR-Geschichte und Friedliche Revolution  
**Methoden:** Jugendbegegnung, Exkursionen, Erstellung einer Foto-Dokumentation

Die Kreisvolkshochschule Altmarkkreis Salzwedel beteiligte sich mit einem Erkundungs- und Begegnungsprojekt für Schülerinnen und Schüler an der thematischen Schwerpunktsetzung des DVV zum Jahrestag der Friedlichen Revolution. Teilnehmer waren Jugendliche im Alter von 14-16 Jahren aus den alten und neuen Bundesländern, die sich an mehreren Wochenenden trafen, um gemeinsam die DDR als eine „Terra incognita“ zu entdecken und zu erforschen.

Das historisch-politische Bildungsprojekt der KVHS Salzwedel berücksichtigte im Arrangement des Seminars, dass die jugendlichen Adressaten über keine eigenen Erfahrungen und Eindrücke der Zeit deutscher Zweistaatlichkeit verfügten und dass die mittlerweile schon zwanzigjährige Wiedervereinigung beider deutscher Staaten nicht einfach zur Annäherung oder Angleichung von Ost und West führte, wie in der optimistischen und geradezu enthusiastischen Zeit des Umbruchs von 1989/90 angenommen wurde. Gerade in Bezug auf die jeweilige Vergangenheit von Ost- und Westdeutschen halten sich oft stark typisierende Geschichtsbilder, die die Sicht auf die historische Realität der deutschen Nachkriegsgegenwart durch Wahrnehmungsklischees prägen.

Den teilnehmenden Jugendlichen wurde mit dem Projekt ermöglicht, sich ein eigenes Bild von dem „Drüben“ zu machen und durch den Kontakt und die Auseinandersetzung mit Gleichaltrigen aus dem jeweils anderen Teil Deutschlands Gemeinsamkeiten und Trennendes zu entdecken. Das Seminarkonzept der KVHS Salzwedel war dabei so gestaltet, dass der aktive Lernhabitus der Teilnehmenden



gefördert wurde: Die Jugendlichen sollten sich durch die Auseinandersetzung und Konfrontation mit historischen Orten wichtige Teilaspekte des Themenkomplexes DDR kennen lernen und diese im Kontext der deutschen Nachkriegsgeschichte verorten.

Dies geschah mittels Exkursionen zu Orten der Landschaftszerstörung im damaligen Grenzrevier, besucht und besichtigt wurden „geschliffene Ortschaften“, ehemalige Grenzübergangsstellen und Kontrollpunkte der 5-Kilometer-Zone und Relikte der Auswirkung des DDR-Grenzregimes, wie z.B. Bahnhöfe, die nach Errichtung des „Eisernen Vorhangs“ von der Außenwelt abgeschlossen waren. Die verschiedenen Lernorte vermittelten vor allem sinnliche und visuelle Eindrücke der längst vergangenen Teilung Deutschlands und eröffneten den Jugendlichen so einen teilnehmerfreundlichen und „weichen“ Zugang zur jüngsten Geschichte. Aus der Vielzahl der so gewonnenen Eindrücke wählten die jungen Menschen diejenigen aus, die ihnen am aussagekräftigsten in Hinblick auf die Charakterisierung des „Drüben“ erschienen, um sie für die Dokumentation des Seminars festzuhalten. Die ausgewählten Relikte der Zeit der deutschen Teilung wurden fotografiert und mithilfe einer Zeitschiene in den Zusammenhang der Entwicklung



beider deutscher Staaten gestellt. Produkt der historisch-politischen Bildungsveranstaltung war eine Fotodokumentation samt Beschreibung der historischen Exponate, die fortan im Unterricht und in der außerschulischen Bildung genutzt werden kann.

Die ergebnis- und erlebnisorientierte Bildungsarbeit mit den Jugendlichen beiderseits der Grenze zwischen alten und neuen Bundesländern wurde ergänzt durch Gruppenarbeit und das Erleben von Gemeinschaft an den Seminarwochenenden. In Gesprächsrunden, Diskussionen und der Arbeit mit zeitdokumentarischen Medien wie Filmen wurde den Teilnehmenden ein Überblick der DDR-Geschichte vermittelt. Wichtiger Schwerpunkt waren dabei die Entwicklungen, die in den Wendejahren zur Demokratisierung des Arbeiter- und Bauernstaates und schließlich zur Wiedervereinigung Deutschlands führten.

Die gemeinsame Beschäftigung mit der trennenden Vergangenheit im VHS-Seminar hatte bereits nach kurzer Zeit das Resultat, dass Ost-West-Wahrnehmungstereotype der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Sachsen-Anhalt und Niedersachsen überwunden wurden. Sie regten gemeinsam an, auch über das Seminar hinaus weiter zusammenzu-

arbeiten. Dank der Unterstützung der Lehrerschaft beider Schülergruppen soll es im Jahr 2010 zu einer Fortsetzung der Zusammenarbeit in Verbindung mit dem Schulunterricht kommen.

Dr. Herbert Teichert  
 KVHS Salzwedel  
 Karl-Marx-Str. 15  
 29410 Salzwedel  
 Tel.: 03901/422031  
 Fax: 03901/35084  
 E-Mail: [vhs.salzwedel@t-online.de](mailto:vhs.salzwedel@t-online.de)  
 Website: [www.vhs-salzwedel.de](http://www.vhs-salzwedel.de)

*Die Veranstaltung wurde aus Mitteln der Stiftung Aufarbeitung gefördert.*



VHS Schaumburg

## Die Friedliche Revolution am Beispiel der Hauptstadt

Vom Schaumburger Land nach Berlin

**Themen:** Geschichte und Alltag in DDR und Bundesrepublik, Wiedervereinigung

**Methoden:** Berlin-Fahrt, Museumsbesuche, Zeitzeugengespräche

Die VHS Schaumburg – eine Einrichtung des Landkreises Schaumburg im mittleren Niedersachsen – beteiligte sich 2009 an der Veranstaltungsreihe des DVV zum Jahrestag der Friedlichen Revolution und der Öffnung der innerdeutschen Grenze. Geographischer wie inhaltlicher Schwerpunkt des Bildungsangebots war dabei Berlin. Dies hatte zwei Gründe.

Zum einen ist die Hauptstadt Berlin ein wichtiges Symbol des Kalten Krieges, des gesellschaftlichen Um- und Aufbruchs zu Zeiten der friedlichen Revolution und des wiedervereinigten Deutschlands. Die Berliner Stadtgeschichte vereint viele wichtige Stationen und Momente der deutschen Teilung und Vereinigung. Ein Synonym für die zentrale Bedeutung Berlins als Brennpunkt der Geschichte der deutschen Teilung und des Kalten Krieges ist dabei die Berliner Mauer. An ihr, ihrem Bau, ihrem fast dreißigjährigen Bestand und ihrem Fall am 9. November 1989 lassen sich Phasen der deutschen und europäischen Zeitgeschichte festmachen. Sie ist dabei gleichzeitig ein Beispiel für den repressiven Umgang der DDR-Führung mit ihrer Bevölkerung. Die Opfer der Berliner Mauer, Menschen die getötet, verletzt und verhaftet wurden, sind Beispiel und Mahnung für die unmenschlichen Folgen des realen Sozialismus.

Zum anderen ist Berlin aufgrund seiner historischen Bedeutung ein wichtiger Lernort für das Erfahren und Nachvollziehen der jüngeren deutschen Geschichte. Auch wenn es in Berlin nur noch wenige Überreste der Berliner Mauer gibt – der Verlauf der Grenze zwischen Ost und West wird heute an vielen Stellen durch eine in den Straßenbelag ein-



gelassene Doppelreihe Kopfsteinpflaster markiert –, bietet das heutige Berlin immer noch überdurchschnittlich viele authentische Orte zur Geschichte der ehemaligen Frontstadt. Ergänzt wird dies durch eine erhöhte Präsenz an Museen, Gedenkstätten und anderweitigen als Lernorte für die historisch-politische Bildung geeigneten Institutionen.

### Lernen vor Ort

Die Veranstaltung der VHS Schaumburg war ein Angebot, die Geschichte der beiden deutschen Staaten am authentischen Ort zu erfahren, nachzuvollziehen und zu analysieren. Zielgruppe und Teilnehmer der Exkursion vom 11. bis 14. Februar 2009 nach Berlin waren junge Erwachsene, die ihren Schulabschluss nachmachen - also eine Zielgruppe, die besonderer Förderung und Weiterbildungsmaßnahmen bedarf. Eine solche Orientierung wird auch im Leitbild der niedersächsischen VHS festgehalten: „Die Angebote der VHS orientieren sich an den Bedürfnissen und Interessen der Kunden und berücksichtigen zugleich die Anforderungen und Erwartungen, die aus der gesellschaftlichen Entwicklung resultieren. Das Spektrum der Aktivitäten reicht von der individuellen Beratung über das Angebot von Kursen, Seminaren und Lehrgängen bis zur gezielten Förderung ganzer Einrichtungen.“



Die angebotene Bildungsreise nach Berlin sollte den jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf anschauliche Art und Weise die Bedeutung der Geschichte der deutschen Zweistaatlichkeit nahe bringen. Mittels partizipativer und erlebnisorientierter Lernmethoden sollte ihnen historisch-politisches Wissen und Hilfestellung bei der Orientierung in politischen Grundsatzfragen vermittelt werden. Die jungen Frauen und Männer sollten gleichberechtigt vor Ort lernen, was Ursache und Wirkung der Teilung Deutschlands war. Sie sollten:

- verstehen, dass/warum es zwei deutsche Staaten gab;
- Unterschiede entdecken und verstehen im Blick auf die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation und das Alltagsleben;
- verstehen, was zur Wiedervereinigung führte;
- die Wiedervereinigung in der Rückschau beurteilen und bewerten können.

Das hierfür notwendige Wissen sollten sie über alltagsgeschichtliche und biographische Zugänge und Exkursionen zu historischen Lernorten erarbeiten. Das so im Aneignungs- und Auseinandersetzungsprozess mit den geschichtspolitischen „Quellen“

gewonnene Wissen wurde in Gruppenarbeit theoretisch reflektiert und in Form einer Tagungsdokumentation festgehalten.

### Die Entwicklung Berlins zu Zeiten des Ost-West-Gegensatzes

Einen Einstieg in die Stadtgeschichte Berlins, die in komprimierter Form und auf vergleichsweise engem geographischem Raum die allgemeine Entwicklung der beiden deutschen Staaten wiedergibt, wurde durch den Besuch des privaten Museums „Story of Berlin“ ermöglicht. Das Museum im Zentrum der Stadt bietet mit seinen über zwanzig Themenräumen, die mit moderner Multimediatechnik und begehbaren Kulissen ausgestattet sind, eine spannende Reise durch die Geschichte der Hauptstadt. Zur Ausstellung des Museums gehört ein vollständig erhaltener Atomschutzbunker unter dem Kurfürstendamm, der heute noch funktionsfähig ist und im Ernstfall rund dreieinhalbtausend Menschen Schutz bietet. Des Weiteren vermittelt das Museum einen lebendigen und im Wortsinne fassbaren Eindruck Berlins in der Zeit des Eisernen Vorhangs. Verschiedene Exponate und interaktive Installationen beleuchten die Entwicklung im Ost- und Westteil der Stadt.

Das Leben der Menschen im realen Sozialismus ist Thema des „DDR-Museums“. In dem außergewöhnlichen, ebenfalls privat getragenen, und (laut Selbstangabe) meistbesuchten Museum der deutschen Hauptstadt dreht sich alles um den Alltag der ostdeutschen Bevölkerung. Damit ist das DDR-Museum eine der wenigen Einrichtungen, die den Focus der Aufarbeitung nicht nur auf die Repression durch die Stasi richten, sondern einen umfassenden Blick auf die gesellschaftliche Wirklichkeit der Deutschen Demokratischen Republik ermöglichen. Dabei geht es, wie die Betreiber des Museum betonen, um das Aufwerfen und Beantworten folgender Fragen:

- Wie hat sich das Leben drüben vom Leben im Westen unterschieden?
- Wie hat der SED-Staat das Leben der Menschen beeinflusst?
- Wo war die Diktatur im Alltag spürbar? Was sind die so oft aufgezählten positiven Errungenschaften der DDR – und sind sie wirklich so positiv?

- Haben die Bilder und Eindrücke aus Filmen und Anekdoten ihre Richtigkeit oder sind sie grundfalsch?

Der Schlüsselbegriff „Alltag“ stand dabei nicht nur für die betrachtete Alltagskultur im realen Sozialismus, sondern auch für das besondere methodische Arrangement des Schaumburger VHS-Seminars. Die Adressaten der Bildungsveranstaltung sollten nicht durch Theorielastigkeit eines nur auf Wissensvermittlung ausgerichteten Bildungsangebots abgeschreckt werden, und der Lernprozess des Projekts sollte nicht einseitig von der Seminarleitung ausgehen. Der veranstaltenden VHS ging es darum, dass sich die Jugendlichen und jungen Erwachsenen selbst aktiv in den Lernprozessen einbringen und diesen mitgestalten. Die Teilnehmenden sollten zu Alltagsexperten werden, die über Auswirkungen der politischen Dimension auf die Ebene des privaten Lebens im Arbeiter- und Bauernstaat Auskunft geben können.

### Repression in der DDR

Die Teilnehmer der Exkursion nach Berlin konnten sich also ein eigenes Bild von der sozialistischen Vergangenheit machen und das alltägliche Leben in der Diktatur nachvollziehen. Neben Museen und historischen Erinnerungsorten war vor allem die Gedenkstätte Hohenschönhausen eine wichtige Lernstation des Stadterkundungsseminars. Die ehemalige Haftanstalt Hohenschönhausen und heutige Gedenkstätte der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU) am Rande Berlins ist Symbol der politischen Verfolgung und Unterdrückung in der DDR. Die Führungen durch ehemalige Häftlinge machten den Besuch besonders eindringlich, da für die Jugendlichen so nicht nur der Bezug zum Ort der Geschichte, sondern auch zu den Menschen, die hier viele Jahre ihr Leben fristen mussten, hergestellt wurde.

Die ehemalige Haftanstalt ist also im doppelten Sinne ein außergewöhnlicher und prominenter Lernort oder wie die Stiftung, die die Gedenkstätte betreibt und betreut, festhält: „Wie kaum ein anderer Ort spiegelt das Gelände die Geschichte politischer Verfolgung während der jahrzehntelangen kommunistischen Diktatur in Ostdeutschland: Gleich nach dem Zweiten Weltkrieg wurde hier ein sowjetisches Speziallager eingerichtet, in dem



Hunderte Gefangene ums Leben kamen. Danach baute die sowjetische Geheimpolizei ein Kellergewandnis, das als zentrale Untersuchungshaftanstalt diente - das so genannte U-Boot. Schließlich übernahm das Ministerium für Staatssicherheit der DDR das Gefängnis und nutzte es bis 1990 als zentrale Untersuchungshaftanstalt.“

Die Gedenkstätte Hohenschönhausen ist mithin ein Ort, an dem der zunehmenden Unwissenheit über die diktatorischen Züge des Arbeiter- und Bauernstaates entgegengewirkt wird. Die junge Generation, die das kommunistische System in Ostdeutschland nur vom Hörensagen kennt, hat hier die Möglichkeit, sich mit allen Sinnen und auf anschauliche Art mit der Geschichte der Unterdrückung in der DDR zu befassen. Von dieser Möglichkeit machten die teilnehmenden jungen Erwachsenen Gebrauch - eine Beschäftigung, die u.a. zu dem Wunsch des Teilnehmerkreises führte, die Auseinandersetzung mit dem Thema zu vertiefen. Eine weitere Bildungsreise nach Berlin ist in Planung.

Liesel Sachteleben  
VHS Schaumburg  
Jahnstraße 21A  
31655 Stadthagen  
Tel.: 05721/787115  
Fax: 05721/787199  
E-Mail: [sachteleben@vhs-schaumburg.de](mailto:sachteleben@vhs-schaumburg.de)  
Website: [www.vhs-schaumburg.de](http://www.vhs-schaumburg.de)

*Die Veranstaltung wurde aus Mitteln des KJP gefördert.*



## Feindschaft und Feindbilder im Kalten Krieg

### Vier Projekte zum Thema Herrschaft und Repression

**Themen:** Kalter Krieg, Unterdrückung in der DDR, Alltag in der DDR

**Methoden:** Exkursion, Zeitzeugengespräch, Filmherstellung, Schreibwerkstatt

Die ideologischen Wechselwirkungen zwischen beiden deutschen Staaten und Gesellschaften waren Anknüpfungspunkt für die historisch-politischen Bildungsveranstaltungen, die die Volkshochschule Spandau im Kontext des bundesweiten Veranstaltungsschwerpunkts des DVV zum Jahrestag der Friedlichen Revolution veranstaltete. In insgesamt vier Projekten unter dem Titel „Feindbilder“ thematisierte die Spandauer VHS die ideologische Ebene der Blockkonfrontation des Kalten Krieges und der politischen Herrschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Damit wurde berücksichtigt, dass sich die Geschichte der DDR keinesfalls solitär vollzog, sondern eingeordnet war in die Entwicklung des kommunistischen Ostblocks und des ihm entgegen gesetzten westlichen Lagers. Die „Feindbilder“ des realen Sozialismus erlaubten als Schwerpunkt einer Auseinandersetzung mit der Gesellschafts- und Herrschaftsgeschichte der DDR aber auch einen teilnehmerorientierten Zugang zum Thema – es wurde z.B. kein umfangreiches Wissen über die Zeit der deutschen Teilung vorausgesetzt – und charakterisierten gleichzeitig mit „Herrschaft und Repression“ wesentliche Merkmale des SED-Staates.

Feindbilder waren Kommunikationsangebote der DDR-Führung an die Bevölkerung, sie sollten die Menschen auf Linie bringen, die Feindschaft gegenüber dem westlichen Lager begründen, untermauern und festigen. Sie waren Ausdruck des politischen Willens der SED-Führung, der in der Bevölkerung für Zustimmung zu den politischen Entscheidungen und Maßnahmen des Arbeiter- und Bauernstaates werben wollte. Nach dieser Lesart war z.B. der Bau der Berliner Mauer ein selbstloser Akt, um die DDR-Bevölkerung vor feindlichen



westlichen Einflüssen und Übergriffen zu schützen – eine Legitimation der Grenzbefestigung, die in dem euphemistischen Sprachdenkmal vom „antifaschistischen Schutzwall“ ihren Höhepunkt erreichte.

Feindbilder als thematischer Zugang beleuchteten aber auch den global-politischen Kontext des Themenkomplex „DDR“. Der Ost-West-Gegensatzes spiegelte sich in der Beschreibung der „Anderen“ und in der Beurteilung der Eigengruppe wieder: Die monolithischen Feindbilder, die von der DDR-Obrigkeit gezeichnet und verbreitet wurden, waren durch das bipolare Schema der Zuschreibungen positiv und negativ bestimmt, was dazu führte, dass inhaltlich gleiche Handlungen des (Klassen-) Feindes und der eigenen Gruppe verschieden interpretiert und bewertet wurden. So wurde z.B. die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik (1956) als Ausdruck des „imperialistischen Charakters“ der „US-amerikanischen Kolonie BRD“ gewertet – eine „Mobilisierung der alten Wehrmacht“, gegen die sich die DDR nur mit einer eigenen Armee von Wehrpflichtigen „verteidigen“ konnte.

Die Auseinandersetzung mit politischen Feindbildern und Stereotypen ist aber auch jenseits der deutschen Zeitgeschichte ein integraler Bestandteil der politischen Bildung, wie sie heute an Volkshochschulen betrieben wird. Aus der Volkshochschularbeit ist z.B. das „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“ von PD Dr. Klaus-Peter

Hufer (KVHS Viersen) hervorgegangen, das sich als ein Erfolgsmodell in der politischen Bildungsszene etabliert hat. An solche Ansätze knüpfte die Spandauer VHS mit ihren Bildungsprojekten an: Veranstaltet wurden zwei Exkursionen nach Berlin – Teilnehmer waren Jugendliche im Alter von 15 bis 17 Jahren aus Lübeck und Magdeburg –, eine Schreibwerkstatt mit 16- bis 18jährigen Schülerinnen und Schülern aus Spandau und ein Filmprojekt mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus verschiedenen Freizeiteinrichtungen der Stadt.

### Exkursionen zu Orten der deutsch-deutschen Geschichte

Die Exkursion mit den Schülerinnen und Schülern eines Lübecker Gymnasiums war darauf ausgelegt, den Teilnehmern zunächst einen Überblick über die wichtigsten Plätze der ehemals geteilten Stadt zu verschaffen und ihnen so die Vergangenheit der deutschen Teilung anschaulich zu machen. Besucht wurden authentische Schauplätze der deutschen Teilungsgeschichte, u.a. der Flughafen Tempelhof, das Schöneberger Rathaus, das Brandenburger Tor, der Alexanderplatz und die Bernauer Straße. Die Jugendlichen hatten so die Gelegenheit, die Geschichte deutscher Zweistaatlichkeit an historischen Orten zu erfahren und nachzuvollziehen. Dabei gelang es, über die Anmutung der Lern- und Gedenkorte mit historischem Bezug die Teilnehmenden für die Nachkriegsgeschichte der beiden deutschen Staaten zu interessieren, was sich in der ergänzenden Gruppenarbeit, bei der Vorführung verschiedener Filme zum Thema und der Diskussion der Erfahrungen und Eindrücke niederschlug.

Höhepunkt der Berlin-Exkursion war der Besuch der Gedenkstätte Hohenschönhausen der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU), in der man sich nach einer geführten Besichtigung mit Zeitzeugen zum Gespräch traf. Themen waren die Kontrolle, Bespitzelung und Repression durch die Staatssicherheit, was neben den Lernorten zur innerberliner Grenze in Form der Mauer ein eindrückliches Bild der DDR als umfassender Kontroll- und Überwachungsstaat zeichnete. In einem Bericht der VHS Spandau zur Berlin-Exkursion mit den Jugendlichen heißt es dazu: „Das eindrücklichste Erlebnis für alle Schüler war das Zeitzeugengespräch in Hohenschönhausen, wo ... das Geschehen und die unfassbare Ungerech-

tigkeit ein Gesicht bekam. Der Zeitzeuge schilderte seine Jugend, seine Inhaftierung und Haftzeit sowie das Leben nach 1989 und seinen Umgang mit diesem persönlichen Schicksal. Dies vermittelt er so glaubhaft, dass einige Schülerinnen sich sehr betroffen mit den Worten bedankten 'hätten sie uns das jetzt nicht erzählt, an diesem Ort, wir würden das nicht glauben ... und wir müssen sehr dankbar sein, dass wir so viel Freiheit in Deutschland haben'.“

Dies war eine Erfahrung, die in ähnlicher Art und Weise auch von den Schülerinnen und Schülern eines Magdeburgers Gymnasium bei ihrer Exkursion gemacht wurde. Auch diese besuchten neben anderen geschichtsträchtigen Orten der Hauptstadt die Gedenkstätte Hohenschönhausen und waren gleichermaßen betroffen von den dort präsentierten Haftbedingungen und den Berichten, die ehemalige Inhaftierte gaben. Im Anschluss an die Besichtigung traf sich die Gruppe im ehemaligen Jugendtheater der DDR, „Theater an der Parkaue“, mit Verantwortlichen aus der Zeit der DDR-Theaterarbeit, mit einem Schauspieler und einem Dramaturgen. Die Positionen, die hier zur Sprache kamen, waren äußerst kontrovers und stützten sich auf biografische Erfahrungen und die Thematisierung des DDR-Alltags, die dem Bild der DDR als bloßes Unterdrückungsinstrument entgegengehalten wurden. Auch wenn die Debatte aus Zeitgründen nicht beendet werden konnte, gelang es doch, durch die Einbeziehung von subjektiven Eindrücken



und Alltagserfahrungen ein facettenreiches Bild der DDR zu zeichnen und durch die verschiedenen Perspektiven und Ebenen des Themenbereichs zur Enttypisierung von einseitigen und verfälschenden Geschichtsbildern entgegenzuwirken.

### Kreative Auseinandersetzung mit Feinbildern der DDR

Eine andere Herangehensweise an das Thema Feinbilder in der DDR wurde mit der Schreibwerkstatt und dem Filmprojekt gewählt. Hier stand die Auseinandersetzung mit den politischen Inhalten unter dem Vorzeichen der produktorientierten und kreativen Umsetzung. In dem Filmprojekt hatten Jugendliche und junge Erwachsene die Möglichkeit, sich mit filmischen Mitteln mit der DDR und ihren Feindbildern auseinanderzusetzen. Dabei wurden sowohl die notwendigen Fertigkeiten für Interviews vor der Kamera vermittelt als auch die Auseinandersetzung mit Zeitzeugen ermöglicht. Die Zeitzeugeninterviews sind Gegenstand einer siebzehnminütigen Dokumentation, die als Produkt der Filmwerkstatt entstand.

Aufgabenstellung der Schreibwerkstatt „Mauer im Kopf“, die mit Teilnehmern des Leistungskurses Geschichte/Sozialkunde eines Spandauer Gymnasiums durchgeführt wurde, war es, nach Sichtung und Auswertung einschlägiger Quellen, einen Text aus Sicht eines Ministers eines imaginären Staates zu verfassen. Dieser sollte in einer Presseerklärung rechtfertigen, warum sein Land, die „Demokratische Positanische Republik“, die Grenzen schließt und die Freizügigkeit der Menschen beschränkt. Ziel dieser Herangehensweise war es, den Jugendlichen ein Gefühl dafür zu vermitteln, wie damals beim Mauerbau alle Argumentationen der SED-Führung im Dienst des in Moskau beschlossenen Programms – der Errichtung des Eisernen Vorhangs – standen. Die historische Wirklichkeit des Vorgangs sollte dabei Grundlage für die Erarbeitung einer fiktiven Presseerklärung sein.

Doris Blank  
VHS Spandau  
Reformationsplatz 2  
13597 Berlin  
Tel.: 030/902795012  
Fax: 030/902795001  
E-Mail: [d.blank@vhs-spandau.de](mailto:d.blank@vhs-spandau.de)  
Website: [www.vhs-spandau.de](http://www.vhs-spandau.de)

*Die Veranstaltung wurde aus Mitteln der Stiftung Aufarbeitung gefördert.*

Der entstandene Film „Feindbilder“ mit Zeitzeugeninterviews unter [www.politischejugendbildung.de](http://www.politischejugendbildung.de)





VHS Suhl

## „Als Zaun und Minen Menschen trennten“

Die Jugend der Partnerstädte Suhl und Würzburg trifft sich zum Ost-West-Dialog

**Themen:** Grenze zwischen BRD und DDR und ihr Alltag, Friedliche Revolution und Opposition in der DDR

**Methoden:** Jugendbegegnung, Exkursion, Zeitzeugengespräche, Passantenbefragungen

Auch zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten herrscht vielerorts noch eine Distanz, manchmal sogar Fremdheit zwischen Ost- und Westdeutschen. Gerade Menschen, die nicht schon zu Zeiten der deutschen Teilung über Kontakte, z.B. familiäre oder freundschaftliche Bindungen, in den jeweils anderen Teil Deutschlands verfügten, leben heute getrennt vereint in der gemeinsamen Republik: Die „Mauer in den Köpfen“ nährt sich nach wie vor aus wechselseitigem Desinteresse und gegenseitigen Wahrnehmungsklischees. Diese noch nicht vollendete „inne-

re Einheit“ der Bundesrepublik war Ansatzpunkt der Bildungsveranstaltung der Volkshochschule Suhl im Rahmen der bundesweiten Schwerpunktsetzung des DVV zum 20. Jahrestag der Friedlichen Revolution und des Mauerfalls.

Das Bildungsangebot der VHS richtete sich grenzübergreifend an Schülerinnen und Schüler der Partnerstädte Suhl (Thüringen) und Würzburg (Bayern); den ost- und westdeutschen Jugendlichen wurde so die Möglichkeit eröffnet, gemeinsam das Gebiet der ehemaligen Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR zu erkunden und so Gemeinsames in der Geschichte des Trennenden zu erfahren. Der zeitliche Rahmen des Bildungsseminars, angesetzt war es als dreitägiges Seminar bei gemeinsamer Unterbringung und Verpflegung, sollte den Jugendlichen aus den neuen und alten Bundesländern außerdem die Gelegenheit bieten, sich alltags- und lebensweltlich zu begegnen, kennen zu lernen und in einen gemeinsamen Dialog zu treten.

Das Projekt „Als Zaun und Minen Menschen trennten“ war ein niedrigschwelliges Bildungsangebot, das sich an Jugendliche richtete, die die Zeit der Teilung Deutschlands nicht aus eigenem Erleben kennen und die sich im Prozess der Geschichte von

der deutschen Zweistaatlichkeit bis hin zur Wiedervereinigung nur ansatzweise – egal ob dank Erzählungen der älteren Generation oder bisherigem Schulunterricht – auskennen. Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus dem Osten und Westen Deutschlands wurde es durch das Projekt der VHS Suhl ermöglicht, sich auf eine erlebnisorientierte Art und Weise mit der ehemaligen Grenze, ihrem Verlauf, den gesellschaftlichen und politischen Konsequenzen und ihrer Überwindung im Herbst 1989 zu befassen. Im Vordergrund stand dabei, dass die Jugendlichen einen direkten Bezug zu der Geschichte der Grenzregion und ihren historischen Ursachen, dem realsozialistischen System der DDR, dem Kalten Krieg der beiden weltpolitischen Blöcke, erhalten sollten. Dies wurde durch betont anschauliche und gruppenspezifische Methoden der Wissensvermittlung umgesetzt: Neben Exkursionen zu Lern- und Gedenkortorten der ehemaligen innerdeutschen Grenze, Gesprächen und Diskussionen mit Zeitzeugen und direktem Kontakt zu der Bevölkerung beiderseits des ehemaligen Eisernen Vorhangs stand auch das Erleben von Gemeinschaft auf der Tagesordnung.

Ort der Begegnung, der Erfahrung und des Austausches war die Akademie Frankenwarte in Würzburg. Die Jugendlichen konnten sich dort im März 2009 intensiv mit dem Grenzregime der DDR befassen. Gesichtspunkte der Auseinandersetzung waren neben regional-räumlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen der hochgerüsteten Grenz-

anlagen der DDR auch lokale Ereignisse und Vorgänge in Suhl und Umgebung, die dem Gesamtprozess der Friedlichen Revolution zuzuordnen sind. Die Jugendlichen erhielten so die Möglichkeit, sich durch das Erfahren einzelner Geschichts-Stationen einen Begriff von der Entwicklung zu machen, die mitten im autoritären SED-Regime zur Herausbildung einer Oppositions- und Bürgerrechtsbewegung führte und die die Allein- bzw. Vorherrschaft der SED beendete, indem die Opposition wichtige demokratische Änderungen herbeiführte und letztlich die Öffnung der Grenze erwirkte – und so einen maßgeblichen Beitrag zur Wiedervereinigung Deutschlands im Jahre 1990 leistete.

### Die deutsch-deutsche Grenze: Demarkationslinie der Systeme

Die noch sichtbaren Relikte der DDR-Grenzanlagen verdeutlichen anschaulich, dass es sich bei dieser Grenze um keine normale Trennlinie zwischen zwei Staatsgebieten handelte. Dies konnten die teilnehmenden jungen Menschen nicht nur vor Ort anhand der baulichen Überbleibsel erfahren, sondern auch in Gesprächen mit Menschen, die die technisch hochgerüstete und fast unüberwindbare Grenze aus eigenem Erleben kannten. Die Jugendlichen erfuhren das Ausmaß der Einschränkungen, die den Menschen in der DDR auferlegt wurden: Entlang dem innerdeutschen Grenzverlauf bestand seit 1954 offiziell ein „Sperrgebiet“, das sich aus einem zehn Meter breiten „Kontrollstreifen“, dem





so genannten „Todesstreifen“, einem 500 Meter breiten Schutzstreifen, einem mit Stacheldraht gesicherten Gebiet, das vollständig von Gebäuden und unübersichtlicher Vegetation geräumt wurde, und einer fünf Kilometer ins Landesinnere der DDR reichenden Sperrzone, die nur mit Genehmigung der DDR-Grenztruppen betreten werden durfte, zusammensetzte.

Die Bewegungsfreiheit der Menschen in der Grenzregion Ost unterlag damit dem Diktat der Behörden, die mit der Grenzsicherung betraut waren. Neben den Grenztruppen, die zunächst als paramilitärische Polizeieinheit, dann als Teil der nationalen Volksarmee und später, ab 1973 als formal selbstständige Organisation Dienst an der Zonengrenze leisteten, waren dies insbesondere Angehörige des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), die die nachrichtendienstliche „Aufklärung“ und „Überwachung“ der Grenzregion sicherstellten. In den Fokus der Grenzer und ihrer geheimdienstlichen Zuarbeiter gerieten nicht nur die als feindlich bestimmten Kräfte des Westens, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr- bzw. NATO-Truppen, sondern auch und besonders die eigene Bevölkerung.

Bevölkerungsteile der Grenzregion, die als „unzuverlässig“ galten, wurden zwangsweise umgesiedelt, ganze Dörfer und Höfe nahe der Grenze geräumt und durch das „Schleifen“ dem Erdboden gleichgemacht. Aber auch jeglicher Personenverkehr in der Grenzregion unterlag der Kontrolle der mit der Überwachung betrauten Polizei und Geheimdienste: Personen, die ohne gültigen Passierschein im Sperrgebiet angetroffen oder aufgespürt wurden, machten sich des Versuchs

der Republikflucht strafbar und wurden verhaftet oder beim Fluchtversuch durch Grenzer, Minen und Selbstschussanlagen verletzt bzw. getötet. Durch diese umfassende Grenzüberwachung und Kontrolle, aber auch durch die abschreckende Wirkung der Anordnung zum Schusswaffengebrauch gelang es den Staatsorganen, einen Großteil der „Grenzverletzer“ schon vor Erreichen der eigentlichen Grenze zu verhaften und ein Grenzregime mit zugleich er- und abschreckender Wirkung zu installieren.

Dies erfuhren die teilnehmenden Jugendlichen bei ihrem Besuch im „Museum für Grenzgänger“ in Bad Königshofen – neben der Besichtigung authentischer Teile der DDR-Grenzanlagen stand auch die Beschäftigung mit den für den Grenzübertritt notwendigen bürokratischen Formalien auf dem Programm. Die Schülerinnen und Schüler versetzten sich in Form eines Rollenspiels in die Lage derjenigen, die ihre Bekannten, Freunde und Verwandten im anderen Teil Deutschlands besuchen wollten, und konnten nachvollziehen, wie schwer den Menschen die Reise gemacht und wie oft sie wegen nicht zu erfüllender Formalien von Seiten der DDR verhindert wurde.

### Persönliches und Politisches

Persönliche Eindrücke wurden den Jugendlichen aber auch durch Zeitzeugengespräche und Exkursionen unter fachlicher Leitung eines ehemaligen Mitarbeiters des BGS vermittelt. Diese erweckten vor Ort im Grenzgebiet oder mittels Foto- und Videoaufnahmen ein Gefühl für Ausmaß und Umfang der DDR-Grenzanlagen und konnten zum Teil durch ganz persönliche Erlebnisse und Erinnerungen eine menschliche, empathische Verbindung der Jugendlichen zur Geschichte





und den Folgen der Teilung Deutschlands aufbauen. Dies war ein Ansatz, der auch bei andern Schwerpunkten des Seminars zum Tragen kam, z.B. in der Auseinandersetzung mit dem lokalen Ableger der Oppositionsbewegung im thüringischen Suhl sowie bei der Recherche zur Einstellung der Bevölkerung im Blick auf Grenze und Grenzöffnung. In beiden Fällen war der Kontakt mit Zeitzeugen das Mittel, das den Jugendlichen die Geschichte der Grenzregion zugänglich machte. Sie erfuhren durch ehemalige Aktive der Oppositionsbewegung, u.a. durch ein Mitglied des Neuen Forums in Suhl, von den beklemmenden gesellschaftlichen Bedingungen in der DDR, erhielten Einblicke in den demokratischen Aufbruch vor Ort und die Arbeit und Forderungen der Bürgerrechtsbewegung. Sie konnten sich dadurch ein eigenes Bild von der Gefahr machen, der sich die Akteure der oppositionellen Gruppierungen aussetzten, wenn sie sich für die Demokratie, Meinungs- und Reisefreiheit engagierten. Den jungen Menschen aus Thüringen und Bayern konnte so die Relevanz von politischem Engagement nahegelegt werden; sie lernten den Wert und die Wichtigkeit politischer Partizipation anhand der zeitgeschichtlichen Vorgänge kennen.

Sie erarbeiteten sich durch Passantenbefragungen und Zeitzeugeninterviews ein Stimmungsbild der Bevölkerung im ehemaligen Grenzgebiet. Schwerpunkt waren Fragen nach politischen, sozialen und kulturellen Hoffnungen und Ängsten, die die Menschen in der Grenzregion zu Zeiten des politischen Umbruchs und der Wiedervereinigung bewegten, Fragen nach der retrospektiven Bewertung der Ereignisse der friedlichen Revolution, nach dem Stand des mentalen Zusammenwachsens, des Kontakts und Dialogs von Ost und West in der wiedervereinigten Republik. Die so gesammelten

Eindrücke und Erfahrungen wurden in Arbeitsgruppen diskutiert und in einer Seminardokumentation festgehalten.

Das auf diese Weise erzeugte gemeinsame Erleben von wichtigen Stationen der deutsch-deutschen Geschichte wurde von sämtlichen Teilnehmern als fruchtbarer Ansatz betrachtet, den es fortzuführen gelte. Erfreulich auch in Zeiten, wo Ost immer wieder gegen West gestellt wird: Die Jugendlichen aus Thüringen und Bayern hatten keinerlei Berührungsängste und sie formulierten gemeinsam den Wunsch nach Fortführung des Seminars in Thüringen.

Dr. Margot Metzner  
Volkshochschule Suhl  
Ziegenbergweg 1  
98528 Suhl  
Tel.: 03681/743119  
Fax: 03681/743116  
E-Mail: [margot.metzner@vhs-suhl.de](mailto:margot.metzner@vhs-suhl.de)  
Website: [www.vhs-suhl.de](http://www.vhs-suhl.de)

*Das Projekt wurde aus Mitteln der Stiftung Aufarbeitung gefördert.*



# ANHANG





## Wir über uns



### Der Deutsche Volkshochschul-Verband

Der Deutsche Volkshochschul-Verband e.V. (DVV) ist der Dachverband der Volkshochschularbeit in Deutschland. Er wurde am 17. Juni 1953 in Berlin gegründet. Im DVV sind die 16 Volkshochschul-Landesverbände in der Bundesrepublik Deutschland mit rund 1.000 Volkshochschulen und mehr als 3.000 VHS-Außenstellen zusammengeschlossen. Die Landesverbände der fünf neuen Bundesländer traten dem Dachverband 1991 bei. Zweck des Verbandes ist es, die Bildungsarbeit in den Volkshochschulen zu fördern und die dafür notwendige Interessenvertretung auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene wahrzunehmen. Der DVV erfüllt diese Aufgaben insbesondere durch

- die Förderung der Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustausches der Mitglieder,
- die Entwicklung von Grundsätzen und Leitlinien für die Volkshochschularbeit,
- die Information der Öffentlichkeit über Aufgaben und Leistungen der Volkshochschulen,
- die Förderung der Qualität der pädagogischen Arbeit,
- die Planung und Durchführung von Veranstaltungen,
- die Förderung des globalen Lernens und der internationalen Zusammenarbeit.

Der DVV realisiert in Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Partnern Projekte zu didaktischen und weiterbildungspolitischen Fragen, etwa zur Integration und Migration, zu Alphabetisierung und Grundbildung, zur Ökologie und ländlichen Entwicklung, zur Geschlechtergerechtigkeit, zum interkulturellen und globalen Lernen. Er veröffentlicht Stellungnahmen, Materialien, Berichte; vierteljährlich gibt er *dis.kurs*, das Magazin des DVV, heraus.

Aus der Tradition internationaler Fachkontakte der Volkshochschulen ist das Institut für Internationale Zusammenarbeit des Deutsche Volkshochschul-Verbandes (*dvv international*) erwachsen, das heute

weltweit Projekte der Entwicklungszusammenarbeit im Feld der Erwachsenenbildung durchführt. Die Zentrale des Instituts hat einen gemeinsam Sitz mit der Bundesgeschäftsstelle des DVV in Bonn (siehe unten). Der DVV ist Mitglied des Trägervereins des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (siehe unten). Er ist Mehrheits-Gesellschafter des ebenfalls vom DVV gegründeten Adolf Grimme Instituts (siehe unten) und alleiniger Eigentümer der *telc GmbH*, der früheren Prüfungszentrale des DVV. Eine spezielle Einrichtung zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung im Volkshochschulbereich ist der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben, der vom Deutschen Gewerkschaftsbund und dem DVV gemeinsam getragen wird (siehe unten).

Präsidentin des DVV: Prof. Dr. Rita Süßmuth;  
Vorsitzender: Dr. Ernst-Dieter Rossmann, MdB;  
Stellvertretende Vorsitzende: Stadträtin Anne Janz und Prof. Dr. Klaus Meisel; Verbandsdirektor: Ulrich Aengenvoort. Die Bundesgeschäftsstelle hat ihren Sitz in Bonn: Obere Wilhelmstr. 32, 53225 Bonn, Tel. 0228/9756920, Fax 0228/9756930, E-Mail: [info@dvv-vhs.de](mailto:info@dvv-vhs.de), Netz: [www.dvv-vhs.de](http://www.dvv-vhs.de). Die Adressen der deutschen Volkshochschulen, der Landesverbände sowie der Partnerinstitutionen finden sich im Netz unter: [www.meine-vhs.de](http://www.meine-vhs.de).

### Zentralstelle Politische Jugendbildung

Der DVV ist Zentralstelle im Rahmen des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP), des wichtigsten Förderinstruments für die außerschulische (politische) Jugendbildung, das in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) fällt (siehe unter „Kooperationen in der politischen Bildung“). Aufgabe der Zentralstelle ist die Koordination und Verwaltung der an den Volkshochschulen durchgeführten politischen Jugendbildung, die aus dem KJP gefördert wird. Der DVV schließt mit den Volkshochschulen vor Ort als Letztempfängern der KJP-Mittel einen Kooperationsvertrag ab. Ein Teil der Mittel steht zur Verfügung, um zusammen mit der Zentralstelle Modellkonzepte zu entwickeln. Zusätzlich können Mittel über Einzelanträge an weitere Volkshochschulen vergeben werden.

Als Dachverband der Volkshochschulen verfügt der DVV über interne Informations- und Gremi-

enstrukturen, wodurch sich ein stabiler Rahmen für die Verständigung über Ziele und Profile der politischen Jugendbildung ergibt. Dazu gehört ein Arbeitskreis Politische Bildung, in dem sich die Landesfachreferentinnen und -referenten austauschen und die Ergebnisse ihrer Beratungen zu Konzepten, Zielen oder Programmen politischer Bildung als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in ihre Volkshochschulen weitergeben. Die Zentralstellenreferenten vermitteln den vor Ort verantwortlichen pädagogischen Fachkräften durch vorhandene Vernetzungsstrukturen sowie durch regelmäßige Arbeitstagen aktuelle Schwerpunkte und führen einen Konsens über Inhalte und Ziele herbei. Darüber hinaus haben sie die Aufgabe, für die VHS-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die jeweiligen Maßnahmen durchführen, entsprechende Kommunikations- und Vernetzungsstrukturen auf der technischen Plattform der Geschäftsstelle zu intensivieren, um den Fachaustausch zu verstetigen.

In der Zentralstelle sind drei Jugendbildungsreferenten beschäftigt. Sie sind für die Initiierung, inhaltliche Planung, Koordinierung, Verwaltung und zentrale Steuerung der an den Volkshochschulen stattfindenden Veranstaltungen zuständig. Sie gestalten diese Aufgabe orientiert an einer verstärkten Kommunikation und Vernetzung der örtlichen Einrichtungen sowie einer inhaltliche Schwerpunktsetzung innerhalb der politischen Jugendbildungsarbeit. Die Zentralstellenreferenten sind im Kontakt mit benachbarten Arbeitsfeldern und allgemeinen Aufgabenstellungen der Weiterbildung (z.B. E-Learning, Grundbildung und Alphabetisierung) sowie dvv international (IIZ/DVV), das im nationalen Rahmen einen besonderen Schwerpunkt auf entwicklungspolitisches und interkulturelles Lernen legt.

Ein wichtiges Arbeitsfeld sind ferner Entwicklung und Erprobung neuer Konzepte für die politische Jugendbildung. Diese Maßnahmen werden in enger Anlehnung an die Themenschwerpunkte des KJP geplant und im Rahmen eines Qualitätssicherungssystems evaluiert, das sich der Erarbeitung von Qualitätsstandards und dem Ausbau vorhandener Systeme widmet. In Kooperation mit den VHS-Landesverbänden entwickelt die Zentralstelle langfristig zertifizierte Fortbildungsreihen, die den VHS-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch den Mitarbeitenden anderer Träger eine Darstellung

ihrer erworbenen Qualifikationen ermöglichen und im Sinne einer zunehmenden Professionalisierung positiv auf die Programmqualität und Methodenkompetenz der politischen Jugendbildung wirken. Vielerorts wurde die „junge vhs“ als eigener Fachbereich oder eigenständige Abteilung der Volkshochschulen aufgebaut. In diesem Fachbereich sollen die Angebote der politischen Jugendbildung –speziell im Blick auf zunehmende rechtsextreme oder gewaltbereite Tendenzen und angesichts von Politikverdrossenheit oder -verweigerung bei Jugendlichen – weiter ausgebaut werden. Neben der Steuerung des KJP-Programms hat die Zentralstelle die Aufgabe, die Evaluation der bundesweit durchgeführten Maßnahmen zu intensivieren. Dazu gehören die Auswertung der Erfahrungen und die Reflexion von Einzelergebnissen hin zu verallgemeinerbaren Erkenntnissen, die eine Weiterentwicklung der Jugendhilfe anregen und innovative Konzepte hervorbringen können. Es werden regelmäßige Hospitationen der Veranstaltungen vor Ort durchgeführt und die Praxisreflexion der pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in gemeinsamen Arbeitstagen koordiniert. Ergebnisse der Beratungen wiederum werden allen Beteiligten durch gemeinsame Planungstagen zur Verfügung gestellt.

Die Zentralstelle betreut die Aufgaben der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, und zwar in Abstimmung mit dem Informations- und Publikationsreferat im dvv international und dem Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des DVV. Eine Publikation zur Darstellung der politischen Jugendbildung in Volkshochschulen legte die Zentralstelle 2006 unter dem Titel „Partizipation – Respekt – Demokratie – Integration“ vor, dem folgte 2008 die Vorstellung eines Modellprojektes aus den Bundesprogrammen „Xenos“ und „Soziale Stadt“ unter dem Titel „Bildungschancen – Lebenschancen – Chancen gegen rechts“. Für die konkrete Unterrichtspraxis wurden Handbücher zur interkulturellen Kompetenz für Jugendbildnerinnen und -bildner aber auch für sogenannte bildungsferne Jugendliche veröffentlicht. Zur Publikationspraxis der Zentralstelle gehören neben DVDs, die die politische Bildungsarbeit einzelner VHS darstellen auch das Medienzentrum [www.politischejugendbildung.de](http://www.politischejugendbildung.de) Hier wird in einem aktuellen Kalender ein Programmüberblick ermöglicht aber auch Veranstaltungsergebnisse und -dokumentationen veröffentlicht. Diese ermögli-

chen es sowohl Volkshochschulen als auch anderen Einrichtungen politischer Jugendbildung Methoden und Konzepte für ihre Bildungspraxis zu übertragen. Zu den Aufgaben der Zentralstellenreferenten gehört es zudem, sich über die Mitwirkung in der Jugendbildungsinitiative GEMINI (siehe unten) und der programmspezifischen Arbeitsgruppe des Jugendministeriums (BMFSFJ) am Erfahrungsaustausch wie dem Ergebnistransfer in den politischen Raum hinein zu beteiligen und den Austausch mit dem Ministerium zu vertiefen. So findet auch ein Einsatz für die Sicherung und Förderung der politischen Jugendbildung statt.

Kontakt zur Zentralstelle über: Sascha Rex, DVV, gleiche Adresse wie Geschäftsstelle des DVV.



## dvv international

Das Institut für Internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschul-Verbandes e.V. (IIZ/DVV) arbeitet national und international. Seit 40 Jahren kooperiert es mit staatlichen, zivilgesellschaftlichen und universitären Partnerorganisationen der Erwachsenenbildung in fast allen Teilen der Welt. In den Entwicklungs- und Transformationsländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und Europas bemüht es sich um die Etablierung und Stärkung einer Erwachsenenbildung, die die Situation der jeweiligen Partnerländer aufgreift, sich an fachlichen Kriterien orientiert und im Interesse der ärmsten Teile der Bevölkerung agiert. Mit Industrieländern pflegt es den Fachaustausch und zunehmend die Projektkooperation. Gemeinsam mit den regional und global wirkenden Fachverbänden der Erwachsenenbildung beteiligt es sich an der international notwendigen Informations- und Lobbyarbeit.

Die Leitlinien der Institutsarbeit betonen

- die orientierende und qualifizierende Funktion der Erwachsenenbildung als Bestandteil des lebenslangen Lernens,
- ihre emanzipatorische Bedeutung für die ge-

- gesellschaftliche und individuelle Entwicklung,
- die historische Bedingtheit und kulturelle Prägung ihrer Ziele, Inhalte, Formen und Methoden,
- die Solidarität mit den Entwicklungsbestrebungen der Menschen in den Partnerländern,
- die fachliche Qualität der Zielsetzung, die in einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit anzustreben ist.

Inhaltliche Schwerpunkte setzt das IIZ in seinem Engagement in der Grund-, Umwelt- und Demokratiebildung. Dabei zielt es besonders auf Armutsbekämpfung, Frauenförderung und Selbsthilfestärkung. Die Arbeits- und Berufsorientierung des Bildungsansatzes strebt Einkommensverbesserungen benachteiligter Bevölkerungsgruppen an, richtet sich auf die Integration der Menschen in Arbeitsprozesse und stärkt die Organisation in Kooperativen.

dvv international beschäftigt Personal in der Bonner Zentrale und als entsandte Projektleiter/-innen im Ausland, etwa 60 einheimische Kolleginnen und Kollegen wirken in den Projektbüros mit. Das IIZ hat seinen Sitz in der Geschäftsstelle des DVV in Bonn, Leiter ist Dr. Roland Schwartz. Tel. 0228/97569-0, Fax 0228/97569-55, E-Mail: info@dvv-international.de, Netz: www.dvv-international.de.



## Kooperationen in der politischen Bildung

Die VHS-Projekte zu 20 Jahren Friedliche Revolution, die diese Publikation vorstellt, wurden in Zusammenarbeit mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur vorbereitet und durchgeführt, wobei die Stiftung sowohl materielle wie ideale Unterstützung leistete. Wichtigster Kooperationspartner bei der Förderung der politischen Jugendbildung im Deutschen Volkshochschul-Verband (DVV) ist das Bundesjugendministerium mit seinem Kinder- und Jugendplan des Bundes. Daneben sind die Volkshochschulen in die bundesweiten Kooperationsstrukturen eingebunden, die sich für die Belange der politischen Bildung einsetzen, die weitere Professionalisierung unterstützen und die außerschulische Bildungspraxis koordinieren. Hier ein Überblick:

### BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG

#### Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ist eine bundesunmittelbare Stiftung öffentlichen Rechts, die 1998 ins Leben gerufen wurde. Der Deutsche Bundestag folgte damit den Empfehlungen der vom ihm 1992 und 1995 eingesetzten Enquete-Kommissionen, die sich der Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland widmeten und damit der Errichtung einer Bundesstiftung den Weg ebneten. An der Spitze der Stiftung steht der auf fünf Jahre gewählte Stiftungsrat, dem Vertreter des Bundestages, der Bundesregierung, des Landes Berlin sowie Personen angehören, die sich in Fragen der historisch-politischen Aufarbeitung besonders engagieren. Vorsitzender des Gremiums ist Markus Meckel, MdB. Der Stiftungsrat beschließt über alle Fragen von grundsätzlicher Bedeutung, die zum Aufgabenbereich der Stiftung gehören, und kontrolliert die Tätigkeit des Vorstandes. Der ehrenamtlich tätige Vorstand führt die Geschäfte der Stiftung; Vorsitzender ist Rainer Eppelmann. Drei Fachbeiräte unterstützen Vorstand und Rat in ihrer Arbeit.

Die Stiftung will sich für eine lebendige und pluralistische Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur und ihren Folgewirkungen für das vereinigte Deutschland einsetzen. Sie versteht sich als Ansprechpartnerin und Mittlerin zwischen gesellschaftlicher Aufarbeitung, Wissenschaft, Politik, Medien und Öffentlichkeit. Die Stiftung unterhält ein Archiv und eine wissenschaftliche Spezialbibliothek, in denen u.a. Zeugnisse von Widerstand und Repression gesammelt und als historisches Quellenmaterial zugänglich gemacht werden. In regelmäßigen Abständen informiert die Stiftung in Tätigkeitsberichten über ihre Arbeit. Als Schwerpunkte nennt die Stiftung Aufarbeitung folgende Aufgaben:

- Sie fördert und berät Projekte der gesellschaftlichen Aufarbeitung, der privaten Archive und Opferverbände, der Wissenschaft und der politischen Bildung.
- Sie trägt zur Sicherung, Sammlung und Dokumentation von Materialien insbesondere aus Widerstand und Opposition gegen die SED-Diktatur bei.
- Sie unterstützt Beratung und Betreuung von Opfern politischer Verfolgung.
- Sie fördert die internationale Zusammenarbeit bei der Aufarbeitung von Diktaturen.
- Sie meldet sich mit eigenen Publikationen und Veranstaltungen in der öffentlichen Debatte zu Wort.
- Sie vergibt Stipendien und Preise.

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur,  
Kronenstraße 5, 10117 Berlin, Tel. 030/319895-0, Fax  
030/319895-210, E-Mail: [buero@stiftung-aufarbeitung.de](mailto:buero@stiftung-aufarbeitung.de),  
Netz: [www.stiftung-aufarbeitung.de](http://www.stiftung-aufarbeitung.de).



**Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend**

## Kinder- und Jugendplan

Der Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) ist seit 1950 das Instrument auf Bundesebene, mit dem das zuständige Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) auf der Grundlage des SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe – die Tätigkeit der Kinder- und Jugendarbeit, inklusive Jugendbildung, anregt und fördert. Zuwendungen aus dem KJP sollen dazu beitragen, dass junge Menschen ihre Persönlichkeit frei entfalten, ihre Rechte wahrnehmen und ihrer Verantwortung in Gesellschaft und Staat nachkommen können. Sie sollen das Zusammenwachsen der jungen Generation in Deutschland und Europa fördern und zur Verbesserung des Dialogs zwischen den Generationen beitragen. Der KJP schafft damit Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe auf Bundesebene. Allein im Jahr 2009 stellt der Plan über 140 Millionen Euro zur Verfügung, um jungen Menschen möglichst viele unterschiedliche Angebote machen zu können. In den letzten Jahren ist dabei immer wieder die Bildungsaufgabe betont worden. „Die außerschulische Kinder- und Jugendbildung unterstützt und ergänzt die Anstrengungen von Eltern, Lehrern und Pädagogen. Das gemeinsame Ziel ist, dass unsere Kinder und Jugendlichen fest auf eigenen Beinen stehen.“ (Ursula von der Leyen, bis Ende 2009 Bundesjugendministerin)

Laut Richtlinien (I.4.1) gelten als Grundsätze der Förderpolitik des KJP: „Gefördert werden können a) zentrale Maßnahmen nichtstaatlicher Organisationen, die für das Bundesgebiet als Ganzes von Bedeutung sind und die ihrer Art nach nicht durch ein Land allein wirksam gefördert werden können. Die Aufgaben werden in der Regel durch zentrale Fachorganisationen und -einrichtungen wahrgenommen, denen qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung stehen; die Fachorganisationen und -einrichtungen unterstützen und begleiten insbesondere die Schaffung, Erhaltung und Verbesserung von Diensten und Einrichtungen, die Entwicklung und Durchführung von Modellvorhaben, die Initiierung von bedarfsgerechten

Angeboten, die Qualifizierung von Fachkräften und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die träger- und fachübergreifende Zusammenarbeit; b) Projekte von bundesweit („gesamtstaatlich“) repräsentativer Bedeutung...“

Im Rahmen dieser Bestimmungen ist die DVV-Zentralstelle für politische Jugendbildung tätig. Um die langjährige Arbeit des Jugendreferentenprogramms des DVV, das aus dem KJP gefördert wird, unter veränderten Förderbedingungen fortsetzen und weiterentwickeln zu können, wurde 2005 die Zentralstelle in Bonn ausgebaut (s.o.).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 11018 Berlin, E-Mail: [info@bmfsfj-service.bund.de](mailto:info@bmfsfj-service.bund.de), Netz: [www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de).



## Bundesausschuss Politische Bildung

Der Bundesausschuss Politische Bildung (bap), eins der wichtigsten Kooperationsgremien der außerschulischen Szene, ist eine Arbeitsgemeinschaft, in der rund 30 selbstständige und eigenverantwortliche Träger politischer Jugend- und Erwachsenenbildung bundesweit kooperieren, darunter die Volkshochschulen, die Zusammenschlüsse der konfessionellen oder gewerkschaftlichen Bildung, die Jugendverbandsarbeit oder die parteinahen Stiftungen. Der Deutsche Volkshochschul-Verband (DVV) ist seit Beginn Mitglied. Der Bundesausschuss wurde 1966 von bundeszentralen Trägern und Verbänden gegründet. An den Plenarversammlungen des Ausschusses nehmen neben den stimmberechtigten Mitgliedern auch Vertreter und Vertreterinnen der mit politischer Bildung befassten Bundesbehörden (Jugendministerium, Bundeszentrale für politische Bildung etc.) beratend teil. Sein Selbstverständnis hat der bap in der Erklärung „Außerschulische Politische Bildung ist ein konstitutives Element demokratischer politischer Kultur“ (1997) formuliert. Die prekäre förderungspolitische Lage der außerschulischen Bildung hat er zuletzt in seiner Erklärung „Erhöhung versprochen – Kürzung beschlossen?“ (2004) deutlich gemacht.

Gemeinsames Ziel der unterschiedlich orientierten Organisationen im Bundesausschuss ist es,

- sich für die Entwicklung und Verbesserung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung durch Erfahrungsaustausch und Kooperation zu engagieren,
- die Einsicht in die Bedeutung dieses Bildungsbereichs und die Notwendigkeit seiner öffentlichen Förderung zu verbreiten und durchzusetzen.

Ausgangspunkt ist dabei die Erkenntnis, dass eine demokratische politische Kultur auf die Bereitschaft möglichst vieler angewiesen ist, sich an der Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme zu beteiligen. Voraussetzung dafür sind aus Sicht des bap vielgestaltige Foren des gesellschaftlichen Dialogs, wie sie die außerschulische Bildung anbietet. Die Grundsatzklärung betont, dass die Förderung der politischen Bildung außerhalb der Schule eine unverzichtbare öffentliche Aufgabe ist. Daher müsse die institutionelle Grundsicherung einer Vielfalt von Trägern erreicht werden – eine Aufgabe, die auf längere Frist eine angemessene personelle Ausstattung sowie die für die Veranstaltungen und Innovationen notwendigen Finanzmittel zu gewährleisten hat.

Von den Aktivitäten des bap sind vor allem drei Dinge zu nennen: (1) Interessenvertretung. Er setzt sich im politischen Raum dafür ein, dass die Notwendigkeit politischer Bildung Berücksichtigung findet, und zwar in der Fachöffentlichkeit (z.B. Mitwirkung bei der Evaluation der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung) und im öffentlichen Diskurs (z.B. durch den 2009 ins Leben gerufenen Preis Politische Bildung). Der bap ist auch am Runden Tisch, dem Kooperationsgremium von Bundeszentrale und Trägerszene, beteiligt. (2) Veranstaltungen. Der Bundesausschuss bietet, vornehmlich für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen seiner Mitgliedsinstitutionen, Fortbildungsveranstaltungen an, wobei die Durchführung von einzelnen Mitgliedseinrichtungen übernommen wird. Darüber hinaus beteiligt sich der bap an Konferenzen und Kongressen oder an Kampagnen wie den Aktionstagen zur politischen Bildung, die inzwischen regelmäßig stattfinden. (3) Veröffentlichungen. Der Bundesausschuss gibt neben einem Newsletter die Zeitschrift Praxis Politische Bildung (PPB) heraus, die sich als Forum für die außerschuli-

sche politische Bildung versteht. Die Vierteljahresschrift erscheint seit 1997. Die Grundsatzklärung des bap ist in PPB 2/98 abgedruckt, weitere Stellungnahmen finden sich in PPB 1/05 und 4/08. Der Bundesausschuss, seine Mitglieder oder von ihm Beauftragte haben an verschiedenen Publikationen mitgewirkt, die sich mit pädagogischen, organisatorischen oder bildungspolitischen Fragen der außerschulischen Arbeit auseinandersetzen.

Der bap hat keine hauptamtliche Struktur, sondern wird durch das Engagement seiner Mitglieder getragen. Aufgaben und Tätigkeit des Ausschusses sind in der Satzung (Stand: 2007) festgelegt. Der Ausschuss wählt aus seiner Mitte einen Vorstand, der aus drei Personen besteht. Der Vorsitz wird zur Zeit von Lothar Harles (Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke) wahrgenommen. Der Bundesausschuss tritt mindestens zweimal jährlich zu Mitgliederversammlungen zusammen, er bildet Fachausschüsse oder Projektgruppen und erteilt Arbeitsaufträge an einzelne Organisationen oder Personen. Im Rahmen des bap ist auch die Gemeinsame Initiative (GEMINI) der Träger politischer Jugendbildung angesiedelt, in der der DVV ebenfalls mitarbeitet. Der Bundesausschuss beauftragt eine Mitgliedsorganisation mit der Wahrnehmung der Geschäftsführung. Geschäftsführerin ist zur Zeit Ina Bielenberg (Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten - AdB).

**Kontaktadresse und Geschäftsführung: Bundesausschuss Politische Bildung, AdB, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel. 030/40040100, Fax 030/40040122, E-Mail: [geschaeftsstelle@adbildungsstaetten.de](mailto:geschaeftsstelle@adbildungsstaetten.de). Die Homepage des bap ist erreichbar unter: [www.bap-politischebildung.de](http://www.bap-politischebildung.de).**



## Gemeinsame Initiative der Träger politischer Jugendbildung

Die Gemeinsame Initiative der Träger politischer Jugendbildung, kurz GEMINI, ist ein Zusammenschluss im Rahmen des bap. Der GEMINI gehören folgende Trägerverbände an: Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (AKSB), Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB), Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben e.V. (AL), Deutscher Volkshochschul-Verband (DVV), Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung, Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum e.V.

Die in der GEMINI kooperierenden Träger sehen es als gemeinsame Herausforderung an, das Interesse von Kindern und Jugendlichen an der Mitgestaltung ihrer eigenen Lebenswelt und des Gemeinwesens zu wecken und ihre Partizipationsfähigkeiten zu fördern. Die Initiative

- versteht sich als Netzwerk eigenständiger, unabhängiger und freier Träger politischer Jugendbildung;
- vertritt die Anliegen politischer Jugendbildung gegenüber politisch Verantwortlichen, Ministerien und weiteren Förderern;
- organisiert fachliche Diskurse über aktuelle Herausforderungen und Perspektiven der Arbeit;
- beschäftigt sich mit der Entwicklung von Qualitätsstandards;
- führt überregionale Veranstaltungen durch, um das Profil der politischen Jugendbildung in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen;
- wirkt in bundesweiten Arbeitszusammenhängen mit.

Kontaktadresse und Geschäftsführung: wie bap (siehe oben). Informationen zu GEMINI finden sich auf der Homepage des bap: [www.bap-politischebildung.de](http://www.bap-politischebildung.de).



## Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben

Der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben e.V. ist eine Einrichtung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Träger sind der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und der Deutsche Volkshochschul-Verband (DVV). Durch die Gründung brachten beide Partner ihren Willen zum Ausdruck, mit einer auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bezogenen Weiterbildung deren Stellung in Gesellschaft und Beruf zu verbessern und den demokratischen Neubeginn in Deutschland zu unterstützen. Mit Landesorganisationen in den Bundesländern und ca. 160 lokalen und regionalen Einrichtungen sowie dem Bundesarbeitskreis als gemeinsamem Dach ist Arbeit und Leben (AL) bundesweit präsent und erreicht jährlich ca. 300.000 Jugendliche und Erwachsene.

Der Bundesarbeitskreis nimmt die weiterbildungspolitischen Interessen von Arbeit und Leben auf der Bundesebene wahr, ist im Interesse seiner Mitglieder förderungspolitisch tätig und gibt fachliche Impulse durch bundesweite innovative Projekte. So versucht er dazu beizutragen, dass sich Arbeits- und Lebenswelt der Menschen nach den Prämissen von sozialer Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Solidarität mit dem Ziel einer demokratischen Kultur der Partizipation entwickeln. Arbeit und Leben will mit Bildungsangeboten Möglichkeiten schaffen, Menschen Wissen zu vermitteln und Urteilsbildung zu fördern, und allgemein zur gesellschaftlichen Mitwirkung anregen. Methodisch-didaktischer Ansatzpunkt der Bildungsarbeit sind die Interessen, die Alltags- und Lebenswelt der Menschen.

Arbeit und Leben organisiert und begleitet Lernprozesse in Workshops, Seminaren, internationalen Begegnungen, lokalen Initiativen und Projekten. Dabei werden weitere Formate und Themen in Absprache mit Gruppen und Kooperationspartnern entwickelt und die Praxis in einem ständigen Bearbeitungs- und Verbesserungsprozess nach den Maßstäben eines weiterbildungsgerechten Qualitätsmanagements qualifiziert. Gender-Mainstreaming ist für die Bildungsorganisation



Auftrag in Planung und Durchführung, Gestaltung von Arbeitsabläufen, Organisations- und Personalentwicklung. AL setzt sich ein für den Bestand und die Weiterentwicklung der politischen Bildung auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene und engagiert sich dafür, dass alle Menschen an Weiterbildung teilhaben können. Dazu gehört auch das Recht auf Bildungsurlaub für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben e.V., Robertstraße 5a, 42107 Wuppertal, Tel. 0202/974040, Fax 0202/9740420, E-Mail: [info@arbeitundleben.de](mailto:info@arbeitundleben.de), Netz: [www.arbeitundleben.de](http://www.arbeitundleben.de).



## Deutsches Institut für Erwachsenenbildung

Das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE), ehemals die Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes, ist ein zentrales Forum für Wissenschaft und Praxis der Weiterbildung in Deutschland. Das DIE unterstützt die Forschung zur Weiterbildung, es forscht selbst und setzt Forschungsergebnisse in Dienstleistungen für die Praxis um. Als wissenschaftliches Serviceinstitut vermittelt es zwischen Forschung und Praxis der außerschulischen Bildung, liefert Grundlagen für eine praxisorientierte Forschung und entwickelt innovative Konzepte. Dienstleistung, Entwicklungsforschung, Vernetzung und internationale Aktivitäten sind die Eckpfeiler der Institutsarbeit. Die Serviceleistungen des DIE richten sich an professionelle Weiterbildner/innen und Wissenschaftler/innen im Bereich Weiterbildung. Das Institut gibt zahlreiche Periodica und Publikationen heraus.

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, Friedrich-Ebert-Allee 38, 53113 Bonn, Tel. 0228/3294-0, Fax 0228/3294-399, E-Mail: [info@die-bonn.de](mailto:info@die-bonn.de), Netz: [www.die-bonn.de](http://www.die-bonn.de).

## Adolf Grimme Institut

Das Adolf Grimme Institut in Marl zählt zu den renommierten Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen in Europa, die sich mit Fragen der Medienpolitik und Kommunikationskultur befassen und die die Belange der außerschulischen Bildung im Blick haben. Das Institut versteht sich als Forum für die kommunikationspolitische Debatte und leistet medientheoretische und medienpraktische Bildungsarbeit. Seine Aufgaben liegen in der Beobachtung, Analyse und Bewertung von Medienangeboten und -entwicklungen – von Film und Fernsehen über den Hörfunk bis zu den neuen Medien – sowie im Kompetenz- und Wissenstransfer zwischen den gesellschaftlichen Gruppen. Das Adolf Grimme Institut hat die Rechtsform einer gemeinnützigen GmbH, Gesellschafter ist u.a. der Deutsche Volkshochschul-Verband.

Adolf Grimme Institut GmbH, Gesellschaft für Medien, Bildung und Kultur mbH, Eduard-Weitsch-Weg 25, 45768 Marl, Tel. 02365/9189-0, Fax 02365/9189-89, E-Mail: [info@grimme-institut.de](mailto:info@grimme-institut.de), Netz: [www.grimme-institut.de](http://www.grimme-institut.de).

# Literatur und Materialien

## Allgemeines

Wolfgang Beer, Politische Bildung im Epochenwechsel – Grundlagen und Perspektiven. Weinheim und München 1998.

Lothar Böhnisch/Wolfgang Schröer, Politische Pädagogik – Eine problemorientierte Einführung. Weinheim und München 2007.

Michael Brodowski u.a. (Hg.), Informelles Lernen und Bildung für eine nachhaltige Entwicklung – Beiträge aus Theorie und Praxis. Opladen u.a. 2009.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.), Bilden – Integrieren – Teilhaben. Die Bildungsprogramme im Kinder- und Jugendplan des Bundes. Berlin 2009.

Paul Ciupke/Franz-Josef Jelic (Hg.), Ein neuer Anfang – Politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. Essen 1999.

Joachim Detjen, Politische Bildung – Geschichte und Gegenwart in Deutschland. München und Wien 2007.

Deutscher Volkshochschul-Verband (Hg.), Geschichte – Geschichten – Gesichter. Ein halbes Jahrhundert Deutscher Volkshochschul-Verband e.V. Bonn 2003.

Peter Faulstich/Mechthild Bayer (Hg.), Lernorte – Vielfalt von Weiterbildungs- und Lernmöglichkeiten. Hamburg 2009.

Karsten Fritz/Katharina Maier/Lothar Böhnisch, Politische Erwachsenenbildung – Trendbericht zur empirischen Wirklichkeit der politischen Bildungsarbeit in Deutschland. Weinheim und München 2006.

Walter Gagel, Geschichte der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland 1945 – 1989/90. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage, Wiesbaden 2005.

Benno Hafenegger (Hg.), Handbuch politische Jugendbildung. Schwalbach/Ts. 1997.

Benno Hafenegger, Trendbericht: außerschulische politische Jugendbildung – Politisch denken lernen, in: Kursiv 2/07.

Klaus-Peter Hufer, Politische Bildung im Selbstverständnis und in der Praxis von Volkshochschulen – Thesen zu ihrer Entwicklung, in: Praxis Politische Bildung 2/08.

Klaus-Peter Hufer, Erwachsenenbildung – Eine Einführung. Schwalbach/Ts. 2009.

Klaus-Peter Hufer, Krise der Gesellschaft – Krise der Weiterbildung?, in: Praxis Politische Bildung 1/10.  
Martin Kaiser, Friedensproben – Interkulturelle Begegnung und interreligiöser Dialog in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts. 2006.

Martin Kaiser, „Ausgesetzt“ - Jugendliche MigrantInnen gestalten ihre Situation, in: Praxis Politische Bildung 3/08.

Martin Kaiser, Beim Wort genommen? Interkulturelles Lernen im Literaturcafé, in: Außerschulische Bildung 3/09.

Martin Kaiser/Anne Moellers (Hg.), Giving the Future a Better Past – Cross-cultural Encounter and Interreligious Dialogue in Europe and the Middle East. Trier 2009.

Dirk Lange/Ayça Polat (Hg.), Unsere Wirklichkeit ist anders – Migration und Alltag. Perspektiven politischer Bildung. Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Nr. 1001, Bonn 2009.

Dirk Lange, Monitor politische Bildung – Daten zur Lage der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Schwalbach/Ts. 2009 (i.E.).

Theo W. Länge, Die Evaluation der politischen Jugendbildung – Ein vorläufig letzter Kommentar, in: Praxis Politische Bildung 4/04.

Theo W. Länge, Politische Bildung und Lebenslanges Lernen, in: Praxis Politische Bildung 2/06.

Theo W. Länge/Franz-Josef Jelic (Hg.), Politische

Bildung und gesellschaftliche Teilhabe – 50 Jahre Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben. Recklinghausen 2006.

Bettina Lösch/Andreas Thimmel (Hg.), Kritische politische Bildung – Ein Handbuch. Schwalbach/Ts. 2010 (i.E.).

Janne Mende/Stefan Müller (Hg.), Emanzipation in der politischen Bildung. Theorien – Konzepte – Möglichkeiten. Schwalbach/Ts. 2009.

Barbara Menke/Manfred Jastrzemski/Klaus Waldmann/Peter Wirtz (Hg.), Ermutigung zur Zivilcourage – Beiträge der politischen Bildung zu einer Kultur der Anerkennung und Vielfalt. Schwalbach/Ts. 2003.

Heinrich Oberreuter (Hg.), Standortbestimmung Politische Bildung. Schwalbach/Ts. 2009.

Wolfgang Sander (Hg.), Handbuch politische Bildung. 3., völlig überarbeitete Auflage, Schwalbach/Ts. 2005.

Wolfgang Sander (Hg.), Über politische Bildung – Politik-Lernen nach dem „politischen Jahrhundert“. Schwalbach/Ts. 2009.

Johannes Schillo, Professionalität in der außerschulischen politischen Bildung – Anmerkungen zur aktuellen Diskussion, in: Praxis Politische Bildung 3/07

Achim Schröder/Nadine Balzter/Tommy Schroedter, Politische Jugendbildung auf dem Prüfstand. Weinheim und München 2004.

Benedikt Sturzenhecker/Werner Lindner (Hg.), Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit – Vom Bildungsanspruch zur Bildungspraxis. Weinheim und München 2004.

Klaus Waldmann, Vielschichtige Erwartungen, begrenzte Möglichkeiten – Zum Diskurs über die politische Jugendbildung, in: Kursiv 4/09.

Georg Weißeno/Klaus-Peter Hufer/Hans-Werner Kuhn/Peter Massing/Dagmar Richter (Hg.), Wörterbuch Politische Bildung. Schwalbach/Ts. 2007.

Benedikt Widmaier, Politische Jugend- und Erwach-

senenbildung – lost in space? Bezugswissenschaften und Wissenschaftsbezüge der Profession, in: Praxis Politische Bildung 3/07.

## Historisch-politische Bildung

Klaus Ahlheim/Bardo Heger, Die unbequeme Vergangenheit – NS-Vergangenheit, Holocaust und die Schwierigkeiten des Erinnerns. Schwalbach/Ts. 2002.

Klaus Ahlheim, Politische Bildung als Schlussstrich. 60 Jahre danach – sind Nazivergangenheit und -verbrechen immer noch ein Thema für die politische Bildung?, in: Erwachsenenbildung 3/05.

Klaus Ahlheim, Erinnern und Aufklären – Interventionen zur historisch-politischen Bildung. Hannover 2009.

Paul Ciupke/Norbert Reichling, „Unbewältigte Vergangenheit“ als Bildungsangebot. Frankfurt/M. 1996.

Siegfried Grillmeyer/Peter Wirtz (Hg.), Ortstermine – Politisches Lernen an historischen Orten. Schwalbach/Ts. 2006.

Freerk Huisken, Auch ein Fall von Nationalerziehung – Anmerkungen zur deutschen Erinnerungskultur, in: Praxis Politische Bildung 4/09.

Martin Kaiser, „Make your world a better place“ – Geschichte und politische Bildung in der internationalen Jugendarbeit, in: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (Hg.), Werkstatt der Demokratie – 50 Jahre AdB. Essen 2009.

Hubert Klingenberg, Erinnerungskultur und Biografiearbeit – Argumente für eine persönliche Erinnerungskultur, in: Erwachsenenbildung 3/05.

Dirk Lange, Geschichtspolitische Bildung, in: Polis 2/05.

Manfred Pappenberger, Zeitzeugen – lebendige Erinnerung, in: Praxis Politische Bildung 1/10.

Brigitte Rauschenbach, Vom nationalen zum europäischen Mythos? Perspektiven der Erinnerung für Europa, in: Erwachsenenbildung 3/05.

Peter Reichel, Von der ‚Vergangenheitsbewältigung‘ zur ‚Geschichtspolitik‘, in: Polis 2/05.

Johannes Schillo, Ein Erbe, das nicht ausgeschlagen werden kann – Politische Bildung vor oder nach zeitgeschichtlichen Herausforderungen, in: Praxis Politische Bildung 1/05.

Johannes Schillo, Zur deutsch-deutschen Geschichte der politischen Bildung, in: Praxis Politische Bildung 1/08.

Anne Schlüter/Ines Schell-Kiehl (Hg.), Erfahrung mit Biographien – Tagungsdokumentation der Duisburger Tagungen zum Thema „Erfahrung mit Biographien“. Bielefeld 2004.

Wolfgang Wippermann, Geschichtspolitik – Zu aktuellen zeitgeschichtlichen Kontroversen, in: Praxis Politische Bildung 4/99.

## Deutsche Teilung und friedliche Revolution

Heidi Behrens/Paul Ciupke/Norbert Reichling, Die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte in der politischen Erwachsenenbildung. Essen 2006. Mit beigefügter Kurzfassung. Studie des Bildungswerks der Humanistischen Union (HU), im Internet unter: [www.hu-bildungswerk.de](http://www.hu-bildungswerk.de).

Heidi Behrens/Paul Ciupke/Norbert Reichling, Mehr als eine „Fußnote“ – DDR-Geschichte in der politischen Erwachsenenbildung, in: Praxis Politische Bildung 4/06.

Heidi Behrens/Paul Ciupke/Norbert Reichling (Hg.), Lernfeld DDR-Geschichte – Ein Handbuch für die politische Jugend- und Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts. 2009.

Bildungskatalog SED-Diktatur und deutsche Teilung - Materialien für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit. Schwalbach/Ts. 2009.

Sigrid Biskupek, Transformationsprozesse in der politischen Bildung – Von der Staatsbürgerkunde in der DDR zum Politikunterricht in den neuen Ländern. Schwalbach/Ts. 2002.

Werner Blumenthal/Melanie Piepenschneider, Friedliche Revolution und Deutsche Einheit – Auftrag für

die politische Bildung, in: Praxis Politische Bildung 4/09.

Bodo von Borries, Europäische Erinnerung an „1989“ – Herausforderung für die Politische Bildung, in: Außerschulische Bildung 2/09.

Paul Ciupke, Mehr Perspektivenvielfalt möglich – Zur Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte in der historisch-politischen Bildung, in: Praxis Politische Bildung 4/09.

Monika Deutz-Schroeder/Klaus Schroeder, Oh, wie schön ist die DDR – Kommentare und Materialien zu den Ergebnissen einer Studie. Schwalbach/Ts. 2009.

Fritz Dorgerloh, Geschichte der evangelischen Jugendarbeit. Teil 1: Junge Gemeinde in der DDR. Hannover 1999.

Bernd Faulenbach/Franz-Josef Jelich (Hg.), „Transformationen“ der Erinnerungskulturen in Europa nach 1989. Essen 2006.

Saskia Handro, Alltagsgeschichte – Alltag, Arbeit, Politik und Kultur in SBZ und DDR. Schwalbach/Ts. 2004.

Jens Hüttmann, Friedliche Revolution, Deutsche Einheit und der Wert der Erinnerung vor Ort – Projekte und Initiativen in den Erinnerungsjahren 2009 und 2010, in: Außerschulische Bildung 2/09.

KAW - Konzertierte Aktion Weiterbildung (Hg.), Auf unterschiedlichen Wegen? Politische Weiterbildung im Prozess der deutsch-deutschen Vereinigung. Tagungsdokumentation. Bonn 1996.

Georg Meusel, Von der Bürgerrechtsbewegung der DDR zu einer neuen Bildungsinitiative – Alternative politische Bildungsarbeit in DDR-Vergangenheit und bundesdeutscher Gegenwart, in: Praxis Politische Bildung 4/09.

Manfred Pappenberger, Das grüne Band – vom Todesstreifen zum Lebensband, in: Zivildienst 1/10.

Matthias Pfüller, „Historisch-politische Bildung zur Geschichte der DDR und der kommunistischen Diktatur(en)“ – Eine leichte Polemik, in: Außerschulische Bildung 2/09.



Alexander von Plato, Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Berlin 2002, auch als Band 381 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung erschienen.

Sibylle Reinhardt, 20 Jahre Deutsche Vereinigung – Fragen an Everhard Holtmann, in Gesellschaft – Wirtschaft – Politik 1/09.

Steffi Robak, Volkshochschule als Transformationsinstitution – Abschürfungen und Angleichungen im empirischen Rückblick, in: Hessische Blätter für Volksbildung 4/08.

Aribert Rothe, Macht – Bildung – Aktion. Wie sich Minderheiten in der DDR bildeten, in: Praxis Politische Bildung 4/09.

Martin Sabrow u.a. (Hg.), Wohin treibt die DDR-Erinnerung? Dokumentation einer Debatte. Göttingen 2007, auch als Band 619 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung erschienen.

Johannes Schillo, Von der Eingemeindung einer politischen Identität, in: Praxis Politische Bildung 2/99.

Johannes Schillo, Born in the GDR – Zu Rockmusik und Politik in der DDR, in: Praxis Politische Bildung 2/09.

Klaus Schroeder, Das neue Deutschland – Was sich seit der Wiedervereinigung geändert hat, in: Politische Bildung 4/08.

Wolfgang Thierse/Ilse Spittmann-Rühle/Johannes L. Kuppe (Hg.), Zehn Jahre Deutsche Einheit – Eine Bilanz. Opladen 2000, auch von der Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlicht.

Wolfram Tschiche, Wie lässt sich das politische System der DDR charakterisieren?, in: Außerschulische Bildung 2/09.

Klaus Waldmann, Protest und Anpassung im geteilten Deutschland der 60er und 70er Jahre – Ein Projekt historisch-politischer Jugendbildung, in: Außerschulische Bildung 2/08.

Klaus Peter Wallraven (Hg.), Handbuch politische Bildung in den neuen Bundesländern. Schwalbach/Ts. 2003.

Dorothee Wierling, Sechzig Jahre danach: Vergangenheitspolitik, Gedenkkultur und Erinnerungen in Nachkriegsdeutschland, in: Außerschulische Bildung 1/05.

Hasko Zimmer, Der Buchenwald-Konflikt – Zum Streit um Geschichte und Erinnerung. In Zusammenarbeit mit Katja Flesser und Julia Volmer. Münster 1999.

## Periodica

Praxis Politische Bildung (PPB), Nr. 4/09, Schwerpunkt „Zeitgeschichte“, herausgegeben vom Bundesausschuss Politische Bildung (bap), Juventa-Verlag, Weinheim.

Außerschulische Bildung (AB), Nr. 2/09, Schwerpunkt „Historisch-politische Bildung zur Geschichte der DDR und zum Ende kommunistischer Diktaturen“, herausgegeben und verlegt vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB), Berlin.

Politische Bildung – Beiträge zur wissenschaftlichen Grundlegung und zur Unterrichtspraxis, Nr. 4/08, Schwerpunkt „Deutschland 1949 – 1989 – 2009“, Wochenschau-Verlag, Schwalbach/Ts.

Report – Zeitschrift für Weiterbildungsforschung, Nr. 4/08, Schwerpunkt „Biographie und Bildung“, herausgegeben vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE), W.Bertelsmann-Verlag, Bielefeld.

Hessische Blätter für Volksbildung, Nr. 4/08, Schwerpunkt „Im Osten nichts Neues? Erwachsenenbildung in den neuen Bundesländern“, herausgegeben vom Hessischen Volkshochschulverband, W.Bertelsmann-Verlag, Bielefeld.

Polis – Report der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB), Nr. 2/05, Schwerpunkt „Geschichtspolitik“, Westermann-Verlag, Braunschweig.

Geschichte für heute – Fachzeitschrift für historisch-politische Bildung, Wochenschau-Verlag, Schwalbach/Ts.

Zeitschrift für Geschichtsdidaktik, Wochenschau-Verlag, Schwalbach/Ts.

## Internet

### Zeitzeugenportal

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern und den deutschen Bundesländern, vertreten durch die Sächsische Staatskanzlei, ein hilfreiches Internetportal zur Planung und Durchführung von Bildungsveranstaltungen erstellt. Das Zeitzeugenportal „20 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ ist im Netz unter [www.zeitzeugenportal8990.de](http://www.zeitzeugenportal8990.de) erreichbar. Dort können sich Internetnutzer einen Überblick über Lehrmaterialien, Publikationen, CDs und DVDs zum Thema verschaffen. In einem passwortgeschützten Bereich können die Biografien von Zeitzeugen in einer Datenbank recherchiert, gelesen und Kontakt mit den ausgewählten Personen aufgenommen werden. Das Zeitzeugenportal wendet sich an Schulen und außerschulische Träger der historisch-politischen Bildungsarbeit.

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Kronenstraße 5, 10117 Berlin, Tel. 030/319895-0, E-Mail: [buer@stiftung-aufarbeitung.de](mailto:buer@stiftung-aufarbeitung.de), Netz: [www.stiftung-aufarbeitung.de](http://www.stiftung-aufarbeitung.de).

### „Deine Geschichte“

Zur Unterstützung der historisch-politischen Bildung gibt es im Netz die Website „Deine Geschichte“ ([www.deinegeschichte.de](http://www.deinegeschichte.de)), die verschiedene Materialien zur Verfügung stellt, vor allem aber einen grundlegenden Gedanken verfolgt: Geschichte besteht aus Geschichten. Wer die Geschichte verstehen will, so das Netzprojekt, muss sich darüber im Klaren sein, dass die Geschichte eigentlich ein Plural ist und sich aus vielen Einzelgeschichten zusammensetzt – aus kleinen Geschichten, von denen auch Verwandte, Freunde und Bekannte erzählen und die auf die große Geschichte zurückverweisen, da diese aus ihnen besteht und zugleich die Lebensläufe der Menschen bestimmt. Während Geschichtsbücher sich häufig um die abstrakten Linien, um den Wettlauf der Systeme, um die Einbettung in die europäische und die Weltgeschichte bemühen, strebt „Deine Geschichte“ die Verzahnung der deutschen Geschichte mit der Lebens-

wirklichkeit der Jugendlichen an. Dabei versucht das Projekt insbesondere in den redaktionellen Beiträgen, persönliche Geschichten aufzugreifen, die einen besonderen Aspekt der deutschen Teilung verdeutlichen. Träger des Projekts ist der gemeinnützige Verein Lichtschliff - bilder und töne berlin e.V. Lichtschliff ist ein Mitglied der „Kooperative Berlin“, ein Netzwerk von Medienentwicklern, Projektmanagern, Filmemachern, Autoren und Redakteuren. Das Projekt wird maßgeblich von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert und arbeitet mit Unterstützung weiterer Kooperationspartner.

Kontakt: Lichtschliff - bilder und töne berlin e.V., c/o Kooperative Berlin, Kopenhagener Straße 15, 10437 Berlin, Tel. 030/44356595, E-Mail: [info@kooperative-berlin.de](mailto:info@kooperative-berlin.de), Netz: [www.kooperative-berlin.de](http://www.kooperative-berlin.de).

### Chronik der Mauer

Unter [www.chronik-der-mauer.de](http://www.chronik-der-mauer.de) finden sich seit dem Sommer 2009 Daten und Dokumente zu 136 Todesopfern, die es an der Berliner Mauer gab. Verantwortlich für die Website sind die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), das Deutschlandradio und das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, das vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) gefördert wird. Nach den Angaben der Website sind an der Mauer mindestens 98 DDR-Flüchtlinge, 30 Menschen aus Ost und West ohne Fluchtabsichten sowie acht Grenzsoldaten ums Leben gekommen. Dem Projekt liegt eine doppelte Definition des Begriffs „Todesopfer an der Mauer“ zugrunde: Entweder ist ein Fluchthintergrund offensichtlich oder ein enger kausaler Zusammenhang mit dem Grenzregime sowohl zeitlich als auch räumlich gegeben. Verfügbar ist auf der Website der aktuelle Stand der neueren Untersuchungen. Das Forschungsvorhaben erfasste alle verfügbaren Angaben zu Todes- und Verdachtsfällen. Grundlage waren zum einen amtliche und publizierte Todesopferlisten. Zum anderen stützte sich die Untersuchung auf eigene, umfassende Quellenrecherchen und Zeitzeugengespräche. Bislang existierten mehrere Listen mit deutlich von einander abweichenden

Zahlen: Je nach Art der Berechnung bewegten sich die Angaben zwischen 86 (Staatsanwaltschaft Berlin), mindestens 92 (der Polizeipräsident von Berlin), 114 (Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter), 122 (Zentrale Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität) und weit mehr als 200 Todesopfern (Arbeitsgemeinschaft 13. August). Ziel des Forschungsprojektes war es, dieses Defizit zu beheben und die Zahl der Todesopfer an der Mauer zu ermitteln, die Lebensgeschichten und Todesumstände aller Mauertoten durch solide Quellen zu dokumentieren. Auf diese Weise sind Portraits zu 136 Todesopfern entstanden (Stand: 7. August 2009).

In der Bundeszentrale für politische Bildung ist der Fachbereich Multimedia für die Website zuständig. Kontakt: Tel. 0228/99515-0 (Zentrale), E-Mail: info@bpb.de, Netz: www.bpb.de.

## DDR-Geschichte

Seit 2008 ist eine neue Website für die politische Bildung zugänglich: [www.ddd-geschichte-vermitteln.de](http://www.ddd-geschichte-vermitteln.de). Das vom Bildungswerk der Humanistischen Union erstellte Portal sammelt Materialien und Medien, Handreichungen und Praxisreflexionen zur politischen Bildung in Sachen DDR-Geschichte. Nicht nur die Forschung dazu, auch die Auseinandersetzung mit dieser Geschichte in der Bildungsarbeit hat einen kaum zu überblickenden Umfang angenommen. Manche Experten konstatieren große Wissens- und Orientierungsdefizite über die DDR-Geschichte, andere unterstreichen die Notwendigkeit, thematisch vielfältigere Angebote zu machen. Deshalb wird hier der Versuch gemacht, Wichtiges zu bündeln, auf vernachlässigte Aspekte hinzuweisen und die Aufmerksamkeit auf seriöse Quellen zu lenken. Überblick und schnelle Einarbeitung in neue Themenaspekte werden so erleichtert. Diese Sammlung konzentriert sich auf die Erfordernisse der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung – dennoch sind auch Hinweise auf schulische Materialien, Quellen und Unterrichtsskizzen sowie kürzere Texte aus der Forschung aufgenommen, soweit diese Materialien in der übrigen politischen Bildungsarbeit verwendbar erscheinen. Der Schwerpunkt liegt auf kostenlos verfügbaren Online-Ressourcen. Die Themengebiete des Portals mit seinen

derzeit etwa 270 kommentierten Links sind:

- Einführungen und Überblicke
- Wichtige Phasen und Daten
- Politik und Herrschaft
- Arbeit und Wirtschaft
- Kultur
- Alltag und Gesellschaft
- Kinder und Jugendliche
- Bildung und Erziehung
- Ideologie, Geschichtsbilder, Antifaschismus
- Opposition
- Repression
- Mauer, Grenze, Flucht
- Osteuropäischer Kontext
- Internationale Kontexte im Westen
- Deutsch-deutsche Kontakte und Parallelgeschichte
- Friedliche Revolution 1989
- Aufarbeitung und Rezeptionsgeschichte(n)

Die Internetseite ist mit Unterstützung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur entstanden. Ihre (laufend aktualisierte) Link-Liste ergänzt den Service-Anhang, der in dem Sammelband „Lernfeld DDR-Geschichte - Ein Handbuch für die politische Jugend- und Erwachsenenbildung“ (herausgegeben von Behrens/Ciupke/Reichling, Schwalbach/Ts. 2009) erschienen ist.

Kontakt: Bildungswerk der Humanistischen Union NRW, Kronprinzenstraße 15, 45128 Essen, Tel. 0201/227982, Fax 0201/235505, E-Mail: buero@hu-bildungswerk.de.

## Sonstiges

### Arbeit und Leben: „Jubiläumskinder“

An die „Jubiläumskinder“, die erste ostdeutsche Generation im wiedervereinten Deutschland, richtet sich das Projekt „Die DDR und die friedliche Revolution im ‚kulturellen Gedächtnis‘ der 1989 geborenen ostdeutschen Jugend“. Es wird seit 2009 vom Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben (AL), der Arbeitsgemeinschaft von Volkshochschulen und Deutschem Gewerkschaftsbund (DGB) für die politische Bildung, durchgeführt. Ausgangsthese des Projekts ist, dass in dieser Generation insbesondere der Alltag und die sozialpolitischen Maßnahmen der SED-Diktatur verklärt werden und somit (unreflektiert) im kulturellen Gedächtnis weiterleben. Davon ausgehend ist es Ziel des Projekts, überständige DDR- bzw. diktaturspezifische Momente aus unterschiedlichen Bereichen des gesellschaftlichen, politischen, kulturellen Lebens, des Alltags und der Freizeit als solche wahrzunehmen und einzuordnen. Das Projekt umfasst einen Wettbewerb, die Durchführung von Bildungsveranstaltungen und die Entwicklung einer Wanderausstellung. Im Wettbewerb sollen sich die Jugendlichen zielgerichtet, aber mit selbst gewählten formalen Mitteln zu Fragen und Themen ihrer Sozialisation im vereinten Deutschland äußern. Dabei zielt die Frageperspektive darauf, wie DDR und Diktatur ihre Sozialisation geprägt haben. Die eindruckvollsten Beispiele werden ausgewählt, prämiert und zu einer sachhaltigen Wanderausstellung verarbeitet, wobei Ausstellungsprofis mit den Jugendlichen zusammenarbeiten sollen. Die Ausstellung zeichnet im besten Fall ein farbiges, vielfältiges, aber vermutlich auch widersprüchliches Bild des Geschichts- und Gegenwartsbewusstseins so genannter „Jubiläumskinder“, also eines markanten Teils der gesamtdeutschen Jugend. Zur künstlerischen Auseinandersetzung und zur kritischen Fragehaltung werden den Jugendlichen in Schulprojekttagen, Diskussionsrunden und Arbeitsgruppen Impulse gegeben. Das Projekt wird durch Medienpartnerschaften (MDR, RBB, NDR) begleitet und durch Schirmherrschaften und Patenschaften öffentlich kommuniziert.

Weitere Informationen zu den Projektaktivitäten bei: Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben, Robertstr. 5a, 42107 Wuppertal, Netz: [www.arbeitundleben.de](http://www.arbeitundleben.de).

### Filmprojekt: „Und jetzt?!“

Deutschland feierte 2009 zahlreiche Geschichtsjubiläen, dabei spielte das Thema 20 Jahre Mauerfall eine herausragende Rolle. Mit dem Projekt „Und jetzt?!“ der Bundeszentrale für politische Bildung sollte Geschichte für junge Menschen interessant und erfahrbar gemacht werden. Zu diesem Zweck produzierten Jugendliche aus sozialen Brennpunkten in Zusammenarbeit mit dem Regisseur Thierry Bruehl einen Kurzfilm, der mit schnellen Bildern und Schnitten durch die Geschichte von 1919 bis in die heutige Zeit führt. Zum Jubiläum des Mauerfalls entstand zudem ein zweiter Clip, der speziell den 9. November 1989 thematisiert. Die Filme und weitere Informationen zu dem Projekt finden sich unter [www.undjetzt.tv](http://www.undjetzt.tv). Für den Einsatz im Unterricht wurde außerdem ein Begleitheft erstellt. Das Heft enthält einen didaktischen, auf den Unterricht zugeschnittenen, Leitfaden für die Arbeit mit dem Film, dazugehörige Arbeitsblätter sowie die DVD mit dem Film und weiterem Videomaterial. Die DVD bietet Schülerinnen und Schülern einen Anreiz, über das Geschichtsjubiläum zu diskutieren und sich weiter zu informieren.

Das Heft ist kostenfrei unter [www.bpb.de/publikationen/XEGNYX](http://www.bpb.de/publikationen/XEGNYX) zu bestellen. Kontakt: Bundeszentrale für politische Bildung, Fachbereich Politikferne Zielgruppen, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Tel. 0228/99515-279, E-Mail: [annika.hartmann@bpb.de](mailto:annika.hartmann@bpb.de), Netz: [www.bpb.de](http://www.bpb.de).





Ebenfalls erhältlich:



## Partizipation, Respekt, Demokratie, Integration

Die VHS gehören in Deutschland zu den bekanntesten Einrichtungen der außerschulischen Bildung. Gemeinhin werden sie mit der Praxis der Erwachsenen- und Weiterbildung identifiziert. Zu ihren Aufgaben gehört aber auch die außerschulische Jugendbildung und hier speziell die politische Bildung.

Die Broschüre bietet einen Einblick in die Praxis der politischen Jugendbildung in deutschen VHS, die zu einem Teil mit Mitteln des Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) ermöglicht wurden. Die Texte verstehen sich als exemplarische Darstellungen, sie wollen keinesfalls ein vollständiges Bild der im VHS-Bereich geleisteten (politischen) Jugendbildung zeichnen.

In die Präsentation der Praxisbeispiele sind die Erfahrungen verschiedener Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Volkshochschulen eingeflossen. Der Anhang informiert zunächst über die herausgebende Einrichtung, den DVV, und dann über weitere institutionelle Zusammenhänge, die für die außerschulische politische Bildung von Bedeutung sind und bringt abschließend eine Literaturliste zu konzeptionellen, organisatorischen und praktischen Fragen der politischen Jugendbildung.

Diese Publikation kann bestellt werden bei:  
[kulka@dvv-vhs.de](mailto:kulka@dvv-vhs.de)



## Bildungschancen, Lebenschancen, Chancen gegen Rechts

Im Rahmen des Sonderprogramms „Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort“ führte der DVV gemeinsam mit dem Volkshochschulverband Mecklenburg-Vorpommern e.V. und zehn vhs in Mecklenburg-Vorpommern das Projekt „Bildungschancen - Lebenschancen - Chancen gegen Rechts“ durch.

Ziel des Projekts waren die bessere berufliche Integration von jungen Menschen aus Kursen der nachholenden Schulabschlüsse und den Integrationskursen. Hierzu wurden den Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein „Integrationscoach“ zur Seite gestellt. Dieser Coach führte Bewerbungstrainings, Betriebsbesichtigungen, Arbeit mit dem ProfilPASS uvm. durch. Gleichzeitig erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Chance in gemeinsamen „Bildungscamps“ neue Lernformen und -inhalte kennenzulernen. Zusätzlich erhielten die haupt- und nebenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit dieser Zielgruppe arbeiten Schulungen ihrer interkulturellen Kompetenz mit Hilfe des zertifizierten Lehrgangssystems Xpert-Interkulturelle Kompetenz.

Die Broschüre ist kostenlos erhältlich bei:  
[kulka@dvv-vhs.de](mailto:kulka@dvv-vhs.de)





